



9. Sitzung

Donnerstag, 10. Juli 2008

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Wolfhard Ploog und Vizepräsidentin Nebahat Güclü

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	371	Antrag der Fraktion der SPD:	
Fortsetzung und Änderung der Tagesordnung	371	Regelsätze nach SGB XII endlich den tatsächlichen Lebenshaltungskosten in Hamburg anpassen!	
Aktuelle Stunde	371	– Drs 19/592 –	378
Fraktion DIE LINKE:		Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE	378
Taxifahrer in Bedrängnis – Behörde ignorant		Egbert von Frankenberg CDU	380
		Dirk Kienscherf SPD	381
		Nebahat Güclü GAL	383
		Mehmet Yildiz DIE LINKE	384
Norbert Hackbusch DIE LINKE	371		
Klaus-Peter Hesse CDU	372		
Karin Timmermann SPD	373	Beschluss	385
Martina Gregersen GAL	374		
Anja Hajduk, Senatorin	375		
Christiane Schneider DIE LINKE	376	Bericht des Schulausschusses über die Drucksache 19/555:	
Antrag der Fraktion DIE LINKE:		Haushaltsplan 2007/2008	
Erhöhung des Sozialhilferegelsatzes gemäß § 28 Absatz 2 SGB XII nach Gutachten rückwirkend zum 01.07.2008		Weiterentwicklung des hamburgischen Schulwesens	
– Drs 19/630 –	377	Nachforderung von Haushaltsmitteln im Einzelplan 3.1 "Behörde für Schule und Berufsbildung"	
und		(Senatsantrag)	
		– Drs 19/652 –	385

Marino Freistedt CDU	386	Eingaben	
Britta Ernst SPD	387	– Drs 19/508 –	404
Michael Gwosdz GAL	388		
Dora Heyenn DIE LINKE	389	Bericht des Eingabenausschusses:	
Christa Goetsch, Zweite Bürgermeisterin	390	Eingaben	
Wilfried Buss SPD	392	– Drs 19/509 –	404
Beschlüsse	393	Bericht des Eingabenausschusses:	
		Eingaben	
		– Drs 19/510 –	404
Antrag der Fraktion der SPD:		Bericht des Eingabenausschusses:	
Kein Büchergeld in Hamburg – Abschaffung der Lernmittelgebühren		Eingaben	
– Drs 19/441 –	393	– Drs 19/511 –	405
Andrea Rugbarth SPD	393	Beschlüsse	405
Dittmar Lemke CDU	394		
Michael Gwosdz GAL	395, 400	Sammelübersicht	405
Wolfhard Ploog CDU			
Dora Heyenn DIE LINKE	396	Beschlüsse	405
Wilfried Buss SPD	397		
Christiane Schneider DIE LINKE	399	Große Anfrage der Fraktion der SPD:	
Wolfgang Beuß CDU	400		
Linda Heitmann GAL	401	Für eine bessere Krippen- und Kita-Bedarfsplanung und bessere Versorgungsgrade	
Beschluss	401	– Drs 19/22 –	405
Antrag der Fraktion der SPD:		Beschluss	405
Barrierefreies Fernsehen			
– Drs 19/596 –	401	Kennntnisnahme ohne Besprechung	405
Uwe Grund SPD	402		
Andreas C. Wankum CDU	402	Große Anfrage der Fraktion der SPD:	
Martina Gregersen GAL	403		
Kersten Artus DIE LINKE	403	Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs	
Farid Müller GAL	404	– Drs 19/248 –	405
Beschluss	404	Beschluss	405
Gemeinsame Beratung		Besprechung beantragt	405
Bericht des Eingabenausschusses:			
Eingaben		Senatsantrag:	
– Drs 19/506 –	404	Tätigkeit der Senatorinnen und Senatoren in Aufsichtsgremien hamburgischer öffentlicher Unternehmen	
Bericht des Eingabenausschusses:		– Drs 19/556 –	406

Beschluss	406	Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/472:	
Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/519:		Haushaltsplan 2007/2008 Einzelplan 6 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Titel 6610.791.04 Durchführung von Kooperati- onsprojekten in Zusammen- hang mit der „Expo Shanghai 2010“ Nachforderung einer Verpflich- tungsermächtigung in Höhe von 5 250 000 Euro im Haus- haltsjahr 2008 zur Finanzierung des Hamburger Beitrages zur EXPO 2010 in Shanghai (Senatsantrag) – Drs 19/621 –	407
Veräußerung von vier Schul- grundstücken an den Katholi- schen Schulverband Hamburg, und zwar Eulenstraße 68, Boni- fatiusstraße 2, Julius-Ludo- wieg-Straße 89 (ehemalige preußische Volksschulen) so- wie Cuxhavener Straße 379 (Senatsantrag) – Drs 19/587 –	406		
Beschlüsse	406	dazu	
Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/423:		Antrag der Fraktion der SPD:	
Kapitalerhöhung bei der HSH Nordbank AG (Senatsmitteilung) – Drs 19/605 –	406	Hamburger Beteiligung an der EXPO 2010 in Shanghai – Drs 19/711 –	407
dazu		Beschlüsse	407
Antrag der Fraktion der SPD:		Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/468:	
HSH Nordbank und Krise der Finanzmärkte – Drs 19/712 –	406	Haushaltsplan 2007/2008 Ergänzung des Beschlusses über die Feststellung des Haushaltsplans der Freien und Hansestadt Hamburg für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 (Haushaltsbeschluss 2007/2008) für das Haushalts- jahr 2008 Stellung einer selbstschuldne- rischen Bürgschaft im Bereich des Baugebietes Neugrabener Wiesen (Neugraben-Fischbek 65) (Senatsantrag) – Drs 19/622 –	407
Beschluss	406	Beschlüsse	407
Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/177:		Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/553:	
Haushaltsplan 2007/2008 Einzelplan 6 „Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt“ Titel 6300.771.08 „Grundinstandsetzung und Umbau der Sengelmannstraße zwischen Dorothea-Kasten- Straße und Hebebrandstraße“ hier: Nachforderung von 1 001 000 Euro zur Abdeckung von Mehrkosten (Senatsantrag) – Drs 19/620 –	406		
Beschlüsse	406		

Umzug von Staatsamt und Planungsstab der Senatskanzlei in die Hermannstraße 15 – Antrag auf Zustimmung der Bürgerschaft zu den finanziellen Auswirkungen des Umzugs und Nachbewilligung von Haushaltsmitteln für das Haushaltsjahr 2008 im Kapitel 1100 „Senat“ des Einzelplans 1.1 – (Senatsantrag) – Drs 19/624 –	407	Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften in Hamburg und Schleswig-Holstein (Zweiter Medienänderungs-staatsvertrag HSH) (Senatsmitteilung) und Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften in Hamburg und Schleswig-Holstein (Zweiter Medienänderungs-staatsvertrag HSH) (Senatsantrag) – Drs 19/654 –	408
Beschlüsse	408	dazu	
Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 19/465:		Antrag der Fraktion der SPD:	
100. Änderung des Flächennutzungsplans für die Freie und Hansestadt Hamburg (Neue Wohnbauflächen am Ehestorfer Weg in Heimfeld) 85. Änderung des Landschaftsprogramms einschließlich Arten- und Biotopschutzprogramm für die Freie und Hansestadt Hamburg (Neue Wohnbauflächen am Ehestorfer Weg in Heimfeld) (Senatsantrag) – Drs 19/589 –	408	Mehr Medienkompetenz durch mehr Flexibilität bei der Verwendung der Mittel (Zweiter Medienänderungsstaatsvertrag HSH) – Drs 19/713 – und Antrag der Fraktionen der GAL und der CDU: Novelle Medienstaatsvertrag Hamburg-Schleswig-Holstein 2009 – Drs 19/723 –	408
Beschluss	408	Beschlüsse	409
Bericht des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschusses über die Drucksache 19/466:		Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und der GAL:	
Zehnter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) (Senatsantrag) – Drs 19/653 –	408	Änderung des Hamburgischen Abgeordnetengesetzes – Drs 19/583 – Dora Heyenn DIE LINKE	409
Beschlüsse	408	Beschlüsse	409
Bericht des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschusses über die Drucksachen 19/469 und 19/554:		Antrag der Fraktion der SPD:	
		Fortführung der diamorphingestützten Behandlung Opiatabhängiger (Heroinabgabe) – Drs 19/591 – Linda Heitmann GAL Dr. Martin Schäfer SPD Olaf Böttger CDU	410
			410
			411

Beschluss 411

Antrag der Fraktion der SPD:

**Tennis Masters Series muss
am Rothenbaum bleiben**

– Drs 19/593 – 411

Beschluss 411

Interfraktioneller Antrag:

**Gesetz zur Änderung des Ge-
setzes über Entschädigungslei-
stungen anlässlich ehrenamtli-
cher Tätigkeit in der Verwal-
tung (Entschädigungslei-
stungsgesetz – EntschädLG) –
Einrichtung Entschädigungs-
kommission**

– Drs 19/629 – 411

Beschlüsse 411

Beginn: 15.01 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Sie sehen Ihre altvertraute Glocke wieder. Sie hat mir gestern eine erfüllte Abendveranstaltung eingebracht. Sie ist in neuem Glanz und ich hoffe, in ihrer Rekonvaleszenzzeit wird sie heute nicht allzu oft ertönen müssen.

Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats sind die Fraktionen übereingekommen, dass die heutige Debatte zu Tagesordnungspunkt 41 um den Antrag der SPD-Fraktion, Drucksache 19/592, das ist der Punkt 35 unserer Tagesordnung, erweitert werden wird.

Zunächst setzen wir nun die

Aktuelle Stunde

von gestern fort. Ich rufe das dritte Thema auf, das in der gestrigen Sitzung wegen Zeitablaufs nicht mehr behandelt werden konnte. Angemeldet wurde es von der Fraktion DIE LINKE. Es lautet:

Taxifahrer in Bedrängnis – Behörde ignorant.

Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Hackbusch hat es.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was ist eigentlich die Aufgabe des Hamburger Senats?

(Zurufe von der CDU und der SPD: Oh! – Zuruf von der CDU: Zum Thema! – *Frank Schira* CDU: Wenn Sie das in fünf Minuten schaffen!)

Man fragt sich häufig, was er zu tun hat und wofür er eigentlich da ist. Manchmal bin ich mir da nicht so ganz sicher. In solchen Situationen gehe ich dann hin, gucke mir die Verfassung an und habe voller Freude festgestellt, dass da einige Sätze drin stehen, die ich Ihnen noch einmal sagen will.

(Zuruf von der CDU)

"Durch Förderung und Lenkung befähigt sie [die Freie und Hansestadt Hamburg] ihre Wirtschaft zur Erfüllung dieser Aufgaben und zur Deckung des wirtschaftlichen Bedarfs aller."

– Des wirtschaftlichen Bedarfs aller, wohlgermerkt.

"Auch Freiheit des Wettbewerbs und genossenschaftliche Selbsthilfe sollen diesem Ziele dienen.

Jedermann hat die sittliche Pflicht, für das Wohl des Ganzen zu wirken. Die Allgemeinheit hilft in Fällen der Not den wirtschaftlich

Schwachen und ist bestrebt, den Aufstieg des Tüchtigen zu fördern."

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich höre wie jeder andere in diesem Hause die Verfassung immer gern, aber ich hätte es auch gern, dass Sie den Bogen zum Thema schlagen.

(Beifall bei der CDU)

Norbert Hackbusch (fortfahrend): Das werde ich in diesem Punkt schaffen. Dann steht der letzte Satz, den ich dazu zitieren will:

"Die Arbeitskraft steht unter dem Schutze des Staates."

Meine Damen und Herren! Eine der wichtigsten Aufgaben ist zu fragen, wie die soziale Situation in dieser Stadt ist. Wie ist die Situation der Arbeitskraft? Kann man von dem, was man gegenwärtig in dieser Stadt verdient, noch leben?

(Zuruf von der CDU: Zum Thema!)

Die Antwort des Senats auf die Frage der SPD zu der Situation im Niedriglohnsektor, hat gezeigt, dass er sich mit dieser Frage nicht beschäftigt hat.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, jetzt rufe ich Sie zur Sache.

(*Ingo Egloff* SPD: Machen Sie nicht die Glocke kaputt, Herr Präsident!)

Norbert Hackbusch (fortfahrend): Wir haben heute ein Thema zur Situation des Taxengewerbes angemeldet. Jeder, der sich damit auskennt, weiß, dass es auch eine soziale Frage für diejenigen ist, die Taxi in dieser Stadt fahren, und wie deren Situation ist.

Der Hamburger Senat hat dazu in den letzten Tagen eine Presseerklärung abgegeben, in der er gesagt hat, dass die Situation des Taxengewerbes wirtschaftlich völlig gesund sei, in einer Situation, wo jeder von Ihnen, der Auto fährt, weiß, dass in diesem Jahr allein die Kraftstoffpreise um 50 Prozent angestiegen sind. Wer dann davon spricht und noch nicht einmal mitbekommt, dass das eine wirtschaftliche und soziale Frage und ein Problem für die Taxifahrer in dieser Stadt ist, der nimmt seine vornehmste und wichtigste Aufgabe nicht wahr, sich nämlich darum zu kümmern, ob man in dieser Stadt von seiner Arbeit leben kann und ob die sozialen Verhältnisse ausreichen.

Die Senatorin hat von einem gesunden Gewerbe gesprochen. Wir können feststellen, dass es in unserer Partei Menschen gibt, die sagen, dass sie

(Norbert Hackbusch)

aufstockende Sozialhilfe brauchen, wenn sie Taxi fahren. Das Gutachten, das es über die wirtschaftliche Situation des Taxengewerbes gibt, ist davon so gut wie keine Rede. Der Senat kümmert sich um die wichtigste Aufgabe, die soziale Situation in dieser Stadt nicht, sondern benutzt stattdessen PR-Formulierungen, die mich eher an Marketing und nicht an den Hamburger Senat erinnern, was seine Aufgabe wäre.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Es gibt eine einfache Formulierung, die in der Erklärung gar nicht aufgenommen worden ist. Man sagt, es gibt einen Konsolidierungsprozess im Hamburger Taxengewerbe. Das steht da nur so. Sie kommen gar nicht auf die Idee, sich genauer damit zu beschäftigen. Was bedeutet das eigentlich, sozial, Konsolidierungsprozess? Das sind doch betriebswirtschaftliche Formulierungen von den alten und kernigen Leuten innerhalb der Betriebe, die aufgrund dessen dann 500 Leute entlassen und sagen, das ist Konsolidierung. Genau das Gleiche benutzen Sie als Metapher im Zusammenhang mit der Situation im Taxengewerbe. Dahinter versteckt sich eine sozial katastrophale Situation und Sie beschäftigen sich nicht einmal damit.

Stattdessen feiern Sie die Situation, dass es seit 1970 noch nie sowenig Taxis gegeben hat und tun so, als wäre das auch noch eine Errungenschaft. Genau das ist aber die Situation. Sie sorgen dafür, dass es immer weniger Taxis gibt in dieser Stadt und die Taxifahrer letztendlich immer weniger verdienen.

(Jens Kerstan GAL: Die Taxenverbände wollen das selber auch!)

– Das ist aber nicht die Frage.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist bereits überschritten.

Norbert Hackbusch (fortfahrend): Wir sind der Meinung, dass die kleinen und mittleren Unternehmen in den Händen dieses Senats nicht gut aufgehoben sind.

(Beifall bei der LINKEN – Barbara Ahrons CDU: Das sehe ich aber anders!)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Hesse.

Klaus-Peter Hesse CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Hackbusch, das war – das muss ich leider sagen – die schlechteste Rede, die ich bisher von Ihnen in

diesem Parlament gehört habe und ich habe schon viele gehört.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Michael Neumann SPD: Aber immer noch besser als Ihre!)

Taxifahrer in Hamburg, lieber Kollege Hackbusch, machen einen guten und wertvollen Job und müssen natürlich auch entsprechend bezahlt werden. Aber Sie haben etwas sehr Maßgebliches vergessen, nämlich dass es nicht immer nur um diejenigen geht, die die Taxe fahren, sondern man muss, wenn man über das Taxengewerbe spricht, auch über diejenigen sprechen, die die Taxen nutzen. Das haben Sie in Ihrer Rede, wenn man da von Rede sprechen mag, ganz ausgelassen.

Wir haben ein gesundes Gewerbe. Die Senatorin hat vollkommen recht, dass es nicht ausreicht, lieber Kollege Hackbusch und liebe Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN, sich nur mit einem Verband auseinanderzusetzen, wenn man ein Thema zur Debatte anmeldet und meint, damit das gesamte Gewerbe vertreten zu wollen. Hören Sie sich um im Gewerbe, fragen Sie andere Verbände, fragen Sie die Taxirufzentralen. Sie werden hören, dass das, was die Behörde gemacht und an Maßnahmen eingeleitet hat, was es jetzt auch als Tarifierhöhung gibt, genau das ist, was das Taxengewerbe braucht. Deswegen macht die Behörde einen guten Job und hat auch richtig reagiert.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Sie vergessen bei Ihrer Rede, lieber Kollege Hackbusch, dass Taxen ein Teil des öffentlichen Personennahverkehrs sind. Sie haben Aufgaben in diesem öffentlichen Personennahverkehr. Taxentarife müssen eine Transparenz haben, sie müssen gerecht sein, sie müssen ergiebig sein für diejenigen, die mit der Taxe fahren. Das heißt aber auch für den Nutzer, dass die Tarife vergleichbar sein müssen. Das, was der Taxenverband vorschlägt, den Sie mit Ihrer Anmeldung vertreten,

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Ich vertrete gar keinen Taxenverband!)

würde dazu führen, dass die Tarife nicht mehr vergleichbar wären, dass Fahrten zu unterschiedlichen Endpreisen führen können, obwohl die Strecken die gleichen sind. Die Nutzer könnten die Kosten nicht mehr kalkulieren. Das Preis-Leistungs-Verhältnis, das der Nutzer einer Taxe erwartet, wäre nicht mehr gegeben.

Unsere Hamburger Taxen sind die Visitenkarte unserer Stadt. Ich freue mich, dass sie es auch zu Recht sind und glaube, dass die Qualität, die mittlerweile durch unsere Qualitätsoffensive der letzten Jahre in unsere Taxen eingezogen ist, dass der Preis und die Einheitlichkeit, was die Wiedererkennung angeht, unserem Taxengewerbe gut zusteht und deutlich macht, dass Taxen ein unverzichtba-

(Klaus-Peter Hesse)

rer Bestandteil des öffentlichen Personennahverkehrs sind.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Hackbusch, wenn es um die Nutzung und die Tarife bei Taxen geht, geht es nicht nur um die Reichen oder die Faulen, die im Zweifelsfall einmal eine Taxe benutzen wollen, um von A nach B zu kommen, nein, Taxen haben auch einen weiteren verkehrspolitischen Auftrag, sie müssen sich auch um die Armen und die Kranken kümmern, die auch eine Taxe nutzen wollen. Das heißt, Taxentarife müssen auch gesellschaftlich und im gesamten Verkehrsbetrieb einen Preis geben können, der es den Nutzern ermöglicht, sie zu nutzen. Eine freie Preisfindung – das wäre nämlich die Alternative, wenn man die Tarife freigeben würde – würde nicht helfen und würde auch dem Taxengewerbe nicht helfen. Das will auch niemand, bis auf einige wenige Taxen.

(Beifall Robert Heinemann CDU)

Knapp 6 Prozent Erhöhung sind ein gutes Ergebnis für alle Beteiligten, für die Nutzer und auch für die Fahrer. Es wird ein kräftiger Schluck aus der Pulle sein, aber die Mineralölpreise sind gestiegen, das ist so und das stellen wir auch bei den öffentlichen Verkehrsmitteln fest. Deswegen denke ich auch, dass wir dieses vermitteln müssen. Es wird genügend Nutzer geben, die sagen, dass Taxifahren noch viel zu teuer sei. Diesen Ausgleich zwischen Nutzer und Fahrer muss die Behörde treffen und ich bin überzeugt, dass es genügend Fahrer gibt, die gern und gut ihre Leistungen in unserer Stadt anbieten und es damit auch ermöglichen, dass diejenigen, die Taxen nutzen, es sich auch leisten können und nicht nur die Reichen,

(Michael Neumann SPD: War das jetzt eine bessere Rede? – Na ja!)

lieber Kollege Neumann, und die Fußfaulen, sondern auch die etwas Ärmere. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Karin Timmermann.

Karin Timmermann SPD:* Herr Präsident, Frau Senatorin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Presseerklärung des Senats "Positive Entwicklung im Taxengewerbe – so wenig Taxen wie zuletzt 1970" hinterlässt schon einen schalen Beigeschmack.

Man sollte nicht außer Acht lassen, dass es sich auch um Arbeitsplätze handelt, die verlorengegangen sind. Dieser Rückgang ist nicht nur der Tatsache geschuldet, dass es bezüglich der betrieblichen Angaben im Genehmigungsverfahren konsequente Überprüfungen gegeben hat, was richtig

und wichtig ist, sondern hat sicherlich auch dazu geführt, dass damit eine Reihe von schwarzen Schafen, die es in allen Bereichen gibt, aussortiert worden sind.

Der Rückgang hat aber bedauerlicherweise auch andere Ursachen, und zwar, dass die Verdienstmöglichkeiten im Taxengewerbe so schlecht sind, dass viele ihre Tätigkeit aufgegeben haben. Der Stundenlohn bei den Taxifahrern liegt weit unter dem von uns geforderten Mindestlohn von 7,50 Euro, einschließlich Nacht- und Feiertagszuschlägen.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Genau!)

Das gehört auch zur Wahrheit dazu.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

In einer Presseerklärung eines Hamburger Taxenverbandes war kürzlich zu lesen, dass man mit Arbeitslosengeld II und Pfandflaschensammlung nicht schlechter gestellt sei. Diese Aussage muss wohl kaum kommentiert werden, denn sie sagt sehr viel darüber aus, wie viel Frust in diesem Gewerbe vorhanden ist.

Die neu angedachte Tarifsteigerung im Taxengewerbe ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung. Trotzdem reicht dieser Betrag bei Weitem nicht aus, um die gestiegenen Kosten auch nur ansatzweise aufzufangen. Da müssen wir doch nur an die enorm gestiegenen Treibstoffkosten denken. Hinzu kommen weitere Mehrkosten, wie die inzwischen eingeführten Flughafengebühren, die im Vergleich zu anderen Städten in Hamburg um ein Vielfaches höher sind. Diese gestiegenen Mehrkosten sind in dem neuen Zwischenbericht nicht berücksichtigt worden

(Zuruf von Robert Heinemann CDU)

und haben sich folglich bei den Überlegungen zum Umfang der Tarifierhöhung auch nicht im ausreichenden Maße niedergeschlagen.

(Zuruf von Robert Heinemann CDU)

Sicherlich muss man bei Preiserhöhungen auch die Akzeptanz bei den Kunden im Auge behalten. Aber leider ist seitens der Fachbehörde diese Problematik der Preiselastizität in meiner Kleinen Anfrage unbeantwortet geblieben.

Bereits Mitte des Jahres 2006 haben wir über den ersten Zwischenbericht der Gutachterfirma zur Ertragslage des Hamburger Taxengewerbes diskutiert. Schon damals haben die Oppositionsparteien, auch die GAL, vertreten durch den heutigen Leiter der Präsidialabteilung, Herrn Lühmann, bemängelt, dass das Vorgehen der Gutachter in methodischer Hinsicht von den Verbänden der Taxenverbände hart kritisiert wurde.

Viel hat sich seitdem nicht geändert. Auch bei dem nun vorliegenden dritten Zwischenbericht muss

(Karin Timmermann)

man festhalten, dass vor allem bei dem Abschnitt Kostenentwicklung zu wenig auf die Besonderheiten des Taxengewerbes eingegangen worden ist, vor allem, weil vorwiegend veröffentlichte Zahlen übernommen wurden, statt eigene Erhebungen anzustellen. Auch die Bereiche soziale Absicherung der Unternehmer und längst überfällige Lohnerhöhungen wurden bei der Kostenentwicklung unzureichend berücksichtigt, sodass die vorliegenden Ergebnisse doch noch viele Fragen offen lassen und keine vernünftigen Antworten geben. Es fehlt immer noch eine Aussage dazu, wie die Funktionsfähigkeit zu definieren ist, also wie lange ein Taxi nach den derzeitigen Erkenntnissen und Kosten pro Stunde besetzt sein muss, damit es wirtschaftlich, ökologisch und für die Kunden möglichst preiswert betrieben werden kann. All diese Punkte müssen Berücksichtigung finden.

Auch wenn die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt den Anstieg der Umsätze feiert, so ist es doch Fakt, dass eine Vielzahl der Hamburger Taxifahrer mit einem monatlichen Verdienst von weit unter 1000 Euro auskommen muss.

Nachdenklich stimmt auch, dass es Tarifunterschiede zu Berlin von plus 28 Prozent und zu München von sogar plus 40 Prozent gibt. Wenn die BSU in ihrer Presseerklärung mitteilen lässt, sie werde diese Untersuchung weiter fortführen, so kann man das zwar begrüßen, aber es ist rausgeschmissenes Geld, wenn man nicht endlich die Methodik verbessert und die Anregung der vielen Taxenverbände reflektiert und einbezieht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Für uns muss eine positive Entwicklung im Taxengewerbe auch finanziell bei den Taxifahrerinnen und Taxifahrern ankommen. Nur so kann von einer positiven Entwicklung gesprochen werden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Gregersen.

Martina Gregersen GAL:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In den letzten Jahren gab es sehr, sehr viele Taxen in Hamburg und auch die Qualität wurde zum Teil erheblich bemängelt. So waren Kunden, aber auch die Fahrer nicht zufrieden. Seit August 2006 sorgten verschärfte Prüfungen und Genehmigungsvoraussetzungen, aber auch nachhaltige Kontrollen dafür, dass sich die Standards, aber auch die Zahl der Taxen, erheblich verbessert hat und die Zahl der Taxen auf unter 3500 gesunken ist.

Der Taxenbestand in Hamburg bewegt sich nun wieder auf dem Stand von 1970. Da liegt es auf der Hand, wenn die Anzahl der Taxen sinkt, dass auch der Ertrag pro Taxe und pro Tour wieder steigt.

Seit 2005 läuft eine Untersuchung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, an der 105 Taxen beteiligt sind. Jetzt liegt der dritte Zwischenbericht vor. Frau Timmermann, Sie sprachen eben davon, das ist alles nicht richtig und man muss das einmal ernst nehmen. Hamburg, finde ich, macht da eine sehr gute Arbeit,

(Karin Timmermann SPD: Da haben Sie aber schnell Ihre Meinung geändert!)

denn wenn 105 Taxen drei Jahre lang untersucht werden, dann ist das ein guter Indikator und ich verstehe Ihre Kritik dabei wirklich nicht.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Nach diesem dritten Untersuchungsbericht sind die Umsätze in einem deutlichen Plus. Ich will das gern einmal aufzeigen. Im Jahr 2007 stieg der Umsatz pro Tour um 4,8 Prozent und seit 2005 sogar um 9,1 Prozent. Der Umsatz pro Stunde stieg seit 2007 um 6,4 Prozent und seit 2005 um 11,6 Prozent.

Aber es gibt nicht nur diese Untersuchungen. Es gibt auch die Untersuchungen der Handelskammer. Die hat zum Jahresende 2007 eine Umfrage gemacht, wobei 2033 Taxenunternehmer angeschrieben worden sind, wie sie denn die Lage einschätzen und wie sie sich die Weiterentwicklung vorstellen. Es beteiligten sich leider nur 24 Prozent der Angeschriebenen an der Beantwortung, aber dennoch ist das Ergebnis interessant, denn von den rückgemeldeten Antworten waren fast 49 dafür, dass es keine starke Anhebung gibt, wiederum 45 wollten eine starke Anhebung. Man merkt, der Markt ist geteilt und diese unterschiedlichen Standpunkte zeigen deutlich, wie groß die Gegensätze und die damit verbundenen Forderungen der Taxenunternehmer sind. Die Forderungen der Interessenverbände gehen weit auseinander, der Wunsch nach Erhöhung von um 5 Prozent bis weit über 10 Prozent.

Bei der Anhörung der Taxenverbände hatte sich aber die größte Mehrheit der Verbände gegen Erhöhungen im zweistelligen Bereich ausgesprochen. Wenn Sie sagen, Frau Timmermann, wir würden nicht zuhören, was die Verbände sagen, so gibt es das Wortprotokoll und wir sehen uns das sehr wohl an.

(Karin Timmermann SPD: Aber es sind nicht alle eingeladen, Frau Gregersen, das wissen Sie auch!)

– Man kann nicht 3500 Taxenfahrer einladen und das wissen Sie auch.

Nun liegen seit einigen Tagen die Vorschläge der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt vor und diese rät zu einer moderaten Erhöhung um 5,9 Prozent. Nun können natürlich Sie von DER LINKEN und von der SPD sagen, das sei zu wenig und es gebe Fahrerinnen und Fahrer, denen das,

(Martina Gregersen)

was sie dann als Ertrag haben, nicht zum Lebensunterhalt reiche. Aber wollen Sie jetzt eine Erhöhung um 10 Prozent? Bitte beachten Sie, dass auf überzogene Erhöhungen auch eine verringerte Nachfrage folgt. Beachten Sie bitte auch, dass das im Endeffekt eine Verschlechterung der Einkommenssituation bedeutet. Wollen wir das dann auch?

(Arno Münster SPD: Betriebswirtschaftlich ist das eine glatte Sechs, was Sie da reden!)

Ein weiterer Aspekt, den Sie nicht vergessen dürfen, ist die uneinheitliche Einkommenssituation. Sie differenziert sich sehr stark nach Einzel- und Mehrwagen und vor allem auch zwischen Taxen mit und Taxen ohne Funk. Wie erwähnt, hat sich die Einkommenssituation bei allen Taxibetreibern in den letzten Jahren verbessert. Allerdings haben einige davon sehr profitiert und andere eben nicht, denn die mit Funk haben starke Steigerungen gehabt.

Natürlich wird es weiter selbstständige Taxifahrer ohne Funk geben, die weniger verdienen und das ist schlecht.

(Michael Neumann SPD: Und Taxifahrerinnen!)

– Ja, es gibt auch Taxifahrerinnen, aber fünf Minuten Redezeit sind immer sehr knapp, Herr Neumann.

(Michael Neumann SPD: Dafür muss Zeit sein!)

Ich verweise da gern noch einmal auf die Studie der Handelskammer, dass einige sagten, es sei ausreichend und sie wollten keine Steigerungen, und andere eben nicht.

Schwierig ist es, für die ohne Funk und die Ein-Mann-Taxenbetriebe jetzt eine andere Preisstruktur zu schaffen als für diejenigen, die mehrere haben. Sollten wir das machen? Nein. Wir brauchen ein einheitliches Preissystem in einer Stadt, das für alle nachvollziehbar und transparent ist. Somit ist eine einheitliche Lösung auch Pflicht und die sollten wir umsetzen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, trotz der Zurufe, Ihre Zeit ist um.

(Arno Münster SPD: Ein Glück!)

Martina Gregersen (fortfahrend): Ich möchte, dass Sie bedenken, dass es Leute gibt, die sich Taxifahren leisten müssen, und dass Sie die nicht ausgrenzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senatorin Hajduk.

Senatorin Anja Hajduk: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema Taxitarife und Taxenordnung ist immer eines, das Aufmerksamkeit erfährt und das ist gut und richtig so. Ich möchte aber zu einigen Punkten vonseiten des Senats gerne Stellung nehmen, gerade auch zu dem, was die Opposition gesagt hat.

Vielleicht ist es sinnvoll, am Anfang einiges zu den Rahmenbedingungen für das Taxengewerbe in Hamburg zu sagen. Das sage ich insbesondere auch mit Blick auf den Beitrag der SPD.

Vor einiger Zeit gab es auch eine Diskussion, wie attraktiv das Taxengewerbe sei. Wie ist es eigentlich um die Qualität im Taxengewerbe bestellt? Wir haben festgestellt, und das haben wir auch veröffentlicht, dass es gelungen ist – und da können Sie auch von den Gewerbetreibenden selbst viele positive Rückmeldungen bekommen –, durch strengere Auflagen und gewisse Aufsichtshandlungen ein paar "schwarze Schafe" aus dem Markt herauszubekommen und dort auch etwas stattgefunden hat, sodass die Taxenzahl zurückgegangen ist. Aber das ist nicht unbedingt so zu interpretieren, wie Sie es gesagt haben, dass dort bedauerlicherweise Arbeitsplätze verlorengegangen seien, sondern die, die das Gewerbe betreiben, sagen, dass sie froh seien, im Sinne der Qualität ein großes Stück vorangekommen zu sein, auch für die, die dort jetzt aktiv arbeiteten und für die Kunden. Das ist doch die Realität.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wenn man das dann weiterdenkt, vielleicht ganz rational, dann heißt das, dass man in Hamburg ein Verhältnis von Fahrzeugen zu Einwohnern hat, das im Vergleich zu anderen Städten sehr günstig ist. Jetzt mache ich den Sprung zurück. In dem kritisierten Gutachten wurde gesagt, was eigentlich das Problem ist, dass das Gewerbe zu wenig verdient. Da wird gesagt, es gebe ein Problem zwischen Besetzzeiten und Leerzeiten. Das entsteht dann, wenn zu viele Taxen im Markt sind.

Ich komme zurück darauf. Die Realität in Hamburg ist, dass die Entwicklung der letzten Zeit dazu geführt hat, dass das Verhältnis zwischen Einwohnerzahl und Taxen in Hamburg so günstig ist wie in keiner anderen vergleichbaren Stadt. Hamburg hat 3400 Taxen, das heißt pro Einwohner 517. In Berlin sind es 491, in München 384, in Frankfurt 390 und in Düsseldorf 441 und das, obwohl in einigen dieser Städte mit Konzessionsstopps und Deckeln gearbeitet wird, allerdings – das muss man einfach anerkennen – auf einem viel höheren Niveau. Ich komme zu dem Schluss, dass die Rahmenbedingungen für das Taxengewerbe, die wir mit beeinflussen können, vergleichsweise gut dastehen.

(Senatorin Anja Hajduk)

Deswegen darf man das auch einmal in diesem Hause sagen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Nächster Punkt, denn man soll auch nichts schönreden: Es gibt wahrscheinlich das Problem des Lohndumpings im Taxengewerbe. Aber wo ist da die Rolle der Politik? Wir orientieren uns, wenn wir über Taxenordnungen reden, daran, dass die langjährige Praxis, die es gibt, dass zum Beispiel ein Taxifahrer bei der Kostenkalkulation, die wir vornehmen, mit 45 Prozent am Umsatz als Fahrerlohn beteiligt wird. Da orientieren wir uns an Erfahrungswerten, auch die, die wir für richtig halten. Die absolute Kontrolle, wie es dann im einzelnen Taxenunternehmen gehandhabt wird – das will ich ganz deutlich sagen –, entzieht sich dann unserem Einfluss. Deswegen will ich nicht so tun, als gebe es nicht auch Schwierigkeiten im Taxengewerbe, aber blicken Sie auf die Rahmenseetzungen, die wir vorzunehmen haben und dann werten Sie einmal, ob wir nicht bei den Rahmenbedingungen ein Stück vorangekommen sind. Einen ersten Teil habe ich schon gesagt.

Ich möchte jetzt noch auf die Zukunft eingehen. Der Senat wird voraussichtlich am nächsten Dienstag eine Änderung der Taxenordnung beschließen. Was haben wir vor? Wir haben vor, den Grundpreis zu erhöhen und wir haben auch vor, je nach Kilometerlänge gestaffelt, dann die Preise anzuheben. Das führt, wenn es so beschlossen wird, tatsächlich zu der in der Öffentlichkeit schon diskutierten knapp 6-prozentigen Steigerung bei der Einzelfahrt. Der Senat hat das nicht einfach nur so geplant und meine Behörde nicht so geplant und beschlossen, weil wir uns miteinander im kleinen Kreis zusammengesetzt und nachgedacht hätten, nein, wir haben intensiv mit dem Gewerbe diskutiert. Wenn wir also solch eine Änderung der Taxenordnung vornehmen, dann will ich Ihnen sagen, dass wir eine intensive Diskussion und Anhörung mit allen Verbänden geführt haben. Wir haben auch bei dem Vorschlag, den wir unterbreitet haben, die Eckpunkte, die die große Mehrheit des Gewerbes vertreten hat, in unserer Tarifierung ausdrücklich vereinbart.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Es gibt insbesondere einen Punkt, den wir anders sehen, und der bezieht sich darauf, ob Wartezeiten berechnet werden. Ist es denn mit Blick auf Taxenutzung sinnvoll, dass staubedingt die gleiche Strecke unterschiedlich viel kostet?

Das ist bei keinem anderen Verkehrsmittel so. Deswegen haben wir in unserer Taxenordnung gesagt, dass wir das nicht wollen, es sei denn, es gibt eine Wartezeit, wenn man als Kunde gar nicht erst einsteigt. Dann läuft ab einer Minute die Uhr.

Aber wenn Wartezeiten, die aus Stausituationen entstehen, dazu führen, dass, wenn man Pech hat,

man mit dem Taxi vom Flughafen in die Stadt fährt und in eine autoverkehrsreiche Zeit kommt und dann doppelt so viel zahlt wie zu einer anderen Zeit, dann halten wir das im Sinne der Transparenz – man muss auch einmal an den Kunden denken – für falsch. Deswegen haben wir dazu eine andere Meinung, aber, ich finde, mit sehr guten Argumenten.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Insgesamt haben wir bei der Erhöhung der Tarife nicht nur darauf geguckt, was für den Kunden wichtig und notwendig ist, auch für den Kunden, der vielleicht durch Gehbehinderung auf kurze Strecken angewiesen ist, sondern auch darauf, dass ein Deckel bei der Tarifierung da sein muss. Wir haben uns nicht nur diesen Blickwinkel des Kunden für das Gesamtgewerbe zu eigen gemacht, sondern haben uns auch die Argumente von den Taxigewerbetreibenden zu eigen gemacht, die selber anerkennen, dass, wenn wir mit einer Tarifierhöhung überreizen, im Endeffekt auch dem Gewerbe nicht gedient ist. Ich glaube, dass es natürlich bei solch einer großen Gruppe von Betroffenen immer Kritik gibt. Seien Sie gewiss, dass wir mit vielen Betroffenen geredet haben. Ich glaube, ich habe einige Fakten präsentiert, dass Sie abwägen können, ob wir da nicht auf einem ganz vernünftigen Weg sind. Deswegen freue ich mich, dass wir so ruhig darüber debattieren konnten.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Schneider.

(Rolf Harlinghausen CDU: Jetzt geht sie zum Lachen in den Keller!)

Christiane Schneider DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Senatorin, leider haben Sie in Ihrem Redebeitrag das schönfärbische Bild Ihrer Presseerklärung nachgemalt und Sie, Kollegin Gregersen, leider auch.

Die Erfolgsmeldung dieser Pressemeldung ist nicht einmal dann wahr, wenn man die Durchschnittszahlen zugrunde legt. Sie hatten sie ja genannt. Man hätte schon erwarten können, dass das Gutachten angesichts der Explosion der Kosten preisbereinigte Zahlen vorlegt, damit man wenigstens weiß, wovon man spricht.

Erstens ist die Lage überhaupt nicht rosig und zweitens ist sie für einen nicht kleinen Teil der Taxifahrerinnen und -fahrer, nämlich die Alleinfahrer und die Kleinunternehmen, ausgesprochen schlecht.

Frau Gregersen, Sie sprachen davon, dass der Markt geteilter Meinung sei. Das ist nun wirklich auch kein Wunder. Selbst das Gutachten spricht

(Christiane Schneider)

von wachsenden Unterschieden zwischen den Taxibetrieben.

(Zuruf von *Robert Heinemann CDU*)

Bei den Erlösen pro Stunde beträgt der Durchschnittswert laut Gutachten 13,47 Euro. Bei den Taxen ohne Funk – und das sind immerhin über 41 Prozent – liegt der Durchschnitt bei nur 11 Euro und das schon seit Jahren.

Alleinfahrer ohne Funk kommen nur noch auf durchschnittlich 8,68 Euro. Der Durchschnittswert sagt also überhaupt nichts aus. Es gibt natürlich welche, die bei 20 Euro liegen und die bewerten die Situation ganz anders als jemand, der bei 8 Euro und mehr liegt.

Für die Taxibetriebe beziehungsweise die Alleinfahrer, die unter dem Durchschnitt und zum Teil erheblich unter dem Durchschnitt liegen, ist die Situation – das deuten die Zahlen an – ausgesprochen prekär. Aus der Musterkalkulation für 2008 lässt sich errechnen – und jetzt hören Sie bitte genau zu –, dass das Jahreseinkommen für Alleinfahrer mit Funk bei 8939 Euro, für Alleinfahrer ohne Funk bei 8334 Euro im Jahr liegt. Das heißt, dass diese Fahrer nicht einmal Hartz IV erreichen und aufstocken müssen. Das sind 700 Euro im Monat.

Das hat natürlich Folgen, nämlich dass der Zwang zu überlangen Schichten zunimmt. Ich quäle Sie jetzt ein bisschen mit Zahlen, damit wir wenigstens über dasselbe reden.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hesse?

Christiane Schneider (fortfahrend): – Nein. Bei dem nächsten Redebeitrag gerne, aber ich habe nur fünf Minuten Redezeit.

Durchschnittlich betragen die Schichten heute 9,6 Stunden. Alleinfahrer ohne Funk kommen locker auf über zehn Stunden. Es gibt auch Fahrer, die Schichten von zwölf Stunden und mehr machen, um irgendwie ihr Auskommen zu finden, und das nicht an fünf, sondern oft an sechs Tagen in der Woche. Da summieren sich die Arbeitszeiten für Einzelunternehmer manchmal auf 300 bis 350 Stunden im Monat. Da müssen Alleinfahrer auf Urlaub verzichten. Da sparen sie an der Altersvorsorge, besonders schlimm, weil dann die Altersarmut vorprogrammiert ist. Da sparen sie an der Krankenversicherung. Von der Bildung betrieblicher Rücklagen ist ganz zu schweigen. Es darf ihnen also überhaupt nichts passieren.

Zuletzt noch ein anderes Problem, das Frau Senatorin Hajduk auch angesprochen hat. Das Tarifelement Wartegeld wurde – ich sage es jetzt einmal

vereinfacht – vor geraumer Zeit de facto abgebaut, jedenfalls in den Tourbereichen, die das Gros des Geschäfts ausmachen. Lassen Sie sich aber von dem Begriff Wartegeld nicht täuschen. Es geht hier nämlich nicht um das Warten, sondern um die Zeit im Stau, an Ampeln und so weiter, in der sowohl die wagenbedingten Kosten weiterlaufen – der Motor läuft, Benzin rinnt durch – und die Fahrer natürlich auch Zeit verbrauchen, die sie nicht bezahlt bekommen.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Richtig!)

Wen immer man anspricht, wenn man einmal mit dem Taxi fährt, so sagen alle, dass sie dieses Wartegeld zurückbekommen wollen. Das Gutachten weist darauf hin, dass in den durchschnittlich 9,6 Stunden pro Schicht die Taxen durchschnittlich nur 2,6 Stunden mit Fahrgästen besetzt sind. Bei den sogenannten Graupen, also den Taxen ohne Funk, sind es sogar nur 2,1 Stunden. Die arbeiten manchmal 12 Stunden und haben 2,1 Stunden Fahrgäste. Das heißt, sie müssen in diesen 2,1 bis 2,6 oder mehr Stunden den Umsatz erwirtschaften.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Was wollen Sie denn?)

Jetzt will wirklich niemand, dass die Taxipreise so explodieren, dass keiner mehr fahren kann. Aber die Tarifierung muss so gestaltet werden, dass sie die Not verhindert, in die eine große Zahl von Taxifahrern geraten ist und in die noch mehr Taxifahrer geraten werden, auch aufgrund der Kostenexplosion. Es gibt vernünftige Vorschläge.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Wie denn? Machen Sie doch mal einen! – *Jens Kerstan GAL*: Welchen denn?)

Ich meine, darüber müsste einmal gesprochen werden. Wir wären da gern behilflich.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 41 und 35 auf, die Drucksachen 19/630 und 19/592, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Erhöhung des Sozialhilferegelgesetzes gemäß Paragraph 28 Absatz 2 SGB XII nach Gutachten rückwirkend zum 1. Juli 2008 und Antrag der SPD-Fraktion: Regelsätze nach SGB XII endlich den tatsächlichen Lebenshaltungskosten in Hamburg anpassen.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Erhöhung des Sozialhilferegelgesetzes gemäß § 28 Absatz 2 SGB XII nach Gutachten rückwirkend zum 01.07.2008
– Drs 19/630 –]**

(Präsident Berndt Röder)**[Antrag der Fraktion der SPD:**

Regelsätze nach SGB XII endlich den tatsächlichen Lebenshaltungskosten in Hamburg anpassen!

– Drs 19/592 –]

Beide Anträge möchte die SPD-Fraktion an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Joithe-von Krosigk hat es.

Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE: Herr Präsident, sehr verehrten Damen und Herren! In Paragraph 1 Absatz 1 des Sozialgesetzbuches, also des SGB I, sind die Aufgaben unseres Sozialstaates definiert. Dort ist von der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit die Rede. Das Sozialrecht soll dazu beitragen, ein menschenwürdiges Leben zu sichern, die freie Entfaltung der Persönlichkeit zu fördern und besondere Belastungen des Lebens abzuwenden und auszugleichen, ein Anspruch, der die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte festschreibt, die jedem Menschen zustehen, wohlgemerkt festschreibt, auf dem Papier. In der Realität reichen jedoch 351 Euro pro Monat zu einem menschenwürdigen Leben weder hin noch her.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!)

Eine freie Entfaltung der Persönlichkeit bei staatlich verordneter Unterversorgung ist kaum möglich. Wer sein Abgeordnetenbüro in den sogenannten Brennpunktvierteln hat, der kann ein Lied davon singen. Dort geben sich nämlich die "Unterversorgten" geradezu die Klinke in die Hand. Sie fragen nach Rat, sie beschweren sich und viele schämen sich auch ihrer Armut. Bei jedem gibt es am Monatsende zu viel Monat und zu wenig Geld.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!)

Herr Hesse, da ist die Taxe für die Armen wohl doch eine Art von Realitätsverlust.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer entscheiden muss, ob er sich entweder eine Monatskarte für den HVV oder einen Kinobesuch oder einen Tag im Tierpark Hagenbeck gerade noch vom Munde abspart, der ist in der freien Entfaltung seiner Persönlichkeit zumindest äußerst beschränkt. Mit Freunden kann man sich kaum noch treffen, das Restaurant ist zu teuer und bei Einladungen kann man sich nicht revanchieren. Geburtstagsfeiern bleibt man fern, weil selbst für das kleinste Geschenk kein Geld vorhanden ist. Die eigene Wohnung wird dann zur Burg, die nur noch selten verlassen wird. So bleiben Ausgrenzung und Armut fast unsichtbar.

Einige Zahlen: Mit Stand vom Juni 2007 – neuere gibt es nicht – gab es in Hamburg rund 23 000 Leistungsberechtigte nach den Kapiteln III, das ist die Hilfe zum Lebensunterhalt, und Kapitel IV, das ist

die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung des SGB XII. Das heißt, mehr als 85 Prozent der Leistungsberechtigten, also knapp 20 000, bezogen Grundsicherungen beziehungsweise Leistungen wegen Erwerbsminderung. Die Leistungsberechtigten im Rechtskreis des SGB II, das ist das sogenannte Arbeitslosengeld II, zählten im Vergleichszeitraum Hamburg rund 206 000 und davon waren rund 150 000 erwerbsfähige Hilfebedürftige.

Wie Sie alle wissen, ist die Festlegung des ALG-II-Regelsatzes Sache des Bundes. Dieser Regelsatz ist jetzt parallel zur Rentenanpassung zum 1. Juli 2008 um 1,1 von Hundert von 347 Euro auf 351 Euro im Monat für alleinstehende erwerbstätige Hilfebedürftige erhöht worden. Trotz enorm gestiegener Energie- und Nahrungsmittelpreise übersteigt diese sogenannte Erhöhung von 4 Euro nicht einmal den Tagessatz eines Arbeitslosengeld-II-Geschädigten für den täglichen Bedarf an Lebensmitteln. Das sollte man sich auch einmal merken.

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat keine direkte Handhabe, auf die Höhe des Arbeitslosengeldes II Einfluss zu nehmen. Sie könnte jedoch über eine Bundesratsinitiative auf eine solche Erhöhung hinwirken. Wir versichern Ihnen, dass die LINKE Sie bei den Bemühungen für eine solche Bundesratsinitiative massiv unterstützen würde.

Anders als bei dem Arbeitslosengeld II ist die Situation bei den Leistungen nach den Kapiteln III und IV des SGB XII. Hier haben nämlich die Landesregierungen gemäß Paragraph 28 Absatz 2 die Möglichkeit, die Höhe der monatlichen Regelsätze per Rechtsverordnung festzulegen. Dieses ist zum 1. Juli 2008 für Hamburg geschehen, wobei da allerdings lediglich die Regelsätze des SGB II, also das ALG II, übernommen wurden, das heißt diese 4 Euro. Aber niemand verbietet dem Senat, höhere als die derzeit ungenügenden Sozialhilferegelsätze zu beschließen. Weil eine solche Neufestsetzung jedoch nicht freihändig und nach Gutsherrenart, sondern seriös zu erfolgen hat, beantragt DIE LINKE, ein unabhängiges Gutachten in Auftrag zu geben, das die festzusetzende Höhe eines regionalen Regelsatzes für die Metropolregion Hamburg feststellt.

Dieser ermittelte Regelsatz für Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger nach den Kapiteln III und IV des SGB XII soll dann durch Rechtsverordnung rückwirkend zum 1. Juli 2008 für Hamburg festgelegt werden. Vielleicht für Sie ein wenig ungewöhnlich, aber dass und wie dieses möglich ist, haben uns die Stadt und der Landkreis München vorgemacht, nachdem sich die bayerische Landesregierung zuvor verweigert hatte.

Was in München inzwischen Recht ist, sollte einem Stadtstaat wie Hamburg mit seinen sprichwörtlich hohen Lebenshaltungskosten billig sein. Der Senat

(Wolfgang Joithe-von Krosigk)

hat hier und jetzt die Möglichkeit, sein Konzept der wachsenden Stadt auf alle Bevölkerungsschichten auszudehnen und der schlimmsten Not zeitnah abzuhelpen, wenn er denn will.

Wir sollten uns vor Augen halten, dass die gegenwärtige Regelsatzhöhe auf einem ungenügenden Statistikmodell basiert, mit dem das alleinige Ziel verfolgt wurde, die Kosten so gering wie möglich zu halten. Die tatsächliche Bedarfssituation der Leistungsberechtigten wurde in keiner Weise realistisch abgebildet. Verstärkt wird diese Unterversorgung durch die Kopplung an die Rentenanpassung, die nicht einmal einen Inflationsausgleich gewährleistet. Der Realwert des Regelsatzes verringert sich dadurch ständig oder, einfacher ausgedrückt, die Armut wächst kraft Gesetz.

Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband hat bereits 2004 – und das dürfte allzu vielen bekannt sein – die Regelsatzverordnung und das Statistikmodell zur Bestimmung des Regelsatzes massiv kritisiert und die "kreativen" Eingriffe in die Regelsatzbemessung in die Nähe der Unseriosität gerückt. Für das Jahr 2006 hatte der Verband einen Eckregelsatz in Höhe von 403 Euro pro Monat errechnet, wohlgernekt auf der Grundlage des von der Bundesregierung verwendeten Statistikmodells und der Korrektur, der Eingriff in die Statistik.

Inzwischen geht der Paritätische Wohlfahrtsverband von einem Eckregelsatz von 434 Euro im Monat aus auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes unter Berücksichtigung des seit 2003 erfolgten Kaufkraftverlustes. Für den Juni 2008 hatte das Statistische Bundesamt einen Anstieg der Verbraucherpreise von plus 3,3 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat errechnet. Das ist der höchste Anstieg seit 15 Jahren.

In einer Stadt mit so hohen Lebenskosten wie Hamburg ist die Unterversorgung durch den Regelsatz für Betroffene noch einmal ganz besonders drastisch. Armut ist ein Phänomen, das an Relation zum Reichtum empfunden werden muss. Daher hat DIE LINKE einen substanziellen Armuts- und Reichtumsbericht für Hamburg gefordert.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!)

Hamburg boomt auf seiner wirtschaftlichen Sonnenseite und gleichzeitig wächst die Armut in seinen wirtschaftlichen Schattenbereichen.

Was die Metropolregion Hamburg für die ökonomisch Leistungsfähigen so attraktiv und lebenswert macht, das macht sie für die Empfängerinnen des ALG II, des Sozialgelds und der Sozialsicherung nahezu unerschwinglich. Hamburg erzielt im Vergleich mit anderen deutschen Großstädten und Metropolregionen ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum pro Erwerbstätigem. Keine andere Großstadt verfügt über eine solch ausgeprägte Kaufkraft und ein derart starkes Konsumpotenzial

wie Hamburg und dieses trotz – da lachen Sie – seiner bekannten und verdeckten Armut.

Meine Damen und Herren! Ihre und auch meine Diäten werden sich demnächst um 3 Prozent erhöhen, falls der Vorschlag der Kommission die Mehrheit des Hauses findet und daran wird wohl niemand so recht zweifeln. Für den einzelnen Abgeordneten erhöht sich damit das Entgelt nach Steuern auf circa 40 Euro im Monat. Eigentlich durchaus moderat.

(Rolf Harlinghausen CDU: Im Vergleich mit anderen Bundesländern allemal!)

Aber die Erhöhung des Regelsatzes betrug, wie bereits anfangs erwähnt, 1,1 Prozent, gleich 4 Euro. Das wollen wir noch einmal in Erinnerung rufen. Unsere grünen Kollegen rechnen so etwas gern in Papier um, wie kürzlich bei den Anfragen des Abgeordneten Böwer geschehen. Rechnen wir also einmal in Papier. Stellen Sie sich einmal einen Stapel von 500 Blatt Schreibpapier vor. Der ist etwa so dick. Ein solches Paket kann man für etwa 4 Euro erstehen. Daneben kommt dann unsere Diätenerhöhung. Das ist nicht ein Stapel, sondern das sind zehn Stapel.

Nun frage ich Sie: Haben sich die Energiekosten für den Sozialhilfeempfänger nur um ein Zehntel verteuert im Gegensatz zur übrigen Bevölkerung?

(Olaf Ohlsen CDU: Immer diese Milchmädchenrechnung! Was redet er für einen Blödsinn!)

Die gleiche Frage können Sie bei Lebensmitteln, Drogerieartikeln und so weiter stellen. Ganz sicher haben die sich nicht nur um ein Zehntel erhöht.

(Olaf Ohlsen CDU: Wollen wir fragen, was er mit seinen doppelten Diäten macht?)

Noch etwas. Um eine "feindliche Übernahme" bei Hapag-Lloyd zu verhindern, macht der Senat einmal einen dreistelligen Millionenbetrag locker.

(Zuruf: Gestern wollten Sie noch mehr!)

Diese politische Intervention aus rein wirtschaftlichen Gründen würden wir uns auch bei den Ärmsten der Armen wünschen, den Sozialhilfeempfängern und den Empfängern von Grundsicherungen, eine Investition, die unmittelbar die Nachfrage ankurbelt.

(Viviane Spethmann CDU: Freibier für alle!)

Wer unterversorgt ist, kann nichts in den Sparstrumpf stecken. Der Einzelhandel wird es Ihnen wirtschaftlich danken, aber handeln Sie.

Ich fordere den Senat auf, der weiteren sozialen Spaltung der reichsten Stadt Deutschlands wirksam entgegenzuwirken. Eine spürbare regionale Erhöhung des Eckregelsatzes für das Sozialgeld und die Grundsicherung ist dringend notwendig

(Wolfgang Joithe-von Krosigk)

und möglich. Hamburg für alle – sozial und solidarisch.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man sich die Anträge ansieht – der SPD-Antrag ist vom 20. Juni und der Antrag der LINKEN vom 25. Juni –, dann sind die ein bisschen ähnlich, sodass man sich fragt, wer da wohl von wem abgeschrieben hat.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Unser ist der erste!)

Gutachten fordern beide. Die SPD ist eher für eine Bundesratsinitiative, während DIE LINKE für eine Rechtsverordnung und rückwirkende Zahlung ist. Es wird wahrscheinlich auch immer so bleiben. DIE LINKE fordert dann immer noch ein bisschen mehr oder auch noch ein bisschen mehr als ein bisschen mehr. Das kennen wir schon aus den vergangenen Sitzungen und das wird sicherlich noch ein interessanter Wettbewerb, der hier weitergeht: Wer fordert am meisten, wer fordert am lautesten?

(Beifall bei der CDU – *Rolf Harlinghausen* CDU: Freibier für alle!)

Wenn man dann auf die Taten guckt – ich habe mich seinerzeit über das Berliner Wahlergebnis geärgert, aber aus Hamburger Sicht ist es natürlich immer praktisch, weil man Ihnen das immer so schön vorhalten kann –, hier große Worte, in Berlin keine Taten. Wenn man das einmal vergleicht, weil Sie das Beispiel München gebracht haben, ist das nur wieder bezeichnend. Ich habe nichts davon gehört, dass in Berlin irgendetwas von dem geplant wäre, was Sie hier vorgetragen haben.

(Beifall bei der CDU – *Christiane Schneider* DIE LINKE: Lernen wir doch mal von Bayern!)

Ich will kurz etwas zur Ausgangslage sagen. Wir haben in Deutschland eine gute und in Hamburg eine sehr gute wirtschaftliche Entwicklung: Mehr Arbeit, mehr Wohlstand, weniger Abhängigkeit von staatlichem Transfer. Das ist zunächst einmal etwas sehr Positives, was wir festzustellen haben.

Ich kann sicherlich nachvollziehen, dass das alleine nicht reicht, wobei wir uns natürlich darüber im Klaren sein müssen, dass ohne Wachstum gar nichts geht. Wir brauchen ein gesundes, solides, wirtschaftliches Wachstum. Wenn wir das nicht haben, haben wir ganz andere Probleme und dann reden wir über ganz andere Dinge. Insofern ist das erst einmal die Voraussetzung für eine vernünftige Sozialpolitik in unserer Stadt oder auch in unserem Land.

Bei der LINKEN ist immer nicht so ganz klar, was Sie wollen oder was nicht.

(*Gabi Dobusch SPD:* Zum Thema!)

Ein bisschen wollen Sie uns von der Weltwirtschaft abkoppeln und dann auch wieder nicht. Aber was Ihnen wahrscheinlich vorschwebt, ist, dass am Ende alle ein bisschen ärmer oder alle arm sind, und das hat dann etwas mit Gerechtigkeit zu tun. Ich glaube aber, dass das bestimmt nicht der richtige Weg ist, den wir da einschlagen sollten.

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE:* haben Sie überhaupt etwas gelesen von dem, was wir geschrieben haben?)

Es ist keine Frage, dass es sicherlich Armut in unserer Stadt gibt und deswegen müssen wir uns mit der Frage auseinandersetzen, welches die Armutsrisiken sind. Das größte Armutsrisiko ist mangelnde Bildung.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Deshalb Büchergeld!)

Deswegen ist Bildung der Schlüssel zur Teilhabe. Daher beginnen wir in Hamburg in der frühen Kindheit mit sehr guter Kitabetreuung,

(*Michael Neumann SPD:* Und so günstig!)

der Kita als Bildungseinrichtung. Ich nenne hier beispielhaft die Hamburger Bildungsempfehlungen. Weitere Bausteine: Die Primarschule kommt, mehr Lehrer, kleinere Klassen, unter 20 Schülerinnen und Schüler in Schulen mit besonderen Bedarfen. Das sind wirklich Erfolge und auch Dinge, die zukunftsorientiert sind, und nicht, dass man irgendwo mal ein bisschen Geld verteilt und gar nicht richtig weiß, wo es hingeht.

(*Michael Neumann SPD:* So wie Studiengebühren!)

Die Hauptschule haben wir gestern abgeschafft. Unser Ziel ist, weniger ohne Abschluss und immer mehr mit immer höheren Abschlüssen. Wenn wir das als Voraussetzung nehmen, dann haben wir mit Sicherheit etwas sehr Wichtiges getan, was Armutsrisiken vermeidet. Das ist auch etwas, was wir als Stadt konkret gestalten können. Wir reden immer gern einmal über Bundesthemen. Das passt dann auch ganz gut. Sie sind auch immer gern an solchen Debatten interessiert. Dann wird das Thema irgendwie ins Landesparlament runtergebrochen, sodass es passt. Aber was wir als Hamburger tun können, um Armut zu verhindern, das tun wir auch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL – *Michael Neumann SPD:* Dann können Sie Ihre Rede ja beenden!)

Sehr wichtig sind aber auch Infrastruktur, Hafen, Luftfahrt. Das sind auch Dinge, die den Menschen helfen. Wir brauchen Arbeitsplätze in Hamburg.

(Egbert von Frankenberg)

Das ist zunächst einmal die Voraussetzung. Wenn wir ein überdurchschnittliches Wachstum haben, dann ist das der Erfolg einer vernünftigen Politik, die auch bei den Menschen ankommt. Solange DIE LINKE nichts zu sagen hat, haben wir auch gute Chancen, dass das in Hamburg so bleibt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Sie fordern in Ihrem Antrag ein Gutachten. Die Ermächtigungsgrundlage ist dann Paragraph 28 Absatz 2 aus dem Sozialgesetzbuch. Die ist bundesweit gegeben, in Hamburg nicht. Deshalb ist zunächst einmal die Frage, ob überhaupt ein Gutachten und wer, wie und was.

(Michael Neumann SPD: Herr Präsident, ich bin doch dafür, dass man Reden zu Protokoll geben kann! Ich habe meine Meinung geändert!)

Das sind alles Fragezeichen. Bayern hat es, andere Bundesländer nicht, auch nicht SPD- oder LINKS-regierte. Das ist die Ausgangslage. Man kann zwar alles Mögliche beschließen und dann gucken, was daraus wird, aber da gefällt mir der Beschluss des Bundesrates sehr viel besser, wo gebeten wurde, die Grundlage des SGB XII und des SGB II neu zu berechnen, insbesondere auch unter Berücksichtigung der Kinderbedarfe. Das ist ein Beschluss der 844. Sitzung. Die fand am 23. Mai statt. Insofern sehe ich auch Ihre Forderung nach der Bundesratsinitiative als erfüllt an. Nur haben Sie das vielleicht nicht so richtig mitbekommen.

Warum aber keine SGB-XII-Erhöhung in Hamburg? Das SGB ist eben unterschiedlich. Wir haben dort 24 000 Personen und 200 000 im SGB II. Nur, den Bereich regelt der Bund. Insofern haben wir dann die Situation: Gleiche Ausgangslage, unterschiedliche Leistungen. Das erscheint mir auch von der Systematik her wenig sinnvoll.

Das Thema als solches, das wir analysieren, ist uns durchaus wichtig. Deswegen sind wir auch mit einer Überweisung einverstanden, sodass wir das dann noch einmal im Fachausschuss genauer erörtern können, wobei ich ausdrücklich auf eine Fachdiskussion hoffe und nicht auf irgendwelchen dumpfen Sozialpopulismus, der wieder vorgetragen wird. Das möchte ich noch einmal ausdrücklich unterstreichen.

(Beifall bei der CDU und der GAL – *Michael Neumann SPD: Ganz große Rede! – Zurufe von der LINKEN: Unverschämt!*)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kienscherf.

Dirk Kienscherf SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ja, Herr von Frankenberg, Fachdiskussionen und inhaltliche Diskussionen würden

wir natürlich gern im Ausschuss führen, aber wir würden sie auch gern vor dem Plenum führen. Das, was Sie hier zu einem großen Teil abgelassen haben – so muss man es einfach einmal titulieren –, hat mit den Anträgen, die hier vorliegen, überhaupt nichts zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich weiß nicht, aber vielleicht können Sie mir das gleich noch einmal erklären, Sie haben ja noch einmal die Gelegenheit, weil wir heute sehr viele Redeminuten Zeit haben, was das Büchergeld mit Menschen zu tun hat, die unter Altersarmut leben, denn das sind ja die Menschen, die vom SGB-XII-Regelsatz betroffen sind. Was haben die Menschen von der Primarschule, die voll erwerbsgemindert sind? Was haben die Menschen von Studiengebühren oder vom wirtschaftlichen Aufschwung, wenn sie letztendlich durch eigene Arbeit und eigene Kraft an diesem Aufschwung gar nicht mehr teilhaben können. Das verstehe ich nicht so richtig, Herr von Frankenberg. Ich finde, Sie sollten sich nachher noch einmal hier hinstellen und das dem Plenum erläutern.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Worum geht es, meine Damen und Herren? Es geht um Folgendes. Herr Joithe-von Krosigk, ich hätte mir gewünscht, dass sich DIE LINKE erst einmal bei der SPD bedankt, dass diese solch einen schönen Antrag eingebracht hat. Sie haben eine Woche später einen fast wortgleichen eingereicht. Der Ehrlichkeit halber hätten Sie das einmal machen können. Sie haben es nicht, aber das macht nichts.

(Mehmet Yildiz DIE LINKE: Vielleicht haben Sie ja bei uns abgeschrieben!)

Letztendlich geht es darum, dass wir alle gemeinsam etwas bewegen. Es geht um 23 000 Menschen im SGB-XII-Bereich und es geht darum festzustellen, wo wir als Hamburg handeln können und wo nicht.

(Jörn Frommann CDU: Richtig!)

Da finde ich es ein bisschen merkwürdig, wie der damalige Staatsrat und heutige Senator mit bestimmten Dingen umgeht. Wenn der Bundesrat irgendetwas beschließt, was durchaus sinnvoll ist, dann ist es so, dass Sie jetzt der Erste sind, der bundesweit schreit und sagt, das sei aufgrund einer Hamburger Initiative zustande gekommen. Wenn es darum geht, die Regelsätze zu erhöhen, dann kommen Sie am 30. Juni mit einer Pressemitteilung heraus und sagen, die Regelsätze würden leicht erhöht und das fuße alles auf einer Bundesregelung. Der eine oder andere Leser könnte denken, das sei alles bundeseinheitlich geregelt, da könne der arme Wersich gar nicht anders, selbst wenn er wollte. Aber wenn man dann auf Ihrer et-

(Dirk Kienscherf)

was unübersichtlichen Internetseite weiterforscht, dann findet man auch die entsprechende Regel-satzverordnung, wo ganz deutlich wird, dass es im Gegensatz zum Hartz-IV-Bereich im SGB-XII-Bereich sehr wohl die Länder sind, die die Regelsätze bestimmen. Sie sind dafür zuständig und verantwort-lich,

(Jörn Frommann CDU: Im Rahmen!)

dass die Menschen in dieser Stadt weiterhin nur noch 351 Euro bekommen und das muss man den Leuten einmal ganz offen und deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

In dieser Verordnung steht – und so hat es Herr Joithe-von Krosigk in seiner ausführlichen Darstel-lung auch mit aufgenommen – auch drin, dass letztendlich die Länder frei sind, zwar nicht frei bei den Bewertungskriterien, dass sie aber frei sind, sehr wohl für ihren Bereich, für ihre Region eine ei-gene Untersuchung vorzunehmen. Wir alle wissen, dass die Lebenshaltungskosten in Hamburg ganz andere sind als im Umland, als in Flensburg, als in Lüneburg oder irgendwo in Uelzen. Das, was wir fordern, Herr von Frankenberg, nennen Sie jetzt dumpfen Populismus. Aber wir fordern, dass wir dem, was wir an Handlungsspielräumen haben, auch nachkommen, dass wir über das Thema Ar-mut, dass wir über die Lebensumstände der Men-schen, die nur über ein niedriges Einkommen in dieser Stadt verfügen, in dieser Gesellschaft, in dieser Stadt offen diskutieren.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden über-nimmt den Vorsitz.)

Wenn man dann zu dem Ergebnis kommt, dass nur 2 oder 3 Euro mehr angemessen seien oder vielleicht auch nicht, dann haben wir aber offen darüber diskutiert. Aber diese offene Diskussion wollen Sie nicht führen, aber wir sagen, dass wir über Armut diskutieren müssen. Wir wollen über diese Regelsätze diskutieren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Deswegen unsere Forderung: Diskutieren Sie dar-über mit uns, geben Sie das in Auftrag. Der Land-kreis München hat das getan und alle gemeinsam waren dort der Auffassung, dass es richtig und gut ist, sich genau anzuschauen, wie diese Menschen dort leben und wie die Leistungsempfänger, die im Gegensatz zu Hartz-IV-Empfängern nicht wieder in Arbeit kommen können, mit diesen Lebensbedin-gungen zurecht kommen.

Und da verknüpfen wir als Sozialdemokraten auch ein bisschen Hoffnung Richtung GAL. Die GAL-Fraktion hat sich immer dafür ausgesprochen – ge-rade im Bereich Soziales –, dass wir zu mehr Transparenz kommen. Wir haben dieses Thema im letzten Jahr schon einmal diskutiert beziehungs-weise beraten. Damals – das war allerdings, das

muss ich zugeben, vor dem 24. Februar dieses Jahres – war auch die GAL-Fraktion der Ansicht, dass man offen und transparent über dieses The-ma sprechen muss. Ich bin gespannt, Frau Kolle-gin Gücli, ob Sie auch in diesem Bereich von Ihrer ursprünglichen Meinung abweichen werden oder ob Sie uns und die Menschen in dieser Stadt nicht im Stich lassen und uns entsprechend unterstüt-zen. Das wird für Sie eine Nagelprobe sein und wir werden Sie daran messen.

(Beifall bei der SPD)

Das Zweite, Herr von Frankenberg, ist das Thema Kinderwarenkorb. Da ist es in der Tat so, dass wir auf der Bundesebene mit unseren Bundestagsab-geordneten sehr offen und kritisch darüber disku-tiert haben, dass es aus unserer Sicht nicht unbed-ingt den tatsächlichen Bedarf für Kinder wider-spiegelt, wenn man einen gewissen Prozentsatz von diesem Eckregelsatz nimmt. Wir können Sie nur ermutigen, mit uns gemeinsam auf Bundesrat-sebene tätig zu werden, damit wir es schaffen, die-sem tatsächlichen Bedarf entsprechen zu können. Insgesamt halten wir fest: Wir wollen keinen Popu-lismus, wie uns das von Herrn von Frankenberg vorgeworfen wird. Herr von Frankenberg, wir wün-schen uns alle, dass Sie sich beim nächsten Mal etwas besser vorbereiten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und bei Mehmet Yildiz DIE LINKE)

Es ist zum Teil unerträglich und einfach nicht mehr zumutbar,

(Michael Neumann SPD: Nicht nur zum Teil, es ist immer unerträglich!)

dass Sie irgendwelche Plattitüden ablassen, selbst wenn es um Anträge geht, die nur zum Ziel haben, dass man über das Thema in ernsthafter Weise diskutiert. Es stehen gar keine Forderungen dahinter, Regelsätze um 40 oder 50 Euro anzuheben. Aber dass Sie dann damit kommen, wenn es um Menschen geht, die eben nicht mehr arbeiten kön-nen, und dann sagen, die würden irgendwie vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren. Ich finde, ein bisschen mehr Ernsthaftigkeit können wir von Ihnen verlangen. Wir hoffen, dass wir im Aus-schuss gemeinsam mit Ihnen ernsthaft über dieses Thema diskutieren können. Wir sind es diesen Menschen schuldig, die an Altersarmut leiden, und denjenigen, die voll erwerbsgemindert sind. Las-sen Sie die Menschen nicht im Stich. Stellen Sie sich einer ernsthaften Diskussion. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Gücli.

Nebahat Güclü GAL: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Vielleicht, bevor ich beginne: Herr Kienscherf, ich heiße immer noch Güclü, nicht Gücli, aber das ist egal. Es wäre schön, wenn Sie das inzwischen könnten.

Ich finde es erstaunlich: Wir haben heute wieder eine Debatte, wie sie eigentlich zu erwarten war. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie mich endlich einmal überraschen – gerade Sie, Herr Kienscherf, von der SPD –, indem Sie einmal mit einem konstruktiven Antrag kommen, in dem Sie nicht nur fordern und sich mit der Linkspartei überbieten, sondern in dem Sie auch einmal konstruktive Vorschläge machen und Lösungen zeigen, wie das gehen soll.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Zu Ihrer internen Diskussion – auch uns ist das aufgefallen –, wer nun von wem abgeschrieben hat: Festzustellen bleibt, dass die Anträge fast wortgleich sind. Ob das nun bei der SPD war, weil sie früher eingereicht hat, ist eine Frage, die erst einmal nicht interessiert. Aber, ich glaube, die Quelle ist als gemeinsame Quelle durchaus erkennbar. Beide Fraktionen beantragen, ein Gutachten in Auftrag zu geben. Ich will vieles von dem nicht wiederholen. Sie haben zum Teil auch richtige Sachen gesagt. Aber es geht vor allem um die Überprüfung der Regelsätze nach dem SGB XII und um eine rückwirkende Anpassung zum 1. Juli. Wir finden, dass das ein sehr wichtiges Thema ist, und wir möchten über dieses Thema mit Ihnen diskutieren. Das ist auch der Grund, warum wir beide Anträge an den Ausschuss überweisen werden. Ich glaube, Herr Kienscherf, das zeigt, wie absurd Ihr Vorwurf ist, wir und der Senat wollten nicht reden, denn sonst würden wir die Anträge nicht überweisen. Wir freuen uns auf die fachliche Diskussion mit Ihnen, in der wir aber mehr erwarten als nur ein populistisches Herumgeschlage im Sinne von "Wir wollen und wir fordern."

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wie ist die Situation? Die Zahl wurde mehrfach genannt und ich will Sie auch nicht mit Zahlen totschlagen. Wir reden von rund 24 000 Menschen in dieser Stadt, die Transferleistungen beziehen müssen, weil sie ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Erwerbsarbeit sichern können. Ein geringer Anteil davon sind Kinder unter 18 Jahren. Es hat in Hamburg wie in fast allen Ländern mit Ausnahme von München – das ist auch schon erwähnt worden – eine Anpassung um den Rentenwert gegeben. München ist einen anderen Weg gegangen, das ist auch richtig. Ich sage sehr deutlich: Auch wir sind der Auffassung, dass die Regelsätze auf den Prüfstand gehören. Dafür haben wir uns auf Bundesebene eingesetzt. Wir haben mehrere Anträge eingebracht und zuletzt wurde im Ausschuss für Soziales und Arbeit auf Bundesebene dazu eine Anhörung gemacht. Ich glaube, auch die Links-

partei hatte dazu einen Antrag eingebracht. Dort wurde deutlich, dass die Regelsätze unzureichend sind, gerade angesichts der aktuellen Preisentwicklung.

Auch der Bundesrat war aktiv. Er hat sich mit der Entschließung, die Herr von Frankenberg vorhin erwähnt hat, an die Bundesregierung gewandt. Der Bundesrat erwartet, dass die Bundesregierung bis Ende dieses Jahres eine Neuregelung sowohl in Bezug auf die Regelleistungen für Kinder nach dem SGB II als auch auf die Regelsätze für Kinder nach dem SGB XII vorlegt. Ich finde es wichtig, dass im Interesse der Empfängerinnen und Empfänger von Regelleistungen diese Debatte endlich mitten in der Politik angekommen ist und dass alle einsehen, dass wir tatsächlich die Regelsätze auf den Prüfstand setzen müssen.

Auch wir Grünen haben uns in den letzten Jahren sehr intensiv an der Diskussion um die Neustrukturierung von Transferleistungen beteiligt, sowohl in der Partei als auch gesellschaftspolitisch. Wir haben abgewogen zwischen einem bedingungslosen Grundeinkommen und einer Existenz sichernden und bedarfsorientierten Grundsicherung. Wir haben uns für das Modell der Grünen Grundsicherung entschieden. Zu ihr gehört zum einen, dass die Regelsätze dem sozialstaatlichen Gebot der Deckung des Existenzminimums aller Menschen Rechnung tragen. Ein besonderes Augenmerk kommt zudem der Frage bedarfsgerechter altersspezifischer Regelleistungen für Kinder und Jugendliche zu. Zum anderen – und das ist uns auch ganz wichtig – gehört dazu ein diskriminierungsfreier Zugang zu sozialen und kulturellen Angeboten, zu Räumen, Befähigungen und Bildung. All dies muss geschaffen werden. Es geht aus unserer Sicht um einen ermutigenden Sozialstaat, der deutlich mehr leisten muss als nur Transferleistungen, um der immer größer werdenden Schere zwischen Arm und Reich wirksam zu begegnen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Hierzu haben wir im Koalitionsvertrag zwischen der CDU und der GAL hohe Ziele gesteckt und in der Frage der verbesserten Zugangsmöglichkeiten eine ganze Menge auf den Weg gebracht: Bei der Kinderbetreuung, bei der Schulpolitik aber auch bei der Quartiersentwicklung, wo zum Beispiel durch die Schaffung von 4 000 Arbeitsplätzen in den sozialen Quartieren die sozialen, kulturellen aber auch die sportlichen Angebote in den Quartieren verbessert werden sollen. Das kommt allen Menschen in den Quartieren zugute. Hier haben wir deutliche aber auch finanzielle Prioritäten gesetzt.

Trotzdem sage ich in aller Deutlichkeit: Die Frage der Höhe der Regelsätze muss aus unserer Sicht auf Bundesebene geregelt werden und kann nicht auf Hamburger Ebene gelöst werden. Es ist vorhin

(Nebahat Güclü)

schon angerissen worden: Wir würden damit auch ein neues Existenzminimum definieren und hätten eine unterschiedliche Behandlung zwischen SGB II- und SGB XII-Empfängerinnen und Empfängern. Herr Kienscherf, erklären Sie den 200 000 Menschen, warum wir dann in der Stadt für 24 000 Menschen eine andere Regelung hätten, die höher ist als für die anderen Menschen, die quasi genauso am Existenzminimum leben. Ich finde, es wäre Ihre Aufgabe als SPD gewesen, die auf Bundesebene gestalterisch Einfluss nehmen kann, Ihre Forderungen einzubringen und dafür zu streiten und vielleicht Ihre moralischen energischen Einsätze deutlicher gegenüber dem Koalitionspartner durchzusetzen. Aber da haben Sie sich weggeduckt. Selbst alte Ankündigungen des ehemaligen Ministers Müntefering, die Regelsätze zu überprüfen, sind gerne verdrängt worden und dem wird nicht weiter nachgegangen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich will sehr deutlich sagen: In dieser Frage gibt es ein großes Finanzierungsproblem und wir finden, dass das Finanzierungsproblem gerade bei der aktuellen Steuersituation auch auf Bundesebene gelöst werden muss. Hier plädieren wir Grünen schon länger für ein gerechteres, transparentes und solidarisches Steuersystem. Wir haben immer wieder deutlich gemacht, dass wir neben dem Stopfen von Steuerschlupflöchern und der Bekämpfung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung vor allem Sondertatbestände wie das Ehegattensplitting abschaffen wollen. Hier erwarten wir, insbesondere von der SPD Aktivitäten auf Bundesebene. Aber, da ducken Sie sich weg.

Ich will noch einmal sehr deutlich sagen: Wir halten nichts von regionalen Einzellösungen. Wir wollen bundesweit einheitliche Standards. Aber wir sehen sehr wohl den Handlungsbedarf, Herr Kienscherf. Wir sehen sehr wohl, dass die Menschen mit diesen Regelsätzen nicht auskömmlich leben können.

Als Letztes möchte ich mich doch noch einmal an DIE LINKE wenden. DIE LINKE hat einen wortgleichen Antrag eingebracht. Ich finde es schon erstaunlich, dass Sie auch das Beispiel von München bringen, aber Berlin gerne unter den Tisch kehren. Nun haben wir in Berlin eine rot-rote Regierung, die durchaus das hätte vollziehen können, was Sie in Hamburg lautstark einfordern. Aber was ist dort gemacht worden? Es ist genauso wie in Hamburg nur die Anpassung um den Rentenwert vollzogen worden. Dort, wo man nicht in der Regierungsverantwortung ist und nicht quasi die Finanzierung sicherstellen muss, sind die Forderungen bei beiden – sowohl bei der SPD als auch bei der LINKEN – sehr unterschiedlich.

(Jörn Frommann CDU: Wie immer!)

Das, finde ich, macht Ihre Anträge nicht gerade glaubwürdig.

(Ingo Egloff SPD: Daran werden wir Sie erinnern, wenn Sie wieder in der Opposition sitzen!)

Trotzdem werden wir sie überweisen und werden, weil es ein wichtiges Anliegen ist, ernsthaft mit Ihnen nach nachhaltigen Lösungen suchen – im Interesse dieser Menschen in dieser Stadt. Ich freue mich auf die Auseinandersetzung mit Ihnen im Ausschuss. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Yildiz.

Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Herr von Frankenberg und liebe CDU-Fraktion, was ich in der Wahlkampfzeit gemerkt habe und was ich auch seit 17 Jahren in Hamburg bemerke: Wenn es um die Wirtschaft geht, haben Sie gute Reden. Sie reden nur von Wirtschaft, Wirtschaft und Wirtschaft. Ich möchte Sie einmal fragen: Wo bleiben Ihre Wähler und Wählerinnen?

(Frank Schira CDU: 42 Prozent, das sind doch nicht alles Unternehmer!)

– Mit Vertuschung kann man viel erreichen.

Gehen Sie mit diesen Reden einmal in die Bereiche Wilhelmsburg oder Billstedt.

(Olaf Ohlsen CDU: Gerne!)

Dann werden Sie sehen, wie die Menschen darauf reagieren.

Zweitens: Frau Güclü, es gibt regionale Unterschiede. Hamburg ist teurer als Lüneburg. Zu diesem Thema hätten wir auch gerne, dass man die Agenda 2010 oder Hartz IV abschafft und eine generelle Lösung dafür hat. Durch Ihren Koalitionsvertrag mit der CDU können Sie auch eine Bundesratsinitiative starten, um das Hartz IV-Gesetz abzuschaffen.

(Jens Kerstan GAL: Das ist jetzt aber ein bisschen schlicht!)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir bitte, einen bestimmten Aspekt dieser Debatte hervorzuheben. Allgemein gesprochen betrifft dieser Aspekt den mittlerweile unübersehbaren Widerspruch zwischen unseren gesellschaftlichen Ansprüchen und der gesellschaftlichen Wirklichkeit. In der sachlich fundierten Rede meines Fraktionskollegen wurde dieser Widerspruch noch einmal verdeutlicht. Wir haben erneut erfahren können, dass es zweierlei ist, was gemäß unserer Sozialrechte sein sollte und was in der Gesellschaft Wirklichkeit ist.

Leider ist es aber heute so, dass diese Widersprüche uns seit einigen Jahren auch in anderen Bereichen begegnen. Schauen Sie sich den Arbeits-

(Mehmet Yildiz)

markt an. Arbeit sollte doch wenigstens dem Auskommen dienen. Dass die arbeitenden Menschen mit ihrem schwer erarbeiteten Lohn ihren Lebensunterhalt bestreiten sollten, müsste doch ein minimaler Anspruch der sozialen Marktwirtschaft sein. Unsere gesellschaftliche Wirklichkeit entspricht aber schon längst nicht mehr diesem Anspruch. Weil Millionen von Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen arbeiten, kommen sie mit ihrem Lohn nicht mehr aus.

Oder erinnern wir uns an die Situation im Bildungsbereich. Die Bildung sollte für jedermann offen sein. Wobei, Herr Frankenberg, ich auch Ihre Meinung teile, dass das alles mit gesamtgesellschaftlichen Situationen zu tun hat. Deswegen sollte Bildung umsonst sein – von der Kita bis zur Uni.

(Beifall bei der LINKEN)

Die gesellschaftlichen Verhältnisse jedoch sind in den letzten Jahren derart politisch umgestaltet worden, dass die jungen Menschen heute vor immer mehr direkten und indirekten Hürden stehen, derart, dass die Bildungsexperten von sozialer Selektion im Bildungsbereich sprechen. Einen guten Ausbildungsplatz bekommen und nach der Ausbildung in einem verhältnismäßig sicheren Arbeitsverhältnis stehen – schon längst entsprechen solche gesellschaftlichen Ansprüche, wegen derer andere Länder mit Neid auf Deutschland blicken, nicht mehr unserer heutigen Realität. Tatsache ist auch hier ein Auseinanderklaffen zwischen den sozialstaatlichen oder gesellschaftlichen Ansprüchen und der Wirklichkeit unseres gesellschaftlichen Lebens. Vielleicht noch schlimmer ist, dass die heutige vorwiegend betriebene Politik immer mehr aus der Not eine Tugend macht, und zwar im schlechteren Sinne. Weil unsere sozialen Ansprüche der gesellschaftlichen Wirklichkeit nicht mehr entsprechen, zieht man es vor, die beträchtlichen Ansprüche entweder nach unten zu relativieren oder für unrealistisch zu erklären.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Yildiz, entschuldigen Sie die Unterbrechung. Es gibt gewisse Irritationen. Das Wort hat ausschließlich Herr Yildiz.

Mehmet Yildiz (fortfahrend): – Danke schön.

Das ist aber nichts anderes als eine verdeckte Bankrotterklärung der Politik. Heuchlerisch wird es dann noch, wenn die Betreiber dieser Art von Politik über Politikverdrossenheit klagen. Die Mehrheit unserer Gesellschaft weiß nicht mehr, wie sie angesichts der gestiegenen Lebenshaltungskosten, der hohen Mieten, der Inflation und des astronomisch gestiegenen Ölpreises über die Runden kommen soll.

Wir als DIE LINKE wollen und werden diese verdeckten Bankrotterklärungen der Politik nicht mittragen. Dass die Politik den Ansprüchen des Sozialstaates gerecht werden soll, dass die Menschen mit der Sozialhilfe so leben sollten, wie im Sozialgesetzbuch steht, oder dass Menschen vom Lohn ihrer Arbeit auskommen sollten, wie es der Logik der Arbeit entspricht – all dies hervorzuheben, bedeutet eigentlich nur, dass wir nicht gewillt sind, den berechtigten gesellschaftlich historisch erarbeiteten und erkämpften sozialen Ansprüchen eines hoch entwickelten Landes wie Deutschland unseren Rücken zu kehren.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir glauben deswegen: Die Erstellung eines unabhängigen Gutachtens über die festzusetzende Höhe des Sozialhilferegelsatzes für Hamburg und die Erteilung der Höhe des Regelsatzes nach diesem Gutachten würde nicht nur Leistungsempfängern und -empfängerinnen konkret helfen, sondern auch Hamburg und der Hamburger Politik zugute kommen. Wenn es um das Mindeste für die Menschen in dieser Stadt geht, sollten wir auch als Politiker und Politikerinnen das Mindeste in Namen der Sozialpolitik tun können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – *Olaf Ohlsen CDU*: Das war ein bisschen kurz, aber sonst ganz gut!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer einer Überweisung der Drucksachen 19/630 und 19/592 an den Sozial- und Gleichstellungsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist einstimmig angenommen worden.

Wir kommen zum Punkt 16 a der heutigen Tagesordnung, dem Bericht des Schulausschusses: Haushaltsplan 2007/2008, Weiterentwicklung des hamburgischen Schulwesens, Nachforderung von Haushaltsmitteln im Einzelplan 3.1 "Behörde für Schule und Berufsbildung".

[Bericht des Schulausschusses über die Drucksache 19/555:

Haushaltsplan 2007/2008

Weiterentwicklung des hamburgischen Schulwesens

Nachforderung von Haushaltsmitteln im Einzelplan 3.1 "Behörde für Schule und Berufsbildung"

(Senatsantrag)

– Drs 19/652 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Freistedt, bitte.

Marino Freistedt CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als vor knapp einem Monat seitens des CDU/GAL-Senats mitgeteilt wurde, dass noch für dieses Jahr Haushaltsmittel für den Schulbereich zur Verfügung gestellt werden, war dieses eine sehr gute Nachricht für Hamburg.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Der Titel "Weiterentwicklung des hamburgischen Schulwesens" besagt genau das, was diese erfolgreich arbeitende Regierung auszeichnet: Augenmaß für den Haushalt und finanzielle Förderung für den Bildungsbereich. Das wollen CDU und GAL.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Wir nehmen mehr Geld in die Hand, um die Zukunftschancen unserer Kinder und Schüler zu erhöhen. Wir finanzieren den Mehrbedarf schon ab August 2008 durch Umschichtungen, weil wir die Qualität der Schulen und insbesondere die Qualität des Unterrichts verbessern wollen. Wir statten die Schulen schon jetzt mit Finanzmitteln aus, um im laufenden Haushaltsjahr den Koalitionsvertrag mit Leben zu erfüllen.

Der Bereich Bildung hat im Regierungsprogramm der 19. Legislaturperiode hohe Priorität und ich weiß auch aus vielen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern, dass wir in der Öffentlichkeit auf eine breite Zustimmung für diese Zielsetzung stoßen. Wir wollen auf dem sicherlich noch mühsamen und arbeitsintensiven Weg zur Stadtteilschule, zur Sicherung des Gymnasiums und zum gemeinsamen Lernen bis zur Klasse 6 keine Zeit verlieren, um zukunftsichere Verbesserungen vorzunehmen. Dazu gehört die Senkung der Basisfrequenzen in den Klassen 3 und 4 der KESS-Sozialindexgruppen 1 und 2 von 24 Schülerinnen und Schülern auf 22.

Was bedeuten diese Zahlen? Diese Ressourcen können für Teilungs- und Differenzierungsstunden genutzt werden. Damit erhalten der von uns angestrebte binnendifferenzierte Unterricht und die Ausrichtung des Unterrichts auf mehr individuelle Förderung einen besonderen Stellenwert. Eine Klasse 3 zum Beispiel – für diejenigen, die sich nicht so in der Schule auskennen – kann geteilt werden oder zeitweise mit zwei Lehrern unterrichtet werden, um schwache Schüler zu unterstützen oder besonders begabte Schüler zu fördern.

Eine weitere wichtige Maßnahme, die wir in Angriff nehmen, betrifft natürlich den Ausbau der Ganztagschulen, was wir alle wollen. Personalmittel für neu einzurichtende Ganztagschulen werden in einem Verhältnis von 40 Prozent Lehrerstellen, 40 Prozent Sozialpädagoginnen- und Erzieherstellen und 20 Prozent Honorarmitteln zur Verfügung gestellt. Das bedeutet: Insgesamt wird der Perso-

nalbestand ausgeweitet. Warum? Weil damit auch die Rhythmisierung des Unterrichts über den ganzen Tag gestaltet werden kann. Sozialpädagogen können in der Mittagszeit oder zu bestimmten Stunden schwache Schüler besonders fördern. Dieses ist eine Leistung, die wir auch in diesen Schulen künftig anbringen wollen. Wir blicken also mit Optimismus in die Zukunft, weil wir jetzt im Ganztagschulprogramm Verbesserungen und Ausweitungen erreichen. In den Bildungsregionen Finkenwerder und Wilhelmsburg setzen wir Schwerpunkte und schaffen neue Ganztagschulen. Ab August dieses Jahres werden allein für diesen Bereich 28 neue Lehrerstellen geschaffen. Wir gestalten eine gute Schullandschaft und haben insbesondere seit Jahrzehnten benachteiligte Stadtteile zur besonderen schulischen Förderung ausgesucht.

(Wilfried Buss SPD: "Seit 44 Jahren" haben Sie noch vergessen!)

Denn die größere Vielfalt der Angebote für Wilhelmsburg und Finkenwerder und vor allem die daraus resultierende Freiheit zur Gestaltung des Unterrichtstags ermöglichen den Erwerb von sozialen, methodischen und fachspezifisch pädagogischen Kompetenzen für Kinder aus diesen Gebieten. Kooperationen mit außerschulischen Einrichtungen und moderne Lehr- und Lernmethoden werden dort erfolgreich zum Einsatz kommen und wir setzen in diesen Bereichen auch auf die Kooperation und die Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger. Dieser Senat, diese Gestaltungsmehrheit von CDU und GAL, geht mit Augenmaß und Innovationsfreude an die Arbeit, um unseren Kindern eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Deshalb ist es richtig, wenn der Mehrbedarf im Haushalt 2008 haushaltsneutral durch Umschichtungen in einzelnen Kapiteln finanziert wird.

Auch dies ist ein Beitrag – das sagen wir ganz offen – in schwieriger gesamtwirtschaftlicher Lage, den Haushalt einerseits zu konsolidieren, andererseits aber auch notwendige Schwerpunkte zu finanzieren. Deshalb verweisen wir auch auf das, was wir seit 2001 im Ganztagsschulbereich durchgeführt haben. Wir haben jetzt mit diesen Maßnahmen die Anzahl der Ganztagschulen verdoppelt. In den Koalitionsvereinbarungen steht, dass wir 50 weitere Ganztagschulen einrichten werden. Das ist eine soziale und auch eine bildungspolitisch wichtige Weichenstellung.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Deshalb begrüßt die CDU-Fraktion diese Vorlage der Schulsenatorin Goetsch ganz ausdrücklich und sichert dem Senat zu, auch weiterhin die Reformvorhaben zur Qualitätsverbesserung des hamburgischen Schulwesens zu unterstützen. Wir werden dieses so annehmen. – Danke schön.

(Marino Freistedt)

(Beifall bei der CDU und der GAL – *Ingo Egloff SPD*: Da hat sie aber Glück gehabt!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Ernst.

Britta Ernst SPD:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Alle Regelungen, die in dieser Drucksache vorgestellt werden, nehmen lediglich Einsparungen des seit 2001 regierenden CDU-Senats zurück. Daher ist es aus unserer Sicht kein Schritt nach vorn, sondern eine absolut überfällige Korrektur unsozialer schwarzer Schulpolitik.

Zu den Punkten, die im Einzelnen angesprochen worden sind: Die erste Rücknahme betrifft die Grundschulen. Wenn wir gar nicht so lange zurückblicken, wissen wir, dass die CDU in Hamburg uns die größten Grundschulen im ganzen Bundesgebiet geschaffen hat.

(Zuruf von der SPD: Und die größten Schulen!)

In keinem anderen Bundesland sind die Klassen so groß geworden, und das, obwohl man weiß, dass in Großstädten die Probleme eher größer als kleiner sind. Sie haben die Organisationsfrequenz auf 27 Kinder angehoben und wir hatten an vielen Schulen die Situation, dass wir 30 oder gar 31 Kinder in den Grundschulklassen hatten. Kurz vor dem Wahlkampf haben Sie sich ein wenig korrigiert, aber unser Eindruck war, dass viele Eltern das als das wahrgenommen haben, was es auch war – als reine Wahlkampfinitiative, die Sie betrieben haben.

Die zweite Rücknahme, die vorgestellt wird, betrifft die Einsparungen an Ganztagschulen, die es in Hamburg schon sehr lange gibt. Das sind häufig Ganztagschulen in den sozialen Brennpunkten. Dort sind sie gezielt errichtet worden, um Kindern, die von ihren Familien sozial nicht unterstützt werden, zu helfen. Es war nicht zu überhören, dass die Einsparungen, die in vier Stufen durchgeführt wurden, zu Hilfescheitern an den Ganztagschulen geführt haben, weil die Qualitätsverschlechterungen erheblich waren. Während Sie hier Sonntagsreden auf die Bildung gehalten haben, haben Sie den Kindern mit Migrationshintergrund in den sozialen Brennpunkten die Hausaufgabenhilfe gestrichen.

(Beifall bei der SPD und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Natürlich sind wir froh, wenn diese unsoziale Politik nicht fortgesetzt, sondern zumindest gestoppt wird.

Der dritte Punkt, der in dieser Drucksache beschrieben wird, betrifft eine Verschlechterung der pädagogischen Qualität an Ganztagschulen, die Sie durch die Zusammensetzung des pädagogischen Personals erreicht haben. Das hat dazu ge-

führt, dass viele Schulen in Hamburg gar nicht mehr Ganztagschule sein wollten, weil sie den guten Namen einer Ganztagschule für das, was Sie mit Ihren spärlichen Rahmenbedingungen bereitstellen wollten, gar nicht mehr hergeben wollten. Deshalb ist auch an diesem Punkt die Rücknahme der Verschlechterung der Qualität der schulischen Arbeit absolut überfällig und wir stimmen dem auch zu.

Nun sollen es rund 100 Lehrerstellen mehr sein, die Herr Freistedt gerade bejubelt hat. Ich kann Ihnen sagen, dass wir in Ihren Jubel nicht einstimmen. Schauen wir einmal ein bisschen weiter zurück. Dann stellen wir fest, dass es seit dem Jahr 2001 an staatlichen Schulen in Hamburg einen Abbau von 850 Lehrerstellen gibt. 850 ist eine Zahl, die uns der Senat selber geliefert hat. Im gleichen Zeitraum ist übrigens die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den staatlichen Schulen um rund 3 000 gestiegen. Es waren aber nicht nur die steigenden Schülerzahlen, die zu Mehrbedarfen geführt haben, sondern es sind neue Ganztagschulen entstanden und wir haben auch durch die Schulzeitverkürzung des Abiturs auf 12 Jahre einen erheblichen Mehrbedarf an Lehrerstellen gehabt. Eigentlich hätte man mehr Lehrerstellen gebraucht, stattdessen haben Sie abgebaut. Auch das war ein großer Fehler, den Sie in den letzten Jahren gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Frau Senatorin Goetsch, wir waren uns im Wahlkampf einig, dass der massive Abbau von Lehrerstellen rückgängig gemacht werden muss, damit das Hamburger Bildungssystem für die Herausforderungen gerüstet wird. Es ist doch eine Posse, dass nach dem PISA-Schock der größte Abbau von Lehrerstellen in Hamburg begonnen hat, den wir je erlebt haben. Wenn man, Frau Senatorin Goetsch, Ihren vielen Reden im Wahlkampf noch glauben soll – ich glaube, Sie haben selbst von 670 fehlenden Lehrerstellen gesprochen –, dann wissen Sie sehr gut, dass das, was Sie vorlegen, absolut nicht reicht.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Nun gibt es bei den Hamburger Lehrerstellen aber noch ein weiteres Problem, das uns neben dem massiven Abbau begleitet. Es gelingt der Schulbehörde seit Jahren nicht, genaue Angaben über die Zahl der Lehrerstellen zu machen. Es gelingt der Schulbehörde nicht, für diesen Bereich eine Transparenz herzustellen, wie es sich eigentlich für ein modernes Gemeinwesen gehört. Weder für die Öffentlichkeit noch für die Abgeordneten ist der Lehrerstellenplan nachvollziehbar.

Wir haben in den letzten Jahren in der Bürgerschaft schon viel erlebt. Daten, die genannt wurden, passten nie zusammen. Auf gleiche Fragen

(Britta Ernst)

wurden verschiedene Antworten gegeben. Einmal verschwanden 400 Lehrerstellen oder Frau Dingges-Dierig musste einräumen, dass sie der KMK ein paar Tausend falsch berechnete Lehrerstellen genannt hat. Das Chaos scheint sich nun leider fortzusetzen. Im Schulausschuss am 18. Juni, also vor über zwei Wochen, wurde wieder eine Zahl über die Lehrerstellen genannt. Zum 1. August 2008 sollen es nun 13 608 Lehrkräfte im staatlichen Schulsystem sein, sagt Senatorin Goetsch.

Zwei Dinge fallen einem auf. Zum einen war damit schon die erneute Information verbunden, dass es seit dem Jahre 2006 einen erneuten Rückgang an Lehrerstellen gegeben hat, und zum Zweiten konnten unsere Fragen, die wir im Ausschuss gestellt haben, wie die Zahl denn im letzten Jahr aussah, nicht beantwortet werden. Wir haben in der Ausschusssitzung gebeten, diese zu Protokoll zu erklären. Das kann eigentlich nicht so schwierig sein, aber die Protokollerklärung liegt bis heute nicht vor und

(Wilfried Buss SPD: Hört, hört!)

das zeigt sehr deutlich, dass das Lehrstellenchaos, das wir seit Jahren kennen, offenbar fortgesetzt wird.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch einmal ergänzen, dass wir im Schulausschuss einvernehmlich beschlossen haben, diese Drucksache heute nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Auch aus diesem Grund hätte es sich absolut gehört, diese ausstehende Erklärung abzugeben, damit wir wissen, vor welchem Hintergrund die Entscheidung getroffen wird.

Das Fazit: Das Chaos im Lehrstellenplan geht weiter und das, was heute passiert, ist kein Abbruch, sondern beendet nur den Abbau an Bildung, den wir in den letzten Jahren begleitet haben. Insofern sollten wir auf dem Boden bleiben, wenn wir die Drucksache abschließend bewerten. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Gwosdz.

Michael Gwosdz GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Ernst, niemand hat gesagt, das sei nun der Stein der Weisen, den wir hier finden. Es ist eine Soforthilfe – das ist uns völlig klar – für die dritten und vierten Klassen. Es ist eine Soforthilfe für bestimmte Stadtteile – das hat Herr Freistedt schon ausgeführt –, in denen Ganztagschulen eingeführt werden. Doch eines ist ganz klar und wichtig bei dieser Botschaft, die wir heute verabschieden: Wir haben lange genug über kleinere Klassen, über mehr

Ganztagschulen diskutiert, ohne dass etwas in diese Richtung passiert wäre. Das Gerede habe ich selbst aus der Außenperspektive immer als überflüssig empfunden. In dieser Situation, in der andere nur noch von kleinen Klassen reden, handeln wir konkret.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Diese Sofortmaßnahme, die noch in diesem Haushaltsjahr verabschiedet wird, ist ein weiterer Beweis für die Verlässlichkeit der geplanten schwarz-grünen Schulpolitik.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Zuruf von Norbert Hackbusch DIE LINKE)

Frau Ernst, es hilft auch nicht allzu viel, noch einmal Rückschau zu halten und zu sagen, hätte, wenn und aber. Einmal ganz salopp gesagt: Wäre Napoleon nicht großwahnsinnig geworden, dann hätten wir vielleicht heute noch kein staatliches Schulwesen. Fehler wurden immer mal wieder gemacht, Fehler kann man auch korrigieren und neue Wege einschlagen.

Noch ein paar Zahlen. Es sind tatsächlich 100 neue Lehrerstellen, die nicht einmal soeben aus der Hüfte gebacken werden können. Es ist eine Kraftanstrengung, die notwendig ist.

(Wilfried Buss SPD: Herr Freistedt hat das doch absichtlich gemacht! – Gegenruf von Jörn Frommann CDU: Nun hören Sie mal auf, Herr Buss!)

Meine Damen und Herren! Es ist natürlich auch nicht das Ende der Fahnenstange. In den geplanten weiteren Reformschritten wird das Hamburger Schulwesen ausgebaut. Wir werden den Unterricht inhaltlich und qualitativ verbessern. Wir werden weitere Ganztagschulen schaffen. 46 fehlen noch zu den vier, die jetzt kommen. Es wird also insgesamt eine deutlich verbesserte Situation im Hamburger Schulwesen kommen. Kollege Freistedt hat es bereits betont. Es ist eines der wichtigsten Projekte der schwarz-grünen Koalition für die nächsten Jahre.

Wir haben in der sozialpolitischen Debatte eben mehrmals gesagt, wie wichtig gute Bildung ist und dass es eine wesentliche Ergänzung zu guter Sozialpolitik ist, gut ausgebildete Kinder zu haben, ihnen eine Zukunft zu geben, um später möglichst wenig Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen zu haben.

(Arno Münster SPD: Was wollen Sie uns jetzt sagen?)

Damit ist dieser nachgelegte Haushaltsplan ein Signal.

(Dr. Monika Schaal SPD: Welcher Haushaltsplan?)

(Michael Gwosdz)

Dieser Schritt ist ein erstes Signal, dass sich die Hamburger Schulpolitik verbessern wird, dass es nicht nur Gerede ist, dass das, was im Koalitionsvertrag steht, nicht nur auf dem Papier steht, sondern dass es weit mehr wert ist als nur das Papier, auf dem es gedruckt ist, nämlich mindestens 2,5 Millionen Euro für dieses Jahr, die wir heute bewilligen werden. Ich freue mich auf die weiteren Schritte der Hamburger Schulreform...

(Michael Neumann SPD: Weißt Du, worauf ich mich freue? Dass Deine Rede gleich zu Ende ist!)

– Danke, Herr Neumann –,

(Carola Veit SPD: Welche genau?)

die zeigen werden, dass dieses ein erster konkreter Handlungspunkt ist. Die weiteren Schritte haben wir oft erwähnt und diskutiert. Wir werden es auch weiter diskutieren: Die Einführung der Primarschule, die Einführung der Stadtteilschulen, die Modernisierung der Gymnasien und des Unterrichts.

(Zuruf von Wilfried Buss SPD – Unruhe im Hause)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Es mag ja in der letzten Sitzung vor der Sommerpause ganz munter sein, dass die Abgeordneten noch so viel Energie zeigen, aber das Wort hat ausschließlich Herr Gwosdz.

Michael Gwosdz (fortfahrend): Ein letzter Punkt, bevor ich zum Schluss komme. Dass wir keine statistische Transparenz bei den Lehrerstellen haben, quält mich genauso wie Sie, Frau Ernst. Wir werden in der Behörde daran arbeiten, dort Transparenz hineinzubekommen, um verlässliche Zahlen zu haben.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wie weit sind Sie da gekommen? – Carola Veit SPD: Sie arbeiten in der Behörde?)

– Ich arbeite nicht in der Behörde, ich sagte, die Behörde arbeitet daran, Transparenz hineinzubekommen. Hören Sie mir doch einfach einmal zu, Frau Veit. Wir werden in den nächsten Jahren eine deutlich verbesserte Schulpolitik für Hamburg haben und ich freue mich, wenn Sie heute diesem Antrag zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit dieser Drucksache wird angekündigt, dass 116 neue Lehrer in Hamburg eingestellt werden sollen, 60 davon in der dritten

und vierten Klasse in bestimmten Grundschulen. Darauf möchte ich mich konzentrieren.

Es geht um die Konsequenzen aus den KESS-Untersuchungen in Hamburger Schulen. Neben den Kompetenzen der einzelnen Schülerinnen und Schüler werden vertiefende Analysen mit außerschulischen Merkmalen in Beziehung gesetzt. Wie wichtig das ist, haben wir gestern in der Debatte zu den Lehrschwimmbecken erlebt. Da gab es die Formel, wer schwimmen kann, der kann auch lesen und das hat durchaus seine Bedeutung.

Ein Ergebnis der KESS-Studien war, dass der Unterricht durchaus kompensatorische Effekte haben kann. Punktuell konnte festgestellt werden, dass Kinder aus Familien mit ungünstigen sozialen Lagen größere Lernfortschritte erzielten als Kinder aus besser situierten Elternhäusern. Der Effekt war aber nicht so, dass man ableiten könnte, Chancengleichheit sei hergestellt.

Der Zusammenhang von sozialer Herkunft und den erreichten Schulleistungen bleibt in Hamburg und in der Republik bestehen. Je höher der Schulabschluss und der berufliche Status der Eltern, desto höher der festgestellte Lernstand. Dieser Zusammenhang ist in sogenannten strukturschwachen Regionen besonders problematisch und stellt eine besondere pädagogische und gesellschaftliche Herausforderung dar.

In diesen Stadtteilen, die als KESS-sozialindiziert 1 und 2 bezeichnet werden, sind überproportional viele Kinder und Jugendliche mit Migrantenhintergrund. Die Lernstände der Kinder aus zugewanderten Familien, die sich durch eine ungünstige soziale Lage auszeichnen, sind deutlich niedriger als die Lernstände der Schülerinnen und Schüler ohne Migrantenhintergrund. Deshalb macht es Sinn und ist es erforderlich, in diesen Schulen Fördermaßnahmen einzuleiten. Vorgesehen ist, in diesen Problembereichen in den Klassenstufen 3 und 4 die Klassen teilen zu können und somit niedrige Klassenfrequenzen zu erreichen. Das ist ein richtiger Schritt und rückt die Aussagen der früheren Bildungssenatorin, Frau Dinges-Dierig, zurecht, dass es keinen Zusammenhang zwischen der Klassengröße und dem Lernerfolg gibt. Diese Aussage hielt sowieso nie einem Praxistest stand. Ich rede aus Erfahrung.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Oh ja!)

Es ist aber auch nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, was hier vorgeschlagen wird. Solche Maßnahmen würden auch an anderer Stelle helfen. Zum Beispiel werden von den 50 geplanten Ganztagschulen, die im Koalitionsvertrag angekündigt werden, ganze drei angegangen. Das ist ein sehr geringer Satz, wenn man davon ausgeht, dass wir nach der Sommerpause schon ein Achtel unserer Zeit herum haben.

(Dora Heyenn)

"Hamburg und Lehrerstellen" – darauf ist hingewiesen worden – hat schon zu vielen Diskussionen geführt. Angekündigt wurden 116 neue Lehrerstellen. Inzwischen haben wir eine Senatorin – ich setze einmal voraus, dass das stimmt –, die weiß, wie viele Lehrer in Hamburg beschäftigt sind.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das kann sie ja gleich mal erzählen!)

Frau Ernst hat die Zahl von 13 608 genannt, und ich gehe davon aus, dass Frau Goetsch uns auch noch Zahlen liefern wird, damit die Zahlen endlich transparent und vergleichbar werden. Da will ich gar nichts unterstellen.

Ein Vergleich zum Schuljahr 2006 und 2007 zeigt allerdings – und darauf hat auch die SPD hingewiesen –, dass in diesem Zeitraum bereits 68 Lehrerstellen verloren gegangen sind. Das heißt, von den 116 angekündigten neuen Lehrerstellen bleiben unter dem Strich 48. Sieht man sich die Bilanz der letzten sieben Jahre an, dann stellt man fest – und darauf ist auch schon hingewiesen worden –, dass die CDU-Senate trotz steigender Schülerzahlen die Lehrerstellen um fast 1000 Stellen abgebaut haben. Einen Grund zum Jubeln gibt es also wirklich nicht, wenn 48 neue Stellen geschaffen werden. Hamburg hat hier noch sehr viel Nachholbedarf.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir befinden uns in Hamburg seit einigen Jahren in einer riesigen Pensionierungswelle, die exponentiell verläuft. DIE LINKE wird genau beobachten, ob die durch Ruheständler freiwerdenden Lehrerstellen auch wieder besetzt werden. Nicht zuletzt werden in Hamburg weit weniger Referendare eingestellt und in den Schuldienst übernommen als ausgebildet und in der Schule tatsächlich benötigt würden.

Wenn wir heute über neue Lehrerstellen reden, dann müssen sie auch zusätzlich geschaffen werden. Ob diese Drucksache ein Ende der Sparmaßnahmen in der Bildungspolitik einleitet, muss erst bewiesen werden.

Das Problem, das die Schulbehörde und der Senat mit all ihren Vorschlägen haben, ist, dass der Senat alles kostenneutral durchführen will, das heißt, er will umschichten. Es müsste transparent werden, wo eingespart wird, damit man das Geld an anderer Stelle ausgeben kann. Da habe ich Kritik an dieser Vorlage. Ich finde, dass diese Vorlage die Grundsätze der Klarheit und der Wahrheit vermissen lässt. Ich kann nicht sehen, wo eingespart wird und wo das Geld hinfließt. So etwas hatten wir schon einmal. Im November letzten Jahres hat die CDU einen Schulversuch gestartet. Das hatte sicherlich gar nichts mit dem Wahlkampf zu tun. Es ging um den Schulversuch "Weiterentwicklung von Kompetenzzeugnissen" und in drei Chargen sollte Geld fließen.

(Marino Freistedt CDU: Jawohl!)

Auf die Frage im Schulausschuss, warum nur für die erste Charge Geld fließe, musste die Schulse-natorin zugeben, dass dieser Entwurf wohl nicht durchfinanziert sei und dass die zweite und dritte Charge nicht finanziert werden könne.

(Ingo Egloff SPD: Dann hat die CDU wohl keine Kompetenzen!)

Ich hoffe, das passiert bei dieser Vorlage nicht.

Mit dieser Maßnahme ist ein kleiner Anfang gemacht. Deshalb stimmt DIE LINKE zu, wird aber weiterhin alles kritisch beachten.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senatorin Goetsch.

Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich werde am Ende meines Beitrags auch noch etwas zu den Zahlen sagen, Frau Ernst. Zu den Kompetenzbe-messungen und -beschreibungen, Frau Heyenn, kann ich Ihnen sagen, dass wir es jetzt geschafft haben, noch weitere Schulen aufzunehmen, weil man alles tun muss, um diesen guten Versuch für alle Schulen, die schon dabei sind und auch die, die sich im Februar beworben haben – die sind jetzt mit aufgenommen worden –, weiter durchzuführen. Dann, denke ich, sollte man aber diesen Versuch auch ordentlich durchführen und dann schauen wir, wie man ein Transfermodell tatsächlich für die Stadt hinkommt.

Ich bin in den letzten Tagen gefragt worden: Warum jetzt gerade 60 Stellen in die Grundschulen und die Stellen in die Ganztagschulen? Es gab sogar eine Stimme, die fragte, ob die Schulbehör-de nur PR-Arbeit machen möchte. Ich will ganz deutlich sagen, dass wir hier direkt zu Amtsantritt ein Signal setzen wollen. Das ist ein Signal für zwei Felder in unserer Schulreform, die eminent wichtig sind. Erstens werden mit diesem Senat die Klassen in Hamburg kleiner und zweitens wird es mehr und besser ausgestattete Ganztagschulen geben, denn eine Stadt, wie wir gestern schon ge-hört haben, braucht alle Talente, eine kluge Stadt braucht sie. Damit es uns gelingt, fangen wir vorne an, denn auf den Anfang kommt es an, und die neuen Stellen werden prioritär in die Grundschulen gebracht, in der Perspektive in die Primarschulen.

Lassen Sie mich, wenn wir über Lehrerstellen und Ressourcen für Schulen sprechen, auch sagen, dass wir sicherlich nicht alle Wünsche in den kom-menden vier Jahren erfüllen, aber unsere schwarz-grüne Koalition wird beim Haushalt eindeutige Prioritäten setzen. Da stehen die Kinderbetreuung und die Schulbildung an einer der ersten Stellen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

(Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch)

Das Geld ist da. Auch für die Schulpolitik selbst gilt eine klare Prioritätensetzung: Kleinere Klassen und besser ausgestattete Ganztagschulen. Wir haben einerseits viel über Schulstrukturen diskutiert. Auch gestern wieder über das Auslaufen der Hauptschule und die anderen Pläne. Aber wir haben auch deutlich gesagt, dass es neben den Strukturen um den Unterricht geht. Weg vom Gleichschritt zu individuellen Lernformen. Jedem Kind das eigene Lerntempo geben. Deshalb ist es wichtig für den guten Unterricht, den individuell fördernden Unterricht, die Rahmenbedingungen zu verbessern.

Herr Buss hat gestern so schön formuliert, wer A sagt, muss auch B sagen. Wir sagen A und B. Wir verändern nicht nur Strukturen um den Unterricht, sondern wir gehen auch daran, die Ausstattung in den Schulen deutlich zu verbessern und das ist jetzt ein erster Schritt. Mit den 100 Stellen fangen wir an. Doch das ist nur der Auftakt, meine Damen und Herren von der Opposition. Wir wollen 2010, 2011 dahin kommen, dass in der Primarschule von 0 bis 6 keine Klasse mehr als 25 Schülerinnen und Schüler hat und dass in den Stadtteilen mit den KESS-Sozialindizes 1 und 2 keine Klasse größer als 20 ist. Das ist das Ziel. Deshalb ist es wirklich nur der Auftakt.

Jeder kann sich vorstellen, welche Erleichterung dieses den Schulen bringen wird, sicherlich auch mit dem Gedanken im Hinterkopf, dass kleine Klassen allein nicht reichen, aber kleinere Klassen Voraussetzung dafür sind, um all das zu erreichen, was meine Vorrednerinnen und Vorredner schon gesagt haben.

Binnendifferenzierung ist eben etwas, was sich viele sicherlich noch nicht vorstellen können, weil sie gelernt haben, Frontalunterricht, Tafel, im Gleichschritt marsch, der Lehrer oder die Lehrerin vorne. Aber wie das gehen kann, wissen wir von vielen Schulen, die es so machen. Auch dass es darum geht, zum Beispiel die Mathematikaufgaben auf verschiedenen Niveaus zu unterrichten und die Schüler in ihrem Lerntempo entsprechend zu unterstützen. Wir haben Best-Practice-Beispiele und wir fangen jetzt an, am Anfang. Es kommt auf die Kleinsten an. Da nehmen wir viel Geld in die Hand und werden bis zur sechsten Klasse entsprechend hochgehen mit diesen Klassengrößen.

Wenn Sie sich einmal die fünften und sechsten Klassen in den Gymnasien ansehen, so sind die proppevoll. Das sind Dreißigerfrequenzen. Gerade wenn jetzt die Klassen vier, fünf und sechs in der Primarschule sind, wird das eine ausdrücklich bessere Situation sein. Die Schüler werden besser auf die beiden Wege vorbereitet, die nach der sechsten Klasse folgen werden.

Ich will noch kurz zum zweiten zentralen Reformvorhaben des Senats kommen, dem Ausbau der Ganztagschulen. Da haben wir klare Ziele. Das ist

der Anfang. Wir haben uns darauf verständigt, die Ausstattung so zu verbessern, dass das Verhältnis Lehrer, Erzieher/Sozialpädagogen und Honorarkräfte 40 : 40 : 20 ist, das heißt weniger Honorarkräfte. Das hat auch einen wichtigen Grund, damit die Kinder, die Schülerinnen und Schüler Bezugspersonen haben, die sie tatsächlich über den Tag hin begleiten. Die Honorarkräfte sind wichtig, sie bringen auch viele neue Ideen in die Schule, aber wir brauchen auch begleitende Bezugspersonen. Deshalb diese Verteilung 40 : 40 : 20. Wir wollen einen rhythmisierten Ganztagschulalltag, wo die Kinder im Wechsel zwischen Training, Unterricht, Entspannungsphasen, Bewegung ihren Rhythmus haben, der sinnvoll ist, um besser lernen und arbeiten zu können. Das sagen auch alle Ergebnisse der Schulforschung, dass wir mit solchen guten Ganztagschulen in Hamburg bessere Leistungen erreichen.

Mein Fazit zum Schluss: Wir setzen heute das Signal. Wir machen einen weiteren Schritt in der Schulreform, nachdem wir gestern gestartet sind. Wir zeigen damit, wohin es geht. Wir bauen ein System um, das den Kindern optimale Lernbedingungen bietet, ein Schulsystem, das fördert und fordert und das die Kinder in ihrem eigenen Tempo und ihren Fähigkeiten lernen lässt, damit wir nicht weiter Kinder verlieren.

Jetzt komme ich zum spannenden Moment der Lehrerstellen, auf die sicherlich alle warten. Es ist interessant, dass uns diese Lehrerstellen die letzten Jahre, wahrscheinlich Jahrzehnte beschäftigen. Diese Lehrerstellen haben auch dieses Mal wieder eine Tücke gehabt. Wir haben tatsächlich, wie Frau Ernst es uns eben geschildert hat, im Schulausschuss zum einen erst einmal festgestellt, was schon klärend war, nämlich dass es verschiedene Formen der Meldung von Stellen gibt. Das wurde im Schulausschuss sehr schön erläutert. Da gibt es demnächst auch noch eine Synopse, damit wir alle einmal auf dem gleichen Stand sind. Das ist in Arbeit, weil der KMK etwas anderes gemeldet wird, weil die nämlich nicht mit Sozialpädagogen- und Erzieherinnenstellen arbeiten. Herr Heinemann lacht, weil er es auch mehrmals versucht hat, uns zu erklären.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Er ist im Versuch stecken geblieben!)

Das ist dann ein anderes Meldeverfahren. Deshalb war damals auch diese Aufregung um die 1000 Lehrerstellen. Es gibt dann natürlich den Lehrerstellenbedarf, es gibt dann die tatsächlichen Lehrerstellen und dann gibt es natürlich auch noch die tatsächlichen Lehrer, die da sind, weil es auch noch Teilzeitkräfte gibt und so weiter. Das ist die eine Geschichte. Ich weiß, dass Sie sich amüsieren, weil ich das jetzt erläutern muss. Das ist klar, in den neu verteilten Rollen.

(Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch)

(Wilfried Buss SPD: Wer es erklärt, der hat es verstanden!)

Sie bekommen heute das Protokoll beziehungsweise die Protokollerklärung zum Schulausschuss, weil das irgendwo bisher stecken geblieben ist. Ich habe es jetzt vorliegen. Das ist die Tücke von Lehrerstellen. Auch das widerfährt mir. Ich will Ihnen jetzt die Stellen vorlesen. Sie sind im Vergleich von 2000, 2001 und 2006, das ist das, was bisher nachvollziehbar war. Im Jahr 2000 hatten wir einen Lehrerberauf von 14 121 Stellen und einen Lehrstellenbestand von 14 145. Im Jahr 2001 hatten wir einen Lehrerberauf von 14 015 und einen Lehrstellenbestand von 14 083. Im Jahr 2006 – immer der 1. August – hatten wir einen Lehrerberauf von 13 385 und ein Lehrstellenbestand von 13 679. Das ist das, was Sie jetzt als Information über die Personalorganisation zu Protokoll bekommen haben.

(Olaf Ohlsen CDU: Was sagt uns das? Gute Arbeit!)

Das kann ich an dieser Stelle sagen und alles Weitere werden wir in der nächsten Schulausschusssitzung und im Haushaltsausschuss besprechen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Buss.

(Olaf Ohlsen CDU: Er kann es sich auch nicht verkneifen! Es war alles gesagt worden!)

Wilfried Buss SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Debatte kann man nicht einfach so stehen lassen, weil sich mein Kollege Freistedt vorhin in seiner Sonntagsrede sehr weit aus dem Fenster gelehnt hat. Die Senatorin dieser neuen Mehrheit hat erfreulicherweise gesagt – und das ist, finde ich, der Kernsatz –, dass das Geld da ist.

Als wir damals diese Forderung gestellt haben – vor dem Wahlkampf, während des Wahlkampfes –, haben Sie unisono gesagt: Wir würden das auch gern machen, was Sie hier fordern, lieber Herr Buss oder lieber Herr Naumann, aber das geht nicht, das Geld ist nicht da und Sie wüssten gar nicht, wie Sie das bezahlen sollten. Es hieß immer, dass die SPD nur umschichten wolle und jetzt stellen wir fest, dass Sie genau dieses machen.

Erstens: Das Geld ist schon längst im Haushalt drin.

Zweitens: Das Geld wird also durch Umschichtung erbracht, genau das, was wir immer gesagt haben, was wir machen wollten und möglich gewesen wäre.

(Beifall bei der SPD)

Der entscheidende Punkt, der mich dabei so ärgert und weshalb ich mich jetzt gemeldet habe, Herr Freistedt, ist der,

(Robert Heinemann CDU: Dass Sie nicht gewählt worden sind!)

dass Sie sich immer hier hingestellt und gesagt haben, das sei alles nicht machbar, was wir wollen. Wir könnten nicht mehr Lehrerinnen und Lehrer in die Grundschule schicken, obwohl wir mehr Kinder haben, weil es nicht bezahlbar ist. Jetzt erfahren wir, dass Sie uns vier Jahre lang immer etwas anderes erzählt haben, als die Wahrheit ist, und das finde ich skandalös, dass Sie das einfach so weg-wischen wollen.

(Beifall bei der SPD)

In dem Zusammenhang, Frau Senatorin, habe ich auch noch zwei Fragen. Sie sagen, die Ausstattung für die Ganztagschulen werde jetzt verbessert. Dann ist meine erste Frage: Sie wollen ja einen besseren Arbeitsrhythmus an den Ganztagschulen haben. Das ist eine Sache, bei der Sie sofort zumindest die Zustimmung der SPD, aber, ich denke, auch der Linksfraktion haben.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Sprechen Sie jetzt auch für die?)

Die Frage, die mich aber voll umtreibt, ist die, ob das auch durch bauliche Maßnahmen abgesichert ist oder ob wir wieder darauf warten müssen, dass dafür zusätzliche Mittel aufgebracht werden müssen in dieser berühmten Bauabteilung, in der dann möglicherweise immer das Geld versickert. Das hätte ich gern noch einmal gewusst. Sie haben gesagt, dass Sie die pädagogische Voraussetzung sicherstellen können, die bauliche ist die andere Sache. Ich erinnere einmal an den berühmten Satz mit der Suppenküche und der Kletterwand.

Die zweite Frage ist, ob dann 2010, also mit dem Ende des Doppelhaushaltes 2009/2010, alle inzwischen abgebauten Lehrstellen wieder besetzt sein werden. Das würde mich auch einmal interessieren, denn das ist doch das, was die Eltern am meisten interessiert, dass endlich wieder so viele Lehrerinnen und Lehrer da sind, dass ein qualitätsvoller Unterricht gemacht werden kann und nicht immer diese Mangelbewirtschaftung durch Ihre Partei gemacht wird. Das wollen wir geklärt haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN – Hans-Detlef Roock CDU: Willi, wir werden das regeln!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden)

Wer sich der Empfehlung des Schulausschusses anschließt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 30, Antrag der SPD-Fraktion: Kein Büchergeld in Hamburg – Abschaffung der Lernmittelgebühren.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Kein Büchergeld in Hamburg – Abschaffung
der Lernmittelgebühren
– Drs 19/441 –]**

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Schulausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Rugbarth, bitte.

Andrea Rugbarth SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Unnötigen und unsinnigen bürokratischen Aufwand zu reduzieren, ja abzuschaffen, ist eine in Sonntagsreden immer wieder gern erhobene Forderung. Wenn es aber darum geht, fälschlich eingeführte bürokratische Ungeheuer wieder abzuschaffen, dann ist die Zahl der Bedenkensträger erfahrungsgemäß übergroß. Dabei haben wir hier geradezu einen Glücksfall. Dieses Parlament hat hier und heute die Möglichkeit, ein besonders unsinniges und vor allem unsociales Bürokratiemonstrum zu erlegen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die 2005 von der damaligen CDU-Mehrheit abgeschaffte Lernmittelfreiheit an Hamburgs Schulen hat nichts Positives bewirkt. Sie hat vielmehr Schaden angerichtet, indem sie sich natürlich als nicht sozialverträglich erwiesen hat, denn sie belastet einkommensschwache Familien, die nicht förderungsberechtigt sind, oder diejenigen, die aus Scham, zukünftig als bedürftig bekannt zu sein und daher keine entsprechenden Anträge stellen, in weit höherem Maße als einkommensstarke Familien.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Die Chancengleichheit im Bildungssystem wurde damit weiter verschlechtert, obwohl uns schon durch PISA aufgezeigt wurde, dass in Deutschland der Zugang zu höherer Bildung überdurchschnittlich vom Sozialstatus abhängt oder, wie es auch unsere neue Schulsensorin in den letzten Tagen und auch in ihrem Infobrief mehrmals erwähnt hat, dass der Schulerfolg der Kinder nach wie vor an die soziale Herkunft gebunden ist. Das ist nicht gerecht und ein großer Verlust für Hamburg.

(Beifall bei der SPD und bei *Elisabeth Baum*
DIE LINKE)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben immer gesagt, dass Bildung und Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Bildung muss daher kostenfrei bleiben, damit alle Schülerinnen und Schüler, auch aus sozialschwachen Haushalten die gleichen Bildungschancen haben.

(Beifall bei der SPD und bei *Elisabeth Baum*
DIE LINKE)

In diesem Zusammenhang ist es eben nicht hinnehmbar, dass sich Eltern oder Kinder im Schulbüro als bedürftig zu erkennen geben müssen.

Das grenzt aus, das schafft Barrieren. Fragen Sie nach in den Klassen: Kinder in einer Klasse kennen den sozialen Status ihrer Schulfreunde ganz genau, aller Vertraulichkeit zum Trotz. Diese sozialen Barrieren haben wir in Hamburg nicht nötig, nicht in einer der reichsten Städte Deutschlands.

Die Eltern haben das erkannt. Sie haben im Dezember des vergangenen Jahres eine Volkspetition "Eltern gegen das Büchergeld" abgegeben, eingereicht mit über 10 000 Unterschriften. Dem Senat scheint diese Willensäußerung nicht besonders wichtig zu sein, denn bis heute liegt zwar ein Ergebnis vor, aber mittlerweile wird es wieder diskutiert, angezweifelt, ob es richtig oder nicht richtig ist – ein halbes Jahr danach.

Meine Damen und Herren! Sie haben hier eine Willensäußerung von über 10 000 Menschen vorliegen. So geht man nicht mit den Bürgerinnen und Bürgern von Hamburg um.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Selbst in den Reihen der CDU wurde Büchergeld früher abgelehnt. Den Damen und Herren der CDU-Fraktion darf ich vielleicht argumentativ weiterhelfen: Schon 1990 warnte Ihre Parteifreundin, Frau Schnieber-Jastram, vor einer Abschaffung der Lehr- und Lernmittelfreiheit mit den Worten – ja, das waren Sie, Frau Schnieber-Jastram –: Die Abschaffung der Lernmittelfreiheit an Hamburgs Schulen sei nicht hinnehmbar und eine Bankrotterklärung,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – *Michael Neumann SPD*: Recht hat sie!)

(Andrea Rugbarth)

geäußert im Schulausschuss 1990 zu Zeiten von Frau Rosemarie Raab.

(Wolfgang Beuß CDU: Das waren Zeiten! Unterirdisch waren die!)

– Das waren tolle Zeiten. Da stimmen Sie doch mit mir überein.

Aber es geht natürlich auch ein bisschen aktueller. Sogar Ihre bayerische Schwesterpartei hat nach dem Willen des amtierenden Ministerpräsidenten Beckstein die Absicht, die in etwa zum gleichen Zeitpunkt umgesetzte Abschaffung der Lernmittelfreiheit in Bayern wieder rückgängig zu machen.

(Wolfgang Beuß CDU: Seit wann gucken Sie nach Bayern? – Gegenruf von Dr. Andreas Dressel SPD: Nur bis zur Wahl!)

– Manchmal lohnt sich der Blick über Ländergrenzen, Herr Beuß.

(Beifall bei der SPD)

Sie hätten auch einmal hinschauen können. In Bayern zahlen die in der Grundschule nämlich nur 20 Euro und am Gymnasium 40 Euro und nicht das, was wir in Hamburg zahlen.

Vielleicht sollten Sie noch einmal in die Koalitionsvereinbarungen hineinschauen, denn da haben Sie selbst Forderungen bezüglich der gleichen und gerechten Chancen für alle Kinder Hamburgs aufgestellt. Für den, der es nicht mehr weiß, auf Seite 7 steht:

"Wesentliches Ziel von Bildungspolitik ist es nach Auffassung der Koalitionspartner, Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft gleiche und gerechte Chancen [...] zu ermöglichen."

(Wolfgang Beuß CDU: Aber nicht zum Büchergeld!)

– Auch zum Büchergeld – Herr Beuß, Sie irren sich – hat man im Koalitionsvertrag etwas geschrieben. Das sollten Sie doch noch einmal nachlesen.

Lassen Sie es bitte nicht bei der halbherzigen Ankündigung lediglich einer gerechteren Lernmittelverordnung, indem Sie eine Neudefinition der Förderberechtigten anstreben. Das wäre zu kurz gegriffen.

Sie haben mit der Annahme des Antrags, den wir hier gestellt haben, darüber hinaus die Möglichkeit, den durch die momentan laufenden und noch angekündigten Schulreformen mehr als geforderten Lehrern, Eltern und sonstigen Mitarbeitern an den Schulen ein Stück bürokratische Entlastung wenigstens an diesem Punkte zu ermöglichen.

(Beifall bei der SPD)

Sie können Punkte machen, meine Damen und Herren. Machen Sie mit, kehren Sie zurück zur

Lernmittelfreiheit, eine der wirklich großen Errungenschaften der Nachkriegszeit. Schaffen Sie das unsoziale und durch seinen bürokratischen Aufwand unsinnige Büchergeld wieder ab. Am einfachsten natürlich damit, dass Sie heute unserem Antrag aus der Drucksache 19/441 zustimmen. Wenn das aus den üblichen Gründen der Parlamentsroutine nicht geht, dann übernehmen Sie doch einfach unseren Antrag. Sie dürfen da sprachlich auch noch etwas verändern und unter Ihrem eigenen Namen einreichen, aber schaffen Sie dieses unselige Büchergeld wieder ab. – Danke.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Lemke.

Dittmar Lemke CDU:* Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Überschrift des SPD-Antrags, den wir heute besprechen, lautet:

"Kein Büchergeld in Hamburg – Abschaffung der Lernmittelgebühren".

Eigentlich müsste die Überschrift "Wiedereinführung sozialdemokratischer Mangelverwaltung an Schulen" lauten.

(Beifall bei der CDU – Wilfried Buss SPD: Oh, oh!)

– Herr Buss, nicht scharren, nicht murren, bitte einfach zuhören.

(Wolfgang Beuß CDU: Er kann nicht anders!)

Wir sind uns sicherlich einig, dass die Qualität und Leistungsfähigkeit von Schule nicht von der Schulstruktur allein abhängt, sondern auch von den Pädagogen und der Qualität der Lernmittel, also der Hilfsmittel, mit denen der Unterricht gestaltet wird, insbesondere auch vom Buch.

Als das Büchergeld eingeführt wurde, hatten wir die Situation – vielleicht erinnern Sie sich noch daran –, dass viele Bücher an den Schulen so hoffnungslos veraltet waren,

(Zuruf von Wilfried Buss SPD)

dass den Schülern teilweise zehn Jahre alte Bestände im Unterricht vorgesetzt wurden.

(Wilfried Buss SPD: Sind sie immer noch! – Ingo Egloff SPD: Meinen Sie, dass sich daran etwas geändert hat?)

Das muss man den Leuten auch einmal sagen. Ich schlage vor, dass Sie jetzt einmal die Augen schließen und sich in den Leser eines Schulbuches versetzen, welches 1996 geschrieben wurde, zum Beispiel über die Themen Globalisierung, Energieversorgung, Klima, Sicherheitspolitik, Ter-

(Dittmar Lemke)

rorismus. Dieses Buch wäre doch kalter Kaffee, völlig uninteressant, ganz zu schweigen von der fehlenden Interaktivität.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Vielleicht hätten Sie Ihre Rede neu schreiben sollen!)

Was wollen Sie damit im Unterricht machen? Wie wollen Sie die Liebe der Schulkinder zum Buch als Informationsträger und Unterhaltungsmedium wecken? Das funktioniert doch gar nicht.

Jetzt zum Thema Lernmittelfreiheit. Die SPD strickt hier an der politischen Legende, dass es bei der SPD eine richtige Lernmittelfreiheit gab. Aber die Realität sah doch ganz anders aus. Auch da mussten doch viele Schüler einzelne Bücher selber kaufen, zum Beispiel teure Atlanten. Es gab das Kopiergeld, das an vielen Schulen erhoben wurde. Wo ist denn da die Lernmittelfreiheit, die Sie als so sozialdemokratisch beschwören?

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Ich glaube, es erübrigt sich der Hinweis, dass es auch einige sozialdemokratisch regierte Bundesländer mit Lernmittelgebühren gibt. Es ist wirklich die Frage, welche Anträge gestellt werden, wenn man in der Regierung oder in der Opposition ist.

Apropos Finanzen. Wo findet sich in Ihrem Antrag der Hinweis auf die Gegenfinanzierung dieser erforderlichen Ausgaben?

(*Wolfgang Beuß CDU*: Richtig!)

Da gibt es gar keine Gegenfinanzierung. Meine Damen und Herren, bei der SPD fällt das Geld einfach vom Himmel.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von *Wilfried Buss SPD* und *Michael Gwosdz GAL*)

Wir steigern die Zukunftschancen unserer Kinder nicht, wenn wir ihnen eine völlig überschuldete Stadt zurücklassen.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Jetzt fiel in Ihrem Antrag das Wort Chancengleichheit. Die SPD sieht durch das Büchergeld die Chancengleichheit gefährdet. Dem kann ich mich überhaupt nicht anschließen. Sie erreichen keine Chancengleichheit, wenn Schüler, die schon zuhause nicht mit Büchern leben, auch in der Schule nicht an das Buch herangeführt werden. Chancengleichheit erreichen Sie nur mit guter Bildungsqualität, die auch Defizite auffängt, die vielleicht zuhause bei den Schülern bestehen.

Natürlich ist das Büchergeld eine finanzielle Belastung der Eltern.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Aha!)

Das ist völlig klar und dessen bin ich mir auch bewusst.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Aber Sie handeln nicht!)

Aber das Geld ist nach unserer Auffassung sinnvoll und gut angelegt. Im Übrigen haben wir natürlich – darauf ist auch schon hingewiesen worden – die Möglichkeit der Förderberechtigung. Immerhin sind hier 2 Millionen Euro im Schuljahr 2006/2007 für Förderberechtigte ausgegeben worden.

Zum Thema bürokratisches Monstrum. Ich erinnere mich noch an die damalige Einführung des Büchergeldes. Es ist völlig richtig, dass es damals Schwierigkeiten mit dem Computerprogramm LIT-TERA. Ich glaube, ich habe selber an dieser Stelle gesagt, dass der Weg zum Altar lang ist, aber dass er sich lohnt. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass das völlig richtig ist. Ich höre auch, dass dieser bürokratische Aufwand an Schulen durch das Computerprogramm inzwischen auf ein notwendiges, vernünftiges Maß reduziert werden konnte. Von bürokratischem Monstrum kann hier gar nicht die Rede sein.

(Beifall bei der CDU)

Von der SPD hätte ich eigentlich eine differenziertere Sichtweise dieses Themas erwartet. Die Linkspartei positioniert sich ohnehin als eine Art Volksbeglückungspartei.

(*Kersten Artus DIE LINKE*: Besser als Volksbestrafungspartei!)

Das kann die SPD sowieso nicht überbieten. Ich empfehle jedenfalls, auf Ihrer Suche nach einem schulpolitischen Profil der Senatslinie zu folgen und auf Qualität Wert zu legen. Das Büchergeld sorgt in diesem Sinne für Qualität in der Schule und ist auch ein wichtiges Bekenntnis zum Buch als Lernmittel. Ich bitte Sie also inständig, den Antrag der SPD-Fraktion abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Gwosdz.

Michael Gwosdz GAL: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Erhebung von Gebühren ist natürlich kein Selbstzweck. Manche Gebühren halte ich persönlich für sehr notwendig – Kfz-Gebühr, GEZ-Gebühr, um einmal meine Lieblingsfavoriten zu nennen –, bei anderen muss ich erst vom Nutzen überzeugt werden. Das Beispiel Büchergeld gehört dazu.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Und, sind Sie überzeugt?)

Wir haben gelernt, dass es nach dem anfänglichen, kritikwürdigen Durcheinander positive Auswirkungen beim Büchergeld an den Schulen gibt. Der Kollege Lemke hat das schon erwähnt. Die

(Michael Gwosdz)

Mittel für die Schulbücher haben sich in etwa verdoppelt. Wir haben dadurch besseres und moderneres Lernmaterial. Das ist ganz entscheidend für die Schulen.

Der vorliegende Antrag nimmt den Schulen nun erhebliche Mittel, denn was ist mit der Gegenfinanzierung? Der Kollege Lemke hat es schon angesprochen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Es gibt zwei Möglichkeiten. Erstens: Wir schichten um im Haushalt der Bildungsbehörde. Dann müssen Sie uns allerdings auch sagen, was wo in der Bildungsbehörde eingespart werden soll. Wir haben innerhalb des Haushaltes andere Prioritäten gesetzt.

(Zuruf von *Wilfried Buss SPD*)

Was streichen Sie in dem Haushalt der Bildungsbehörde?

Zweitens: Wenn Sie nicht umschichten und das ausfallende Büchergeld nicht ersetzen wollen, ist die andere Alternative, dass Sie das Geld für die Lernmittel halbieren. Dann erklären Sie bitte diese Halbierung für die Lernmittel, für die Bücher, den Eltern, den Schülern und den Lehrern.

Stichwort soziale Belastungen. Natürlich ist jede finanzielle Mehrausgabe – 50 Euro, 80 Euro, 100 Euro im Jahr – zunächst einmal eine finanzielle Mehrbelastung. Aber schließt das auch sozial weniger gut gestellte Familien und Kinder aus? Nein, tut es nicht. Es gibt viele Befreiungen. Der Senat trägt allein Mittel in Höhe von 2,3 Millionen Euro pro Jahr, um ausfallende Gebühren zu ersetzen. Auch künftig wird es noch mehr Entlastungen geben. Auch das hat der Kollege Lemke bereits angekündigt. Wir überprüfen, wie im Koalitionsvertrag festgehalten, die Definition der Förderberechtigten mit dem Ziel, die Geringverdiener und Geringverdienerinnen zu entlasten.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Diese Entlastung wird kommen und darauf ist Verlass.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Noch ein Wort zum Stichwort Verwaltung des Büchergelds. Wir haben im Koalitionsvertrag und an einer anderen Stelle festgehalten, dass die Schulen zusätzliche Personalkapazitäten für die Verwaltung an den Schulen bekommen, nicht nur für das Büchergeld – es gibt noch andere Verwaltungsaufgaben –, aber das Verwaltungspersonal an den Schulen wird aufgestockt, verbessert und das auch in naher Zukunft.

(*Ingo Egloff SPD*: Dafür haben Sie auch die Finanzierung, oder?)

Da wir keinen Finanzierungsvorschlag haben, wie wir das Büchergeld ersetzen sollen,

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Dann machen Sie doch einen vernünftigen Vorschlag!)

und die Streichung eine Verschlechterung der Situation an den Schulen bedeuten würde, bitten wir Sie, den Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wolfhard Ploog CDU: Das Wort bekommt Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Lemke, ein glückliches Volk, das wäre doch mal eine lohnende Zukunftsperspektive. Daran könnten Sie sich vielleicht einmal orientieren.

Wenn wir über Büchergeld sprechen, dann sprechen wir genau wie gestern über gebührenfreie Bildung. Wenn man allen die Chance für den Zugang zur Bildung ermöglichen will, dann muss man demokratischer Weise dafür sorgen, dass es gebührenfrei ist.

(Beifall bei *Mehmet Yildiz DIE LINKE*)

Deshalb bräuchte man eigentlich über dieses Thema gar nicht weiter zu reden, als dass es eine Selbstverständlichkeit ist, dass es gebührenfrei ist.

(*Jörn Frommann CDU*: Warum?)

– Weil es dann für alle den Zugang ermöglicht. Ich weiß nicht, welche Vorstellung Sie haben. Als ich im Jahre 2000 in einer Klasse gesagt habe, wir machen in zehn Tagen einen Ausflug und jeder bringt 6 Euro mit, da war das ein Klacks. Wenn ich das heute sage, weiß ich, dass davon die Hälfte der Schüler das nicht bezahlen kann. Das ist der große Unterschied und Sie haben einen Realitätsverlust sondergleichen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Daran kann ich gleich anschließen. Selbst wenn man sagt, dass Eltern eventuell zahlen müssten, was nicht unsere Auffassung ist, dann muss man doch einmal sehen, welche Kosten Eltern haben, wenn ihre Kinder zur Schule gehen. Es ist doch nicht nur das Büchergeld, es ist die Klassenkasse, es sind die Klassenfahrten, es sind die Ausflüge. Da kommen unglaubliche Summen zusammen, zumal wenn es noch mehrere Kinder sind. Herr Joithe-von Krosigk hat vorhin ziemlich deutlich gemacht, wie viele Menschen in Hamburg auf Transferleistungen angewiesen sind.

(*Jörn Frommann CDU*: Die müssen doch auch nicht bezahlen!)

Die meisten davon sind Eltern und haben Kinder. Da sind zum Beispiel 6 Euro, 10 Euro, 80 Euro

(Dora Heyenn)

sehr viel Geld. Nun sagen Sie natürlich, sie könnten ja einen Zuschuss beantragen, und das ist genau der Punkt, bei dem ich Frau Rugbarth nachhaltig unterstützen möchte. Wir haben in Hamburg die Situation, dass die Kinder über die Eltern definiert sind. Immer müssen Kinder von Eltern, die Transferleistungen bekommen, Anträge stellen, sie müssen Ausweise vorzeigen und nachweisen, dass sie nicht genug Geld haben und das, finde ich, ist ein unhaltbarer Zustand. Das ist für die Kinder eine psychische Belastung.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wenn ich sehe, was drei Personen in unserer Schule tun müssen, um das Büchergeld zu verwalten und das alles aufrechtzuerhalten und wieder zurückzunehmen, dann wage ich einmal die Behauptung, dass das ein Nullsummenspiel ist. Diese Bürokratie könnte man sich sparen und das Büchergeld wieder abschaffen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Hinzu kommt, dass es in der jetzigen gesellschaftlichen Situation auf keinen Fall geht, selbst wenn man meint, wie Sie es wahrscheinlich meinen, dass man Büchergeld erheben könnte. Wir wissen aus allen Medienberichten, dass es nicht nur die untere Mittelschicht ist, die inzwischen kaum noch mit ihrem Einkommen auskommt und nicht über den Monat kommt, es greift immer weiter um sich. Die Gebühren nehmen immer mehr zu. Das Büchergeld ist noch eine Gebühr, die dazu kommt, und deshalb muss es auch abgeschafft werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben recht, Herr Lemke, dass das Geld nicht vom Himmel fällt. Ich habe auch nicht gesehen, dass die SPD das so sieht. Wenn ich allerdings lese, dass es ein Loch im Haushalt von 3 Milliarden Euro gibt,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Wo steht das? Sie lesen die falsche Zeitung!)

dann kann ich einmal den Umkehrschluss ziehen und dann heißt das für mich, dass bei der CDU das Geld in einem schwarzen, tiefen Loch verschwindet.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wir von der LINKEN haben einen Vorschlag gemacht, wie man bestimmte Dinge finanzieren kann. Wir haben Ihnen schon mehrmals vorgehalten, dass Sie ganz bewusst die Einnahmenseite des Staates kurz halten. Wir haben den Vorschlag gemacht, dass man die Steuerprüfer, die Steuerfahnder, die Betriebsprüfer erhöhen könnte. Das sind Einnahmen von mehreren hundert Millionen pro Jahr, auf die die Stadt Hamburg verzichtet

(Egbert von Frankenberg CDU: Das glauben Sie doch selber nicht!)

und da ist das Büchergeld locker drin.

Wir haben im Schulausschuss eine Petition zur Wiederherstellung der Lernmittelfreiheit vorliegen. Die ist zwischen dem Bezirksamt Nord und dem Bezirksamt Bergedorf hin und her geschoben worden. Mit Zeitverzögerung hat man dann festgestellt, dass von 11 550 eingereichten Unterschriften 2243 ungültig sind.

Der Ausschuss hat einstimmig beschlossen, dass wir in der nächsten Schulausschusssitzung einen Juristen und einen Vertreter des Bezirksamts Bergedorf in den Schulausschuss holen, denn wenn man in das Gesetz guckt, stellt man Folgendes fest: Bei einer Volksinitiative zählt nur jede Unterschrift von einem Hamburger Bürger, der auch das Wahlrecht zur Hamburgischen Bürgerschaft hat. Aber bei einer Volkspetition gilt die Unterschrift von jedem Hamburger. Unsere Partei vermutet ganz klar, dass hier viel zu viele Unterschriften herausgestrichen wurden. Es wäre nicht das erste Mal, das hatten wir mit Moorborg auch schon einmal. Deshalb wird das Thema "Wiederherstellung der Lernmittelfreiheit" in der nächsten Schulausschusssitzung auf der Tagesordnung stehen. Ich denke, es wäre vernünftig, wenn wir den Antrag der SPD heute an den Schulausschuss überweisen würden.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sehr richtig!)

Dann könnte man das gemeinsam beraten. Das würde zumindest ein bisschen den guten Willen von Ihrer Seite zeigen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wolfhard Ploog CDU: Das Wort bekommt Herr Buss.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das habe ich befürchtet!)

Wilfried Buss SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Goetsch, meine Kollegin Andrea Rugbarth hat Sie schon zitiert aus Ihrem Schulbrief, aber ich tue es noch einmal, weil es so wichtig ist.

"Der Schulerfolg der Kinder ist nach wie vor an die soziale Herkunft gebunden. Das ist nicht gerecht und ein großer Verlust für Hamburg."

So schreiben Sie. Recht haben Sie, liebe Frau Goetsch, aber dann handeln Sie auch dementsprechend und tun Sie hinsichtlich des Büchergeldes etwas gegen die soziale Ungerechtigkeit, die sich immer wieder auf diesem Gebiet zeigt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Das Problem, meine Damen und Herren, ist doch, dass Sie es nicht tun. Sie reden und schreiben schön, zum Beispiel an diese Schulen, aber Sie

(Wilfried Buss)

handeln nicht danach. Aber wir als SPD lassen Sie nicht davonkommen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: So ist es!)

Wer die soziale Diskriminierung in den Schulen beklagt, aber diese Schulgebühren nicht abschafft, der ist und bleibt unglaublich.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Sie wissen natürlich auch, dass das Büchergeld de facto ein Schulgeld ist. Es ist der Einstieg zur Wiedereinführung von Schulgeld, das erste Scheibchen der Wurst, dem viele weitere folgen werden. Am liebsten hätten Sie auch für den Schwimmunterricht Geld kassiert. Wenn Sie, Frau Goetsch, das jetzt nicht stoppen – und Sie wissen ganz genau, dass es so kommen kann –, ist das der Anfang vom Ende des demokratischen Grundprinzips freier Schulbildung. Es ist die Preisgabe eines der wesentlichsten Grundwerte des sozialen Konsenses unserer Nachkriegsordnung.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Es ist darüber hinaus ein klarer Verstoß gegen die Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen, die auch Deutschland unterzeichnet hat.

(Zurufe von der CDU: Ihre Rede auch! – Karl-Heinz Warnholz CDU: Nun ist aber genug!)

– Doch, es ist so. Dort steht, Herr Warnholz, unmissverständlich in Artikel 26 Absatz 1 die unentgeltliche Schulbildung als Menschenrecht festgeschrieben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich weiß, dass Sie sich damit rechtfertigen, dass Sie jetzt Ihre Schulreform im Schulwesen veranstalten, um die soziale Ausgrenzung abzubauen. Das haben Sie auch in Ihrem Brief geschrieben.

(Wolfgang Beuß CDU: Dann kommen Sie mal zum Thema!)

Aber abgesehen davon, ob Ihr Primarschulmodell dazu überhaupt geeignet ist, diese Ungerechtigkeiten abzubauen, befürchten nicht nur die Sozialdemokraten, sondern immer mehr Menschen in der Stadt Hamburg, dass das vielleicht sogar das Gegenteil bewirkt. Es reicht eben nicht, nur Strukturen zu ändern. Ja, wir brauchen tatsächlich Veränderungen der Schulstruktur, um die soziale Ausgrenzung abzustellen. Da sind wir mit Ihnen einig, aber das ist nur die eine Seite. Die andere Seite ist, dass die Bildungsgebühren, zum Beispiel dieses Büchergeld, abgeschafft werden müssen und dass Sie, wenn Sie es nicht tun, Chancengleichheit zerstören. Daran kommen Sie nun einmal nicht vorbei.

(Beifall bei Stefan Schmitt SPD)

Es ist insgesamt bezeichnend, dass die GAL der CDU – darauf sind Sie ja auch so stolz – im Koalitionsvertrag zwar manches abgerungen hat,

(Dirk Kienscherf SPD: Ach!)

aber bei den sozialen Fragen haben Sie nichts Substantielles erreicht.

(Thomas Völsch SPD: So ist es!)

Man wird den Verdacht nicht los, dass Sie es auch gar nicht erst versucht haben. Schließlich sind das nicht die Probleme Ihrer gut situierten Wählerklientel und ein Senatsressort war da auch nicht in Sicht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Für uns ist es auch nicht anders zu erklären, warum Sie gerade bei diesen Bildungsgebühren so handzahn geworden sind und so schnell bereit waren nachzugeben. Wir haben das gestern auch bei den Studiengebühren gesehen. Aber solange Sie diese Gebühren im Bildungsbereich, auch dieses Büchergeld, mittragen, Frau Goetsch, können Sie sich Ihre Krokodilstränen über die soziale Ausgrenzung in den Schulen wirklich sparen.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus DIE LINKE)

Natürlich werden Sie – das wissen wir inzwischen auch – bei diesem Büchergeld noch weitere Entlastungen für die Ärmsten der Armen schaffen. Aber tatsächlich belasten diese Gebühren – das haben wir gerade auch von Frau Rugbarth und Frau Heyenn gehört – auch viele Familien oberhalb der Sozialhilfe, also aus der sogenannten unteren Mittelschicht ganz erheblich. Im Ergebnis führt das dazu, dass auch für Mittelschichtfamilien, also für sehr große Teile der Gesellschaft, die Belastungen immer größer werden. Es ist kein Zufall, dass trotz des Wirtschaftsaufschwungs der private Massenkonsum nicht vom Fleck kommt. Da sind dann auch anscheinend lächerliche Beträge, wie 50 oder 100 Euro für ein Schuljahr, eine zusätzliche Belastung neben all den anderen Dingen, die im Verlaufe eines Schuljahres für Eltern von Kindern hinzukommen und die diese Menschen unmittelbar spüren und ihnen weh tun. Das ist dann im Zweifelsfall der Vereinsbeitrag zum Sportverein, den man spart oder der Musikunterricht, der dann wegfallen muss. Von wegen Investitionen in Bildung. Auch bildungsengagierte Eltern, eigentlich auch Ihre Klientel, die gern in Bildung und Kultur für Ihre Kinder investieren, stoßen ganz schnell an die Decke, Herr Schira.

(Olaf Ohlsen CDU: Male den Teufel an die Wand, Willi!)

Nach dem, was Herr Lemke sagt, ist anscheinend Ihr Prinzip, dass nur das auch etwas taugt, was etwas kostet. Das ist das Prinzip, das Sie wollen. Das hat er selber gesagt.

(Wilfried Buss)

(Beifall bei der SPD – *Olaf Ohlsen CDU*:
Nein, das hat er nicht gesagt!)

– Doch.

Dann will ich noch einmal auf das andere Argument eingehen. Es ist inzwischen ein solches bürokratisches Monster geworden, dass die Schulsekretariate bei der Erwähnung des Begriffes Büchergeld nur noch mit den Augen rollen und ihre Mehrarbeit beklagen. Wir haben es gerade wieder gehört.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Es ist deshalb auch kein Wunder, Frau Goetsch, dass Ihre Behörde seit einiger Zeit immer wieder dabei ist, das ganze Verfahren einschließlich aller Sozialdaten an private Großhändler abgeben zu wollen. Eltern zahlen dann über das Büchergeld auch diese Dienstleistung, die private Buchhändler für die Schulen erbringen, gleich mit und unterstützen damit also die Privatisierung von Bildung.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Bildung ist bei Ihnen also doch eine Ware.

Und zur Finanzierung, Herr Lemke. Das Geld ist doch da. Wir haben es doch vorhin beschlossen. Die 100 Lehrerstellen haben Sie nicht aus dem Etat der Bildungsbehörde bezahlt, sondern aus dem Titel 97 ff, also aus der allgemeinen Finanzverwaltung durch Umschichtung. Das heißt, auch für das Büchergeld ist das Geld im Prinzip da, man muss es nur finanzieren wollen, das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich fasse zusammen: Das Büchergeld trägt zur sozialen Ausgrenzung von Kindern in den Schulen bei. Es belastet viele Familien, auch aus der Mittelschicht. Es be- und verhindert Chancengleichheit und es ist nicht zuletzt ein furchtbares, bürokratisches Monster.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Alles das, meine Damen und Herren von der GAL, wissen Sie. Sie können es nicht verdrängen und Sie haben jetzt die Chance, ganz konkret etwas für die Kinder und die Familien gegen ihre soziale Ausgrenzung zu tun. Sie haben jetzt die Chance, Ihre Glaubwürdigkeit zu erhalten, indem Sie mit uns für die Abschaffung dieser Bildungsgebühren stimmen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde es gut, dass die GAL auf den zweiten Beitrag verzichtet, der erste war nämlich peinlich genug.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Ja!)

Es ist schon gesagt worden, dass eine breite Kritikbewegung in Bayern dazu geführt hat, dass die CSU das 2005 eingeführte Büchergeld zwar mit Zaudern und Hinhalten und so weiter, jetzt aber doch zum Schuljahr 2008/2009 abschafft. Warum soll in Hamburg nicht möglich sein, was in Bayern möglich ist?

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Richtig!)

Und warum erhebt das reiche Hamburg Büchergeld, während das arme Mecklenburg-Vorpommern darauf verzichtet?

Es gab auch in Hamburg eine breite Kritikbewegung und auch heute sind noch einmal jede Menge Argumente gegen das Büchergeld gekommen. Leider fällt den Regierungsparteien dazu wirklich nichts mehr ein.

Ich will auf die Resonanz verweisen,

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Das ist gut!)

die der Armutsbericht vom Mai dieses Jahres hervorgerufen hat. Immer noch sind Familien mit Kindern ein Armutsrisiko. Kinder zu haben, ist ein Armutsrisiko. Man mag über die Tendenz streiten, aber es steht fest, dass für viele Familien ein Kind zu haben, ein Armutsrisiko ist.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Das ist so!)

Zahlreiche Organisationen haben deshalb infolge dieses letzten Armutsberichts auch von der Bundesregierung konsequente Strategien gegen Kinderarmut gefordert. Das Deutsche Hilfswerk hat zum Beispiel einen Katalog vorgelegt, in dem es ein nationales Programm zur Bekämpfung von Kinderarmut, darunter den Ausbau des Kindergeldes zur Grundsicherung und – hierauf kommt es mir an – eine Bildungsoffensive gefordert hat. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat ebenfalls im Mai ein Dossier zum Thema Armutsrisiken von Kindern und Jugendlichen in Deutschland vorgelegt, indem es unter anderem auch auf Instrumente zur Armutsreduzierung und Prävention abgestellt hat.

Da ist von früher Förderung von Kindern, von Förderung der wirtschaftlichen Stabilität von Familien und vom Nachteilsausgleich die Rede. Das allernäheiegendste Instrument in diesem Sinne ist die Abschaffung von Gebühren, die ausschließlich Familien mit Kindern belasten. Denn dieses Büchergeld betrifft tatsächlich nur Familien. Es betrifft nicht den Singlehaushalt, es betrifft nicht gut verdienende Ehepaare ohne Kinder, es betrifft ausnahmslos Familien mit schulpflichtigen Kindern. Es betrifft ganz besonders die nicht wohlhabenden Familien mit Kindern, es belastet besonders die armen Familien und es erschwert den Zugang zur Bildung sozial selektiv.

(Christiane Schneider)

Der Antrag der SPD, den wir unterstützen, kennzeichnet die sozial diskriminierende Wirkung des Büchergeldes zutreffend. Viel ist dem nicht mehr hinzuzufügen und deshalb sage ich auch nur noch eines.

(Olaf Ohlsen CDU: Ja, dann mach Schluss jetzt, komm!)

– Sie können mich ruhig siezen.

Die UNICEF hat 2007 sechs Dimensionen von Armut in den reichen Industrieländern unterschieden, neben der materiellen Situation, der Gesundheit und anderem auch die Bildung. Sie von der Regierung sorgen dafür, dass die verschiedenen Dimensionen der Armut sich gegenseitig verstärken.

Ich gehöre einer Generation an, die die Abschaffung des Schulgeldes für das Gymnasium im Schuljahr – ich erinnere mich noch sehr gut – 1958/1959 erlebt hat. Mir hat die Abschaffung, die für mich damals gerade rechtzeitig kam, ermöglicht, auf das Gymnasium zu gehen. Wie vielen Kindern erschwert oder verwehrt das Büchergeld die weiterführende Schulausbildung bis zum Abitur? Haben Sie darüber nachgedacht?

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr Gwosdz.

Michael Gwosdz GAL: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Der Präsident hatte Frau Schneider freundlicherweise den Vortritt vor mir gelassen, wir haben nicht auf einen zweiten Wortbeitrag verzichtet.

Herr Buss, Sie haben unseren Koalitionsvertrag offensichtlich nicht gelesen, wenn Sie sagen, wir hätten im Sozialbereich überhaupt nichts und keine weiteren Entlastungen für Familien erreicht. Ich möchte einmal drei Beispiele nennen: Wir haben die Wiedereinführung des Sozialtickets,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Was ist denn das für ein Sozialticket? Das ist doch kein Sozialticket!)

wir haben eine Härtefallregelung bei Kita-Gebühren, wir werden den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz auf zwei Jahre absenken und was vor allem eine ganz wesentliche Entlastung für alle Familien mit Kindern ist, ist das gebührenfreie letzte Kita-Jahr.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Das sind wesentliche Punkte, die die Familien entlasten, und zwar weitaus mehr als das Büchergeld.

(Carola Veit SPD: Wann denn?)

Ich möchte noch zwei Punkte ansprechen. Wenn die Bücherhändler für die Schulen die Bücher be-

sorgen, dann ist das natürlich auch eine Verwaltungsentlastung für die Schulen.

Als letzten Punkt an Frau Heyenn gerichtet: Wenn die Volkspetition erfolgreich ist, dann werden wir natürlich die Diskussion im Schulausschuss führen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Ingo Egloff SPD: Sonst nicht, oder was?)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält Herr Beuß.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Auch das noch!)

Wolfgang Beuß CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn ich an meine eigenen Erfahrungen als Lehrer – über zehn Jahre – im sozialen Brennpunkt St. Georg denke und daran denke, mit welch verheerenden Büchern und Unterrichtsmaterialien wir teilweise in der Zeit arbeiten mussten, dann, kann ich nur sagen, bin ich froh darüber, dass wir das Büchergeld eingeführt haben, damit die Schulen endlich in die Lage versetzt werden konnten, vernünftige und aktuelle Bücher zu bestellen, zu kaufen und den Schülern auch zu präsentieren.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Die Kollegen von der SPD tun so, als wenn wir damals alles irgendwie ganz toll und realistisch und gut übernommen hätten. Nein, so war es nicht. Die Bücher und Atlanten waren zu der Zeit veraltet, sie waren verschmutzt, sie waren zerfleddert und sie waren zu großen Teilen eine Zumutung und die Schulen hatten nicht das Geld, um neue Bücher anzuschaffen.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Büchergeld hat frisches Geld in die Schulen gebracht, was dazu geführt hat – egal, Herr Buss, ob nun über Bücherhandlungen oder wie auch immer –, dass Kinder mit gutem Unterrichtsmaterial arbeiten. Das ist eine Voraussetzung dafür, sie für das Leben fit zu machen.

(Beifall bei der CDU und bei Horst Becker GAL)

Dann wird hier auch immer so viel von sozialer Benachteiligung geredet. Die hat es auch zu Ihrer Zeit schon zum Beispiel bei der Beantragung von Klassenfahrten gegeben. Ich finde es gut, dass wir eine soziale Abfederung für diejenigen haben, die nicht in der Lage sind, dieses Büchergeld selbst aufzubringen. Sie tun so, als wenn diese Menschen keine Bücher kaufen könnten. Das können sie sehr wohl und alle Schüler in Hamburg profitieren von dieser Regelung.

(Beifall bei der CDU)

(Wolfgang Beuß)

In Teilen hat mich diese Debatte wirklich befremdet. Rot-Rot nimmt langsam ganz kräftig Gestalt an und fängt hier an zu leben.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das ist doch schön! Wunderbar!)

Was hier an ideologischem Quaskram gesagt worden ist, ist teilweise wirklich unbeschreiblich. Da redet Herr Buss von der SPD in diesem Zusammenhang vom Ende der Demokratie. Er mahnt die Menschenrechte an. Ich glaube, es hätte nur noch gefehlt, Herr Buss, dass Sie das Ende des Abendlandes angemeldet hätten. Das sind keine Argumente, die Sie gebracht haben, weil Sie nämlich keine Argumente in diesen Fragen haben.

(Beifall bei der CDU und bei Michael Gwosdz GAL)

Wenn wir uns die Beiträge der LINKEN anhören, kann ich nur sagen: Freiheit für die Gummibärchen. Grundsätzlich sind Sie für alle grundsätzlichen Gebührenfreiheiten dieser Welt. Seien wir doch einmal ganz ehrlich: Was Sie wirklich wollen, ist eine andere Republik. Wohin diese Politik geführt hat,

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

mussten wir 40 Jahre lang tatenlos mit ansehen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von Uwe Grund SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Ich gebe jetzt Frau Heitmann das Wort.

Linda Heitmann GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte einmal sagen, dass ich die Art und Weise, wie Sie in den letzten Wochen Opposition gemacht haben, ein bisschen billig finde.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich habe das Gefühl, Sie legen ein Wahlprogramm auf die eine Seite, dann legen Sie den Koalitionsvertrag auf die andere Seite und schauen, wo die GAL Kompromisse eingegangen ist. Dazu stellen Sie dann einen Antrag, haben aber keine Gegenfinanzierung.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist echt blöd, wenn man an sein Wahlversprechen erinnert wird!)

Genau das ist es. Dann deklarieren Sie nämlich alles als gebrochene Wahlversprechen. Das finde ich leider ein bisschen traurig. Das ist hier kein Wunschkonzert, sondern das ist ein Parlament, das auch zukunftsfähige Politik machen soll.

(Ingo Egloff SPD: Schauen Sie doch einmal in Ihr eigenes Wahlprogramm!)

Ich würde mich, ehrlich gesagt, freuen, wenn Sie sich den Koalitionsvertrag einmal genau durchlesen. Dann sehen Sie, dass gerade im Bildungsbereich eine Menge passieren wird,

(Michael Neumann SPD: Das fürchte ich auch!)

was gerade darauf ausgerichtet ist,

(Unruhe im Hause – Glocke)

dass soziale Gerechtigkeit in dieser Stadt wieder großgeschrieben wird.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Frau Heitmann – meine Damen und Herren, es wäre angenehmer, wenn Sie sich ein bisschen in der Lautstärke zurücknehmen könnten, damit Frau Heitmann auch mit ihren Worten durchdringen kann.

Linda Heitmann (fortfahrend): Ich habe auch nur noch einen Satz. Ich würde mich freuen, wenn Sie sich mit allem, was in den nächsten Jahren im Schulwesen wirklich passieren wird und was auch die Lage der Schüler – gerade der sozial schwachen – deutlich verbessern wird, einmal ähnlich intensiv auseinandersetzen würden wie mit dem Büchergeld. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Zuruf: Ja, das machen wir, versprochen!)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Wenn jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/441 an den Schulausschuss zu?

(Zuruf: Das ziehen wir zurück!)

- Dann ist der Überweisungsantrag zurückgezogen.

Sodann kommen wir zur Abstimmung. Wer möchte den SPD-Antrag aus der Drucksache 19/441 annehmen und das darin aufgeführte Gesetz zur Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit beschließen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe jetzt den Punkt 37 der Tagesordnung auf, Antrag der SPD-Fraktion: Barrierefreies Fernsehen.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Barrierefreies Fernsehen
– Drs 19/596 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusaus-

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)

schuss überweisen. Wird das Wort gewünscht?
– Herr Grund, Sie haben das Wort.

Uwe Grund SPD: Meine Damen und Herren, stellen Sie sich vor, Sie machen heute Abend, wenn Sie nach der Sitzung nach Hause gehen, den Fernseher an und Sie haben kein Bild, dafür einen Ton.

(Barbara Ahrons CDU: Europameisterschaft!)

Dann schalten Sie um und haben einen Ton und dafür kein Bild. Das probieren Sie weiter und kommen immer zu dem gleichen Ergebnis. Dann haben Sie meiner Ansicht nach zwei Chancen. Erstens: Vielleicht sagen Sie, dass Sie Glück gehabt haben, weil das Programm heute sowieso mies war. Die andere Alternative ist: Sie suchen einen fachkundigen Elektrotechniker auf, der sich um Ihr Gerät bemüht.

(Hartmut Engels CDU: Zwei Fernseher anschaffen!)

Wenn Sie sich in dieses Bild hineinversetzt haben, dann stehen Sie vor dem Thema, wie es gehörlosen und blinden Menschen in Hamburg geht, die versuchen ihre Medien zu nutzen. Das war der Versuch, der Weg, den ich gerne mit Ihnen gehen wollte.

Der freie Zugang zu Medien und die ungehinderte Nutzung von Medien ist – ich glaube, da sind wir uns alle einig – in einer modernen Demokratie vollständig unverzichtbar und ein hohes Gut. Wir haben aber Bevölkerungsgruppen, denen wir die Mediennutzung so schwer machen, dass sie in vielen Fällen davon vollständig ausgeschlossen sind. Nahezu jeder zehnte Hamburger Bürger ist mittel- bis hochgradig schwerhörig. Fast 2 000 Menschen in dieser Stadt sind vollständig gehörlos. Wir haben 35 000 Menschen mit schweren Sehbehinderungen und über 3 000 Hamburgerinnen und Hamburger sind blind. Das Problem, das ich Ihnen eingangs geschildert habe, ist für diese Menschen Alltag. Trotzdem ist es Realität, dass dieses Problem für diese Menschen gar nicht existieren müsste, weil es längst in unserer fortgeschrittenen technologischen Gesellschaft gelöst ist. Es ist ohne Schwierigkeiten für gehörlose Menschen möglich, Alternativen im Fernsehen darzustellen, genauso wie es heute möglich ist, Blinden das Teilnehmen an diesem Medium durch Audiodeskription zu erleichtern.

Dennoch geschieht dies in weiten Teilen nicht. Das eigentlich Interessante und wie ich finde Ungeheuerliche ist, dass bei diesen Lösungen Deutschland in Europa die Position des Schlusslichts einnimmt. Während in Dänemark 70 Prozent der Fernsehunterhaltung und der Fernsehprogramme inzwischen Untertitelt sind, ist in Frankreich vorgesehen, dass bis zum Jahre 2010 alle Fernsehprogramme unter-

titelt werden und in England will BBC das schon im nächsten Jahr schaffen. In Hamburg und in Deutschland haben wir das Problem, dass im öffentlich-rechtlichen Fernsehen gerade einmal 9 Prozent aller Fernsehprogramme Untertitelt sind und im privaten Rundfunk ist es gerade einmal 1 Prozent aller Sendungen. Dies bezeichne ich als einen rücksichtslosen Umgang mit den Rechten behinderter Menschen in diesem Land und als eine Zumutung obendrein.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus DIE LINKE)

Die Forderung der SPD lautet, dass wir nicht das Unmögliche jetzt wollen, sondern dass wir sagen: Bis zum Jahre 2012 sollen in Deutschland wenigstens 50 Prozent der Fernsehsendungen Untertitelt werden. Das ist mit Aufwand versehen – unbestritten. Allerdings: Wir finden, mit einem Aufwand, der darstellbar ist. Die Produktion einer Minute eines Fernsehfilmes kostet etwa 1 000 bis 4 000 Euro, je nachdem, um welches Genre es sich handelt. Die Kosten für die Untertitelung betragen ganze 30 Euro. Wir bewegen uns also in der Prozentgrößenordnung, was die Kostenlage anbelangt, manchmal sogar in der Promillegrößenordnung, je nachdem, ob es sich um teure oder günstige Programme handelt.

Es geht also um einen Beitrag, der leistbar ist. Deshalb finden wir, dass diese Forderung, in den nächsten vier Jahren dieses Problem so zu lösen, dass wenigstens 50 Prozent der Programme Untertitelt sind und mehr Audiodeskriptionen stattfinden, völlig gerechtfertigt. Langfristig muss es das Ziel sein, dass wie in anderen europäischen Ländern 100 Prozent dieser Sendungen Untertitelt werden. Appelle alleine – wir haben es in den vergangenen Jahren schmerzvoll lernen müssen – reichen nicht mehr aus. Ich sage: Wer unsere Verfassung ernst nimmt und von Chancengleichheit und Barrierefreiheit spricht, kann nur zu einem Schluss kommen. Die Barrieren in der Mediennutzung für behinderte Menschen müssen endlich fallen.

(Beifall bei der SPD und bei Kersten Artus DIE LINKE und Michael Gwosdz GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Herr Wankum.

Andreas C. Wankum CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Grund, in der Tat ist dies ein Thema, dem man mit dem nötigen Respekt entgegentreten muss – mit dem nötigen Respekt den Betroffenen gegenüber, aber auch mit dem nötigen Respekt denjenigen gegenüber, die sich seit Jahren auch in Deutschland um eine Verbesserung der tagtäglichen Lebensbedingungen von Behinderten nicht nur im Bereich der Nutzung der Medien bemühen. Da ziemt es sich für niemanden von uns zu versuchen, sich dieses

(Andreas C. Wankum)

Themas zur eigenen Profilierung zu bemächtigen. Ihr Antrag, Herr Grund, kopiert einen identischen Beschluss des Schleswig-Holsteinischen Landtags aus dem vergangenen Jahr.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja, und?)

Er lässt uns eine Debatte führen, die in fast allen Bundesländern bereits geführt worden ist – und hier kommen wir zum Thema – auch hier in Hamburg bereits vor drei Jahren. Dementsprechend beziehen Sie sich auf die in der Vergangenheit geführten Diskussionen. Ich muss dem Senat danken, dass er diese Diskussionen der Vergangenheit dazu genutzt hat, in den Entwurf des Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrages bereits eine entsprechende Richtlinie, einen entsprechenden Paragraphen, aufzunehmen, der diese Dinge in der Zukunft so regelt, dass wir zu deutlichen Verbesserungen kommen.

Wir haben einen großen Nachholbedarf, das ist richtig. Wer in angelsächsischen Ländern fernsieht, weiß, dass die Situation dort viel besser ist. Die hohen Prozentzahlen in Ländern wie Dänemark oder Holland haben auch damit zu tun, dass die Untertitelung aufgrund der Tatsache gegeben ist, dass es sich sehr oft um englische Filme handelt. Wir sind in der Sache einig und deswegen stimmen wir auch zu, dass wir diesen Antrag an den Kulturausschuss überweisen, um ihn dort mit dem nötigen Ernst und zielführend zu beraten und dann gegebenenfalls zu entsprechenden Beschlüssen zu kommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Frau Gregersen.

Martina Gregersen GAL:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt ein Recht auf Grundversorgung und das bietet das Radio. Da kann man sagen, das würde vielleicht für einen blinden Menschen reichen, aber genau das wäre sehr unfair, denn auch der blinde Mensch möchte dazugehören und gleichberechtigt sein. Auch der blinde Mensch hat den Anspruch, am Morgen nach einem Spielfilm über den Spielfilm mitzureden. Dafür brauchen wir Audiodeskription, also eine Bildschirmbeschreibung. Die muss es bei mehr Filmen geben und der Anteil kann nicht im Promillebereich bleiben.

Wir brauchen aber auch für Gehörlose mehr Gebärdensprache und mehr Untertitel. Untertitel helfen nicht nur den Menschen, die gehörlos sind oder Probleme mit dem Gehör haben, sondern sie helfen auch ganz anderen Bevölkerungsgruppen. Wenn man in anderen Ländern Filme sieht oder ausgeliehene Filme mit Untertiteln sieht, weiß man, wie leicht es doch ist, die Grammatik anderer Sprachen wieder aufzufrischen, wenn man die Untertitel beim Film

mitliest. Von daher helfen wir eigentlich vielen, wenn wir dort etwas verbessern.

Herr Grund hatte ausgeführt, wie viele Menschen es betrifft. Von daher möchte ich darauf gar nicht weiter eingehen. Wir haben in der letzten Legislaturperiode schon kritisiert, dass dort zu wenig unternommen wurde. Wir haben uns als Abgeordnete beim NDR getroffen, wir haben auch eine Expertenanhörung gehabt und es gibt jetzt eine Protokollerklärung im Staatsvertrag. Aber das ist viel zu wenig und reicht bei Weitem nicht aus. Da Appelle nicht reichen, müssen wir wirklich aktiver werden. Viele Länder sind weiter, man kann nach Amerika schauen – eigentlich ist dort jede Sendung gebärdet. Als dort – das haben mir viele Gehörlose berichtet – von der großen Flut berichtet wurde, haben sie auf einmal das Fernsehen verstanden und sobald wieder die deutschen Einblendungen kamen, nicht mehr. Das muss nicht sein und es kann nicht sein, dass alle weiter sind als wir.

Schleswig-Holstein hat beschlossen, bis 2012 die Hälfte zu gebärden oder mit Audiodeskription oder Untertitelung zu versehen. Das ist ein großes Ziel, es wird auch viel Geld kosten. Aber wir sollten uns diesem annähern und nicht wegsehen. Es ist ein Gewinn, dass jetzt die Fernsehsendung "Das!" untertitelt ist, aber es reicht nicht aus. Wenn man sich mit den Menschen unterhält, wollen sie ebenso gern auch das "Hamburg Journal", "Hallo Niedersachsen" oder andere Regionalsendungen untertitelt haben. Von daher sind wir als Politiker gefordert. Wir sind dafür, den Antrag an den Kulturausschuss zu überweisen. Wir möchten das Thema dort gern besprechen und auch gerne Experten dazu einladen. Aber wir würden uns freuen, wenn auch die Kolleginnen und Kollegen des Sozialausschusses dazugeladen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei Dr. Andreas Dressel SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE: Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Es ist eigentlich bedauerlich, dass wir heute über dieses Thema reden müssen und dass ein Antrag der Opposition nötig ist, damit das barrierefreie Sehen und Hören von Fernsehsendungen endlich zunimmt. Das Thema ist wirklich nicht neu, denn seit Jahren setzen sich Behindertenorganisationen für barrierefreies Fernsehen ein. Die Untertitelung einer Fernsehsendung kostet – Uwe Grund hat einen Betrag genannt, ich nenne es einmal in Gänze – nur etwa 2 500 Euro. Das ist wirklich nur ein Bruchteil der Produktionskosten. Auch deswegen ist es völlig unverständlich, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sich kaum um den Informationsbedarf schwerhöriger, gehörloser, sehbehinder-

(Kersten Artus)

ter und blinder Menschen kümmern – vielleicht, weil sie keine GEZ-Gebühren bezahlen. Von den Privaten will ich gar nicht anfangen, denn es ist schauerlich, wie gering deren Untertitelungsquote ist.

Ich bitte aber auch die Regierungsparteien noch einmal zu erklären, warum dies kein Thema im Koalitionsvertrag war, weder im Kapitel Behinderungen noch bei den Medien. Aus unserer Sicht betrifft es neben der medienpolitischen Ebene auch die sozialpolitische. Aber ich bin, ehrlich gesagt, nicht davon überzeugt, dass zum Beispiel der neue Medienkoordinator des Senats, Herr Seikel, dies ebenso sieht. Der Spiegel-Verlag, wo er bis vor Kurzem Geschäftsführer war, zahlt bis heute eine Ausgleichsabgabe, weil er nicht genügend Schwerbehinderte einstellt.

Nun würden wir uns natürlich umso mehr freuen, wenn hier ein Umdenken stattfindet. Da CDU und GAL im Koalitionsvertrag auch den Ausbau von barrierefreien Toiletten zur Prüfung veranlasst haben, sollte es Ihnen heute leicht fallen, sich auch für den Abbau aller Barrieren im Fernsehen einzusetzen und den Antrag, der zur Diskussion und Abstimmung steht, zu überweisen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Ich erteile jetzt dem Abgeordneten Müller das Wort.

Farid Müller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist gut, dass wir das noch einmal im Ausschuss diskutieren. Aber ich möchte gerne noch einmal einen Aspekt ansprechen, der heute auch verabschiedet wird, nämlich eine Erhöhung der Gebühren. Bei dem Thema – Herr Grund hat es ein bisschen gestreift –, was alle hier im Parlament wollen, Barrierefreies Fernsehen, reden wir von erheblichen Millionenbeträgen. Die liegen, wenn wir 50 Prozent bis 2012 schaffen wollen, im zweistelligen Bereich. Wenn wir es vollständig für alle öffentlich-rechtlichen Sender schaffen wollen, liegen wir bei dreistelligen Millionenbeträgen.

Ich würde mich sehr freuen, wenn wir es auch hinbekommen, das in Zukunft in allen 16 Bundesländern in den Rundfunkstaatsvertrag hineinzuschreiben, wenn dann allen Beteiligten auch klar ist, dass es zu gewaltigen Umschichtungen im Etat der öffentlich-rechtlichen Sender kommen wird. Sie können ganz sicher sein, dass die Intendanten sagen: "Wir können das gerne tun, liebe Abgeordnete und Ministerpräsidenten der Länder. Aber wir sagen Euch dann auch ganz deutlich, was wir dann nicht mehr tun werden." Da gibt es eine schöne Liste, die zwischen den Bundesländern kursiert. Da stehen zum Beispiel Sportsendungen drauf, die dann nicht mehr eingekauft werden. Da steht dann zum Beispiel Abbau von Personal drauf, was dann auch zur Debatte steht.

Ich fürchte diese Debatte nicht, ich würde mir aber wünschen, dass die große Oppositionspartei in diesem Haus, die in vielen Ländern die Ministerpräsidenten stellt

(*Michael Neumann SPD: Zu wenige!*)

und mit Herrn Beck einen der Sprecher im Medienpolitikbereich hat – ich würde mir sehr wünschen, dass die Ministerpräsidenten der SPD und auch die Opposition in diesem Haus diese Debatte mit geradem Rücken durchstehen. Wir als Grüne haben damit kein Problem.

(*Michael Neumann SPD: Super, machen wir zusammen!*)

Eine Sache noch: Es wurde eben von der Opposition, und zwar von der LINKEN, noch einmal gerügt, es stünde nicht im Koalitionsvertrag. Da kann ich Frau Artus sagen, weil sie in der letzten Legislatur noch nicht dabei war und das nicht wissen kann: Wir haben uns sehr dafür eingesetzt, dass es in das Gleichstellungsgesetz hineinkommt, und wir haben – das ist eine andere Stelle im Koalitionsvertrag – uns mit der CDU committed, dass wir das Gleichstellungsgesetz noch einmal überprüfen wollen. Das Thema wird ganz sicherlich auch auf der Tagesordnung stehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Michael Neumann SPD: Herr Präsident, was ist "committed"? Noch ist Deutsch hier die Amtssprache!*)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/596 an den Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt den Punkt 5 der Tagesordnung auf, das sind die Drucksachen 19/506 bis 19/511.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/506 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/507 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/508 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 19/509 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben**

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)**– Drs 19/510 –]****[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben****– Drs 19/511 –]**

Ich beginne mit dem Bericht des Eingabenausschusses aus Drucksache 19/506.

Zunächst zu Ziffer 1, hier sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte diesen folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann einstimmig angenommen.

Die in den Ziffern 2 bis 4 empfohlenen Kennntnisnahmen sind erfolgt.

Nun zum Bericht 19/507: Der Abgeordnete Jörg Hamann hat mir mitteilen lassen, dass er an den Abstimmungen zu den Eingaben 189/08, 213/08 und 401/08 nicht teilnehmen wird. Wer möchte nun den Empfehlungen zu den Eingaben 189/08, 213/08 und 401/08 folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so geschehen.

Wer möchte darüber hinaus den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist ebenfalls einstimmig geschehen.

Ich komme jetzt zum Bericht 19/508, zunächst zu Ziffer 1. Hierin sind wiederum nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte diesen folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist dann einstimmig so angenommen.

Die in Ziffer 2 erbetene Kennntnisnahme ist erfolgt.

Wer möchte das in Ziffer 3 enthaltene Ersuchen beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist einstimmig so beschlossen.

Nun zum Bericht 19/509, hierin sind ebenfalls einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte diesen folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Zum Bericht 19/510: Auch hierin sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte diesen folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist dann einstimmig so geschehen.

Schließlich zum Bericht 19/511, zu Ziffer 1: Hierin sind wiederum nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte diesen folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so angenommen.

Von Ziffer 2 hat die Bürgerschaft Kennntnis genommen.

(Vizepräsidentin Nebahat Güclü übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

*Siehe Anlage 1, Seite 413

Sammelübersicht*

haben Sie erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kennntnis genommen hat.

Wer stimmt den Überweisungsbegehren unter B zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Wer schließt sich den Ausschussempfehlungen unter C an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 6 auf, Drucksache 19/22, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Für eine bessere Krippen- und Kita-Bedarfsplanung und bessere Versorgungsgrade.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Für eine bessere Krippen- und Kita-Bedarfsplanung und bessere Versorgungsgrade
– Drs 19/22 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen. Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Große Anfrage aus der Drucksache 19/22 ohne Besprechung Kennntnis genommen hat.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 7 auf, Drucksache 19/248, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs
– Drs 19/248 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen. Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Wird Besprechung beantragt? – Das ist der Fall. Dann wird die Besprechung für die nächste Sitzung vorgesehen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 12 auf, Drucksache 19/556, Senatsantrag: Tätigkeit der Senatorinnen und Senatoren in Aufsichtsgremien hamburgischer öffentlicher Unternehmen.

(Vizepräsidentin Nebahat Güclü)

**[Senatsantrag:
Tätigkeit der Senatorinnen und Senatoren in
Aufsichtsgremien hamburgischer öffentlicher
Unternehmen
– Drs 19/556 –]**

Wer möchte das Einvernehmen nach Artikel 40 Absatz 2 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg herstellen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann bei wenigen Enthaltungen einstimmig angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 17 auf, Drucksache 19/587, Bericht des Haushaltsausschusses: Veräußerung von vier Schulgrundstücken an den Katholischen Schulverband Hamburg, und zwar Eulenstraße 68, Bonifatiusstraße 2, Julius-Ludowieg-Straße 89 sowie Cuxhavener Straße 379.

**[Bericht des Haushaltsausschusses über die
Drucksache 19/519:
Veräußerung von vier Schulgrundstücken an
den Katholischen Schulverband Hamburg, und
zwar Eulenstraße 68, Bonifatiusstraße 2, Julius-
Ludowieg-Straße 89 (ehemalige preußische
Volksschulen) sowie Cuxhavener Straße 379
(Senatsantrag)
– Drs 19/587 –]**

Der Abgeordnete Marino Freistedt hat mir mitteilen lassen, dass er an der Abstimmung nicht teilnehmen wird.

Wer möchte der Empfehlung des Haushaltsausschusses folgen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist damit mit großer Mehrheit angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das tut er.

(Michael Neumann SPD: Wir widersprechen auch nicht!)

Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht. Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist damit mehrheitlich in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 18 auf, Drucksache 19/605, Bericht des Haushaltsausschusses: Kapitalerhöhung bei der HSH Nordbank AG.

**[Bericht des Haushaltsausschusses über die
Drucksache 19/423:**

**Kapitalerhöhung bei der HSH Nordbank AG
(Senatsmitteilung)
– Drs 19/605 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/712 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
HSH Nordbank und Krise der Finanzmärkte
– Drs 19/712 –]**

Diesen möchte die CDU-Fraktion an den Haushaltsausschuss überweisen. Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist damit einstimmig angenommen.

Abschließend stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 19/423 Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 19, Bericht des Haushaltsausschusses, Drucksache 19/620: Haushaltsplan 2007/2008, Einzelplan 6, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Titel 6300.771.08, Grundinstandsetzung und Umbau der Sengelmannstraße zwischen Dorothea-Kasten-Straße und Hebebrandstraße, hier: Nachforderung von 1 001 000 Euro zur Abdeckung von Mehrkosten.

**[Bericht des Haushaltsausschusses über die
Drucksache 19/177:
Haushaltsplan 2007/2008
Einzelplan 6
„Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt“
Titel 6300.771.08
„Grundinstandsetzung und Umbau der Sengel-
mannstraße zwischen Dorothea-Kasten-Straße
und Hebebrandstraße“ hier: Nachforderung
von
1 001 000 Euro zur Abdeckung von Mehrkosten
(Senatsantrag)
– Drs 19/620 –]**

Wer möchte der Empfehlung des Haushaltsausschusses folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist das mehrheitlich angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall.

Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist damit

(Vizepräsidentin Nebahat Güclü)

auch in zweiter Lesung mehrheitlich und somit endgültig beschlossen worden.

Ich möchte den Abgeordneten Grund bitten, sich von der Senatsbank zu entfernen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Tagesordnungspunkt 20, Drucksache 19/621, Bericht des Haushaltsausschusses: Haushaltsplan 2007/2008, Einzelplan 6, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Titel 6610.791.04, Durchführung von Kooperationsprojekten in Zusammenhang mit der "Expo Schanghai 2010", Nachforderung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 5,25 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2008 zur Finanzierung des Hamburger Beitrages zur EXPO 2010.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/472:

Haushaltsplan 2007/2008

Einzelplan 6

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Titel 6610.791.04

**Durchführung von Kooperationsprojekten in Zusammenhang mit der „Expo Shanghai 2010“
Nachforderung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 5 250 000 Euro im Haushaltsjahr 2008 zur Finanzierung des Hamburger Beitrages zur EXPO 2010 in Shanghai**
(Senatsantrag)

– Drs 19/621 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/711 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der SPD:

Hamburger Beteiligung an der EXPO 2010 in Shanghai

– Drs 19/711 –]

Über diesen lasse ich zuerst abstimmen.

Wer möchte den Antrag der SPD-Fraktion annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun zum Bericht des Haushaltsausschusses aus der Drucksache 19/621.

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das mehrheitlich angenommen.

Es bedarf auch hier einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 21, Drucksache 19/622, Bericht des Haushaltsausschusses: Haushaltsplan 2007/2008, Ergänzung des Beschlusses über die Feststellung des Haushaltsplans der Freien und Hansestadt Hamburg für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 für das Haushaltsjahr 2008, Stellung einer selbstschuldnerischen Bürgschaft im Bereich des Baugebietes Neugrabener Wiesen (Neugraben-Fischbek 65).

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/468:

Haushaltsplan 2007/2008

Ergänzung des Beschlusses über die Feststellung des Haushaltsplans der Freien und Hansestadt Hamburg für die Haushaltsjahre 2007 und 2008

(Haushaltsbeschluss 2007/2008) für das Haushaltsjahr 2008

Stellung einer selbstschuldnerischen Bürgschaft im Bereich des Baugebietes Neugrabener Wiesen (Neugraben-Fischbek 65)

(Senatsantrag)

– Drs 19/622 –]

Wer möchte der Empfehlung des Haushaltsausschusses folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Auch hier bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist das auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Tagesordnungspunkt 23, Drucksache 19/624, Bericht des Haushaltsausschusses: Umzug von Staatsamt und Planungsstab der Senatskanzlei in die Hermannstraße 15, Antrag auf Zustimmung der Bürgerschaft zu den finanziellen Auswirkungen des Umzugs und Nachbewilligung von Haushaltsmitteln für das Haushaltsjahr 2008 im Kapitel 1100 "Senat" des Einzelplans 1.1.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 19/553:

Umzug von Staatsamt und Planungsstab der Senatskanzlei in die Hermannstraße 15 – An-

(Vizepräsidentin Nebahat Güclü)

trag auf Zustimmung der Bürgerschaft zu den finanziellen Auswirkungen des Umzugs und Nachbewilligung von Haushaltsmitteln für das Haushaltsjahr 2008 im Kapitel 1100 „Senat“ des Einzelplans 1.1 – (Senatsantrag) – Drs 19/624 –]

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Somit ist das einstimmig angenommen.

Auch hier bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Tagesordnungspunkt 25, Drucksache 19/589, Bericht des Stadtentwicklungsausschusses: 100. Änderung des Flächennutzungsplans für die Freie und Hansestadt Hamburg sowie 85. Änderung des Landschaftsprogramms einschließlich Arten- und Biotopschutzprogramm für die Freie und Hansestadt Hamburg (Neue Wohnbauflächen am Ehestorfer Weg in Heimfeld).

[Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 19/465: 100. Änderung des Flächennutzungsplans für die Freie und Hansestadt Hamburg (Neue Wohnbauflächen am Ehestorfer Weg in Heimfeld)

85. Änderung des Landschaftsprogramms einschließlich Arten- und Biotopschutzprogramm für die Freie und Hansestadt Hamburg (Neue Wohnbauflächen am Ehestorfer Weg in Heimfeld) (Senatsantrag) – Drs 19/589 –]

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist das mit großer Mehrheit beschlossen.

Tagesordnungspunkt 27 a, Drucksache 19/653, Bericht des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschusses: Zehnter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag).

[Bericht des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschusses über die Drucksache 19/466:

Zehnter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) (Senatsantrag) – Drs 19/653 –]

Wer schließt sich der Ausschussempfehlung an und möchte das Gesetz zum Zehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag aus der Drucksache 19/466 beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das bei einigen Stimmenthaltungen einstimmig angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 27 b, Drucksache 19/654, Bericht des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschusses: Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften in Hamburg und Schleswig-Holstein (Zweiter Medienänderungsstaatsvertrag HSH) und Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften in Hamburg und Schleswig-Holstein (Zweiter Medienänderungsstaatsvertrag HSH).

[Bericht des Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschusses über die Drucksachen 19/469 und 19/554:

Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften in Hamburg und Schleswig-Holstein (Zweiter Medienänderungsstaatsvertrag HSH) (Senatsmitteilung)

und Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften in Hamburg und Schleswig-Holstein (Zweiter Medienänderungsstaatsvertrag HSH) (Senatsantrag)

– Drs 19/654 –]

Hierzu liegen Ihnen als Drucksachen 19/713 und 19/723 ein Antrag der SPD-Fraktion sowie ein gemeinsamer Antrag der GAL- und CDU-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der SPD:

(Vizepräsidentin Nebahat Güclü)**Mehr Medienkompetenz durch mehr Flexibilität bei der Verwendung der Mittel (Zweiter Medienänderungsstaatsvertrag HSH)****– Drs 19/713 –]****[Antrag der Fraktionen der GAL und der CDU: Novelle Medienstaatsvertrag Hamburg-Schleswig-Holstein 2009****– Drs 19/723 –]**

Über den Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 19/713 lasse ich zuerst abstimmen. Wer möchte diesen annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Nun zu dem Antrag der GAL- und CDU-Fraktion aus der Drucksache 19/723. Wer diesen annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Dann kommen wir zu dem Bericht aus der Drucksache 19/654. Zunächst stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 19/469 Kenntnis genommen hat.

Wer schließt sich darüber hinaus der Ausschussempfehlung an und möchte das Gesetz zum Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften in Hamburg und Schleswig-Holstein (Zweiter Medienänderungsstaatsvertrag HSH) aus der Drucksache 19/554 beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Tagesordnungspunkt 32, Drucksache 19/583, Antrag der CDU-, SPD- und GAL-Fraktion: Änderung des Hamburgischen Abgeordnetengesetzes.

[Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und der GAL: Änderung des Hamburgischen Abgeordnetengesetzes**– Drs 19/583 –]**

Mir ist mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE hierzu gemäß Paragraf 26 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt wird. Frau Heyenn hat das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir von der Fraktion DIE LINKE hatten beantragt, dass wir diese drei Änderungen getrennt abstimmen möchten. Dem ist leider nicht zugestimmt worden. Wir sind der Auffassung, dass die Realität nachvollzogen worden ist, mit der Erhöhung der Büropauschale, denn wer die Hamburger Landschaft kennt, weiß, dass ein Büro für 500 Euro warm nicht zu bekommen ist. Deshalb stimmen wir dem zu.

Wir würden auch der Erhöhung der Mitarbeiterpauschale zustimmen, weil durch die Änderung des Abgeordnetengesetzes die Aufgaben der Mitarbeiter vielfältiger geworden sind und wir in der heutigen Zeit auch nicht mehr davon ausgehen können, dass jemand zwei Halbtagsjobs hat und dann ist man wieder ganz schnell an der prekären Gehaltsgrenze. Deshalb stimmen wir dem vom Prinzip her auch zu. Da Sie aber alle drei Punkte zusammen abstimmen, müssen wir uns enthalten, weil wir einer Diätenerhöhung nicht zustimmen können.

Der erste Grund ist: Solange sich die Realeinkommen in der Republik negativ entwickeln, meinen wir, dass sich Abgeordnete ihre Gehälter nicht erhöhen können.

Zweitens: Solange der Regelsatz für Hartz-IV-Empfänger nicht auf 500 Euro hochgesetzt wird, sind wir der Meinung, dass wir uns auf keinen Fall die Diäten erhöhen können. Deshalb werden wir uns enthalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte das Dreizehnte Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Abgeordnetengesetzes beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei wenigen Enthaltungen einstimmig beschlossen worden.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Tagesordnungspunkt 34, Drucksache 19/591, Antrag der SPD-Fraktion: Fortführung der diamorphingestützten Behandlung Opiatabhängiger.

(Vizepräsidentin Nebahat Güclü)

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Fortführung der diamorphingestützten Behand-
lung Opiatabhängiger (Heroinabgabe)
– Drs 19/591 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Gesundheitsausschuss überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Überweisung mehrheitlich abgelehnt.

Mir ist mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der GAL-Fraktion gemäß Paragraf 26 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung das Wort begehrt wird. Frau Heitmann hat das Wort für maximal fünf Minuten.

Linda Heitmann GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD. Ich muss sagen, dass Ihr Antrag bei uns doch einige Verwunderung ausgelöst hat. Deshalb möchte ich kurz begründen, warum wir diesen, in der Intention durchaus richtigen Antrag heute ablehnen.

(Michael Neumann SPD: Die CDU wollte das!)

Wir sind durchaus offen dafür, inhaltlich gute und konstruktive Anträge im Ausschuss zu diskutieren und sie nicht kategorisch abzulehnen, nur weil sie von der Opposition kommen. Ein konstruktiver Antrag bedeutet für mich, dass man ihm anmerkt, dass sich die Antragsteller vorher mit der Materie auseinandergesetzt haben. Das heißt, dass Sie auch den aktuellen Diskussionsstand zu dem Thema kennen und das ist in diesem Fall offensichtlich nicht der Fall, denn Ihr Antrag kommt leider ein Jahr zu spät. Alle Forderungen, die Sie aufstellen, hat der Senat bereits im vergangenen Jahr erfüllt und umgesetzt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wenn wir uns Spiegelstrich 3 Ihres Antrags ansehen, so fordern Sie dort, dass sich Hamburg im Bundesrat dafür einsetzt, dass die substituionsgestützte Behandlung mit Diamorphin bundesweit in die Regelversorgung aufgenommen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gucken Sie sich bitte einmal die Drucksache 434/07 vom 21. September 2007 des Bundesrates an. Das war ein Gesetzesantrag, den Hamburg mit auf den Weg gebracht hat, in dem das unter anderem drin steht. Damit werden auch Ihre anderen Spiegelstriche obsolet.

In Spiegelstrich 2 fordern Sie, bei der Überführung in die Regelversorgung eine Beschränkung auf eine kleine Patientenzahl aufzuheben und einheitliche Zugangskriterien zu definieren. Wenn Sie sich die Drucksache angucken, finden Sie diesen Punkt auf Seite 13 in Punkt 2 a.

Spiegelstrich 1 erledigt sich damit genauso. Hamburg finanziert das Modellprojekt zur Heroinabgabe derzeit vollständig und hofft, dass es bald in die Regelversorgung überführt wird. Wie mir berichtet wurde, wurde die Thematik bereits in der vergangenen Legislatur im Gesundheitsausschuss debattiert. Deshalb sehen wir nicht die Notwendigkeit, das noch einmal zu tun.

Die Tatsache, dass all das, was erfreulicherweise im Bundesrat beschlossen wurde, noch nicht im Gesetz steht, liegt leider daran, dass es derzeit nicht im Bundestag auf die Tagesordnung kommt. Ich würde Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD, empfehlen, wenn Sie wirklich konstruktiv etwas bewegen wollen, dann treten Sie doch Herrn Scholz und Herrn Kahrs und Ihren anderen Kollegen im Bundestag einmal auf die Füße.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vielleicht kommen wir dann in dieser Sache weiter. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Das Wort hat Herr Schäfer.

Dr. Martin Schäfer SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Heitmann, Sie dürfen versichert sein, dass wir uns mindestens seit zehn Jahren mit diesem Problem befassen

(Christiane Blömeke GAL: Solange gibt es das Modell ja noch gar nicht, Herr Schäfer!)

und dass uns durchaus bewusst ist, dass damit leider immer noch nichts gewonnen wurde. Anfang dieses Jahrzehnts gab es einen großangelegten Versuch in mehreren Großstädten dieses Landes. Der wurde erfolgreich abgeschlossen dahingehend, dass festgestellt wurde, man möge diese diamorphingestützte Behandlung für Schwerstabhängige einführen. Das ist in der Tat bisher nicht geschehen. Um zu vermeiden, dass diejenigen Probanden, die an diesem Versuch teilnehmen konnten, wieder ins Nichts zurücksinken, wurde seit Beendigung dieses Versuchs – ich meine, das war 2004, 2005, ich kann mich fast nicht mehr daran erinnern, wie lange das her ist – immer wieder sukzessive sichergestellt, dass diejenigen, die am Programm teilnahmen, bis dahin weiter daran teilnehmen durften. Das reicht aber nicht mehr und jetzt kommt das neue Programm. Das werden immer weniger und diejenigen, die es bräuchten, bleiben weiterhin draußen, denn eines müssen Sie begreifen: Es sind seitdem nicht weniger Heroinsüchtige in dieser Stadt, sondern diese Anzahl ist so konstant, dass man sich wirklich überlegen muss, was man an dieser Stelle mehr tun kann und – ausgehend von dem Ausgang dieser Studie – auch tun muss, um denen zu helfen.

(Dr. Martin Schäfer)

So haben einige Städte – Köln, Frankfurt, Karlsruhe – das Ganze noch ein bisschen erweitert und das steht auch in unserem Antrag. Die nehmen unter denselben Voraussetzungen wie die alten Teilnehmerinnen und Teilnehmer da hineingekommen sind, neue auf. Daran muss man denken, um – ausgehend von den Erkenntnissen dieser Studie – das zu tun, was dort festgestellt wurde und was den Leuten auch tatsächlich nutzt, denn es gibt sie nach wie vor. Es genügt nicht, denen, die bisher daran teilgenommen haben und die immer weniger wurden, das bis zum Sankt Nimmerleinstag fortzusetzen, aber keine neuen aufzunehmen. Da muss wieder Dampf rein und das war die Intention dieses Antrags. Wie man das macht, ist Sache des Gesundheitsausschusses. Deswegen kann es nicht anders sein, als dass dieser Antrag dorthin überwiesen wird. Wir wollen nichts über das Knie brechen, aber wir wollen es dort debattieren, wo es hingehört. Deswegen verstehe ich nicht, wie Sie zu einer Ablehnung der Überweisung kommen können.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Herr Böttger hat das Wort.

Olaf Böttger CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Schäfer, dass wir gemeinsam immer gerne offene Tore einrennen, wissen wir. Dass die SPD in ihrer Abstiegsangst zu allen möglichen Mitteln greift, vom Abseilen im Harz bis zum Handtuch schmeißen à la Naumann ist uns auch bekannt.

(Dora Heyenn *DIE LINKE*: Jetzt haben Sie das Konzept verloren! – Ingo Egloff *SPD*: Werden Sie mal sachlich, Herr Kollege!)

Nur, wenn Sie nicht zur Kenntnis nehmen wollen, dass die Initiativen diesbezüglich längst gelaufen sind – Linda Heitmann hat es klar und deutlich gesagt, dass mit dem 21. September die entsprechende Bundesratsinitiative verabschiedet wurde –, wenn weiterhin die Diamorphenbehandlung eine reguläre Krankenbehandlung nach dem SGB V wird und in der Finanzierung der GKV liegt, dann wird es diesbezüglich auch keine Beschränkung auf einen bestimmten Patientenkreis geben. Ich weiß nicht, was Sie wollen. In Ihren Vorbemerkungen verrennen Sie sich noch und rennen bei offenen Toren dann auch noch gegen die Pfosten. Ich könnte das auch noch im Einzelnen ausführen, wo Sie in Ihren Einschätzungen falsch liegen, aber ich erspare uns allen das in Anbetracht der Zeit. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Nebahat Güclü: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt dem SPD-Antrag aus der Drucksache 19/591 zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 36, Drucksache 19/593, Antrag der SPD-Fraktion: Tennis Masters Series muss am Rothenbaum bleiben.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Tennis Masters Series muss am Rothenbaum bleiben
– Drs 19/593 –]**

Wer möchte den SPD-Antrag annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen?

(Zurufe von der CDU)

– Damit ist der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Tagesordnungspunkt 40, Drucksache 19/629, Neufassung, Interfraktioneller Antrag: Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Entschädigungsleistungen anlässlich ehrenamtlicher Tätigkeit in der Verwaltung, Einrichtung Entschädigungskommission.

**[Interfraktioneller Antrag:
Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Entschädigungsleistungen anlässlich ehrenamtlicher Tätigkeit in der Verwaltung (Entschädigungsleistungsgesetz – EntschädLG) – Einrichtung Entschädigungskommission
– Drs 19/629 –]**

Wer möchte den Antrag aus der Drucksache 19/629, Neufassung, annehmen und das darin aufgeführte Zehnte Gesetz zur Änderung des Entschädigungsleistungsgesetzes beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer möchte das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

(Vizepräsidentin Nebahat Güclü)

Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende der letzten Sitzung angekommen. Ich wünsche Ihnen allen eine schöne Ferienzeit, erholen Sie sich gut und dann sehen wir uns in alter Frische im September wieder. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende: 18:24 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Elke Badde, Joachim Bischoff, Harald Krüger, Ties Rabe, Dorothee Stapelfeldt, Birgit Stöver und Ekkehart Wersich

Anlage 1**Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO****für die Sitzung der Bürgerschaft am 09. und 10. Juli 2008****A. Kenntnisaufnahmen**

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
15	547	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 07.05.2008 „Bericht des Eingabenausschusses (Eingabe Nr. 700/07)“ – Drucksache 19/139 -
26	626	Unterrichtung der Bürgerschaft über die Tätigkeit im Ausschuss der Regionen (AdR) der Europäischen Union im Jahr 2007
28	517	Bericht der Härtefallkommission
29	539	Bericht der Härtefallkommission

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
9	257	Lagebild zur Organisierten Kriminalität und ihrer Bekämpfung in Hamburg im Jahr 2007	GAL	Innenausschuss
13	518	Personalbericht 2008	SPD	Haushaltsausschuss
14	606	Tätigkeitsbericht des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten über die Berichtsperiode 2006/2007	SPD	Rechtsausschuss
31	443	Rettung der reformierten gymnasialen Oberstufe – Modernisierung statt Abschaffung des bewährten Leistungs- und Grundkurssystems	GAL	Schulausschuss
33	590	Artenschutz am Gebäude: Ein Platz für den Spatz!	GAL	Umweltausschuss
38	619	Die Stadt Hamburg steht für faire Wettbewerbsbedingungen und faire Entlohnung bei der Öffentlichen Auftragsvergabe	CDU	Wirtschaftsausschuss (f) und Europaausschuss

C. Einvernehmliche Ausschussempfehlungen

TOP	Drs.-Nr.	Ausschuss	Gegenstand
24	588	Stadtentwicklungsausschuss	a) 99. Änderung des Flächennutzungsplans für die Freie und Hansestadt Hamburg (Flächen für Garten- und Landschaftsbaubetriebe am Allermöher Deich in Allermöhe) b) 84. Änderung des Landschaftsprogramms einschließlich Arten- und Biotopschutzprogramm für die Freie und Hansestadt Hamburg (Flächen für Garten- und Landschaftsbaubetriebe am Allermöher Deich in Allermöhe)
27	627	Verfassungs- und Bezirksausschuss	Bericht des Verfassungs- und Bezirksausschusses über die Prüfung der gegen die Gültigkeit der Wahlen der Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 24. Februar 2008 eingegangenen Wahleinsprüche